

# E+Z

ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

**E+Z**

DEVELOPMENT  
AND COOPERATION

**D+C**

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

Monatliches e-Paper

Oktober 2016

## Außenhandel

Welche Art von  
Exporten Entwicklung  
antreibt

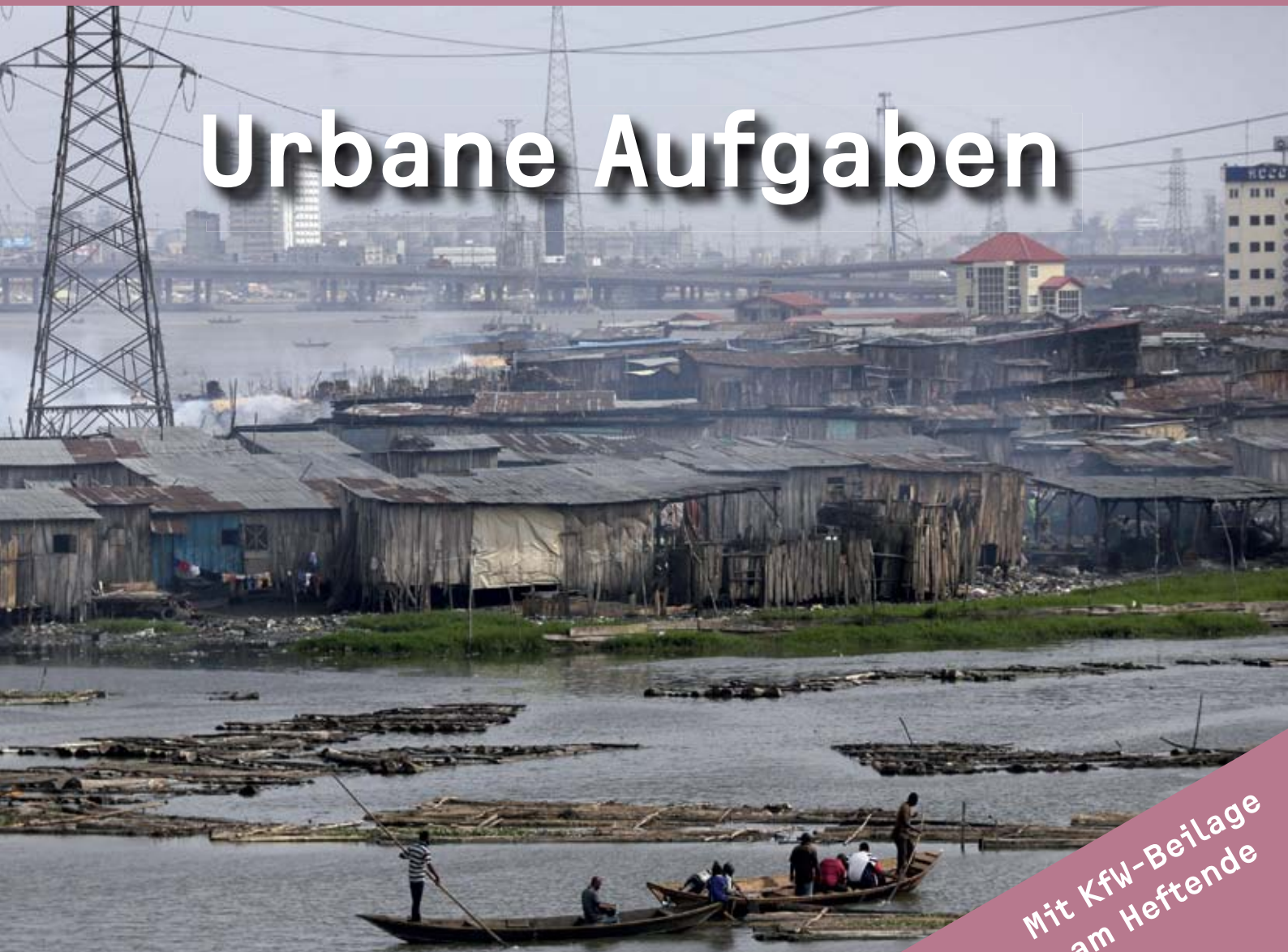
## Familien

Wie Ehen heute  
in arabischen Ländern  
arrangiert werden

## Finanzwirtschaft

Was Banken  
zu Nachhaltigkeit  
beitragen können

# Urbane Aufgaben



Mit KfW-Beilage  
am Heftende

## Schwerpunkt: Urbane Aufgaben

### „Das Leben der Menschen verbessern“

Fachleute der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB – Asian Development Bank) finden, dass Sonderwirtschaftszonen smarte Urbanisierung vorantreiben sollen. **Jong Woo Kang** erläutert diese Sicht im Interview. [Seite 12](#)

### Urbanisierung als Chance

Die Geschwindigkeit der Urbanisierung ist historisch beispiellos und bringt große Herausforderungen mit sich. Sie birgt aber auch besondere Chancen, schreiben **Franz-B. Marré** vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und **Maria-Theres Haase** vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). [Seite 14](#)

### Gute Regierungsführung

Lagos ist Nigerias Wirtschaftszentrum. Während es lange vor allem für Kriminalität und Chaos bekannt war, hat sich der internationale Ruf des Ballungsgebietes in letzter Zeit erheblich verbessert, berichtet die Stadtaktivistin **Olamide Udo-Udoma**. [Seite 16](#)

### Unschlagbar günstig

Das Schnellbussystem Bus Rapid Transit (BRT) ist ein gutes Mittel gegen den wachsenden Autoverkehr. Als kostengünstige Alternative zur U-Bahn ist es weltweit auf Erfolgskurs, wie der Stadtplaner **Nicholas Hollmann** beschreibt. [Seite 18](#)

### Leben am Rand

**Norbert Herrmann** hat als Entwicklungshelfer in Johannesburg gelebt. Er beschreibt seine Eindrücke aus den Townships. **Diana Mitlin** vom International Institute for Environment and Development in London erklärt, wie Slumbewohner durch Datenerhebung ihre Interessen besser verteidigen können. Das Graswurzelnetzwerk Shack/Slum Dwellers International (SDI) treibt dieses Konzept voran. In Nairobi hat **Elizabeth Wamuni Njoroge** ein Symphonieorchester mit Kindern und Jugendlichen eines Slums auf die Beine gestellt und berichtet im Interview darüber. Laut **Rüdiger Korff** von der Universität Passau scheitert Stadtplanung, wenn sie nicht alle sozialen Interessen berücksichtigt. [Seiten 21, 24, 25, 28](#)

### „Normativer Kompass“

Die Urbanisierung schreitet schnell voran und prägt Lebensverhältnisse weltweit. **Dirk Messner** vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) warnt, der Ernst der Lage werde nicht erkannt, und macht Vorschläge, worauf zu achten ist. [Seite 29](#)

## Editorial

# Neue „Urban Agenda“ braucht Ehrgeiz

➔ Paul Romer ist der neue Chefökonom der Weltbank. Eine seiner Lieblingsideen ist, wirtschaftsfreundliche Megastädte in Asien, Afrika und Lateinamerika neu zu bauen. Das Konzept ist ebenso faszinierend wie problematisch.

Romers Vorbild ist Shenzhen in China. Die Stadt liegt zwischen Guangzhou und Hongkong und war vor wenigen Jahrzehnten noch ein kleines Fischerkaff. Die Regierung erklärte den Ort 1979 zur Sonderwirtschaftszone, und heute leben dort mehr als 10 Millionen Einwohner mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als über 22 000 Dollar im Jahr. Mit dem Bau vieler solcher Ballungsräume ließe sich Armut wirkungsvoll bekämpfen, findet Romer (siehe Interview in E+Z/D+C 2010/06, S. 260).

Leider ist es aber nicht leicht, so etwas wie Shenzhen zu schaffen. Chinas autoritäres Regime war nicht nur fest entschlossen, den Versuch zum Erfolg zu führen, sie praktizierte auch ungewöhnliche Selbstdisziplin. In den meisten Diktaturen bereichern sich die Spitzenleute nur. Dem Gemeinwohl und der Rechtssicherheit dienen gewählte Regierungen meist besser. In der Tat ist in den glitzernden Innenstädten Chinas heute kaum zu erkennen, wie viele Menschen der Staat aus Altstädten, die für das 21. Jahrhundert herausgeputzt wurden, verjagte. In einer Demokratie lösen großangelegte Pläne dagegen immer Opposition aus. Ob unter autoritärer Herrschaft oder gewählter Regierung – meist wachsen Megastädte auf inkrementale und weitgehend ungeplante Weise.

Viele Deutsche assoziieren mit Urbanität heute einen Spaziergang Unter den Linden in Berlin, auf dem Sunset Boulevard in Los Angeles oder vielleicht auch dem Bund in Shanghai. Ein Viertel der weltweiten Stadtbevölkerung lebt heute aber in Slums, und für sie hat Stadtleben eine ganz andere Bedeutung: die ständige Angst vor Räumung, die Aussicht auf tiefen Schlamm in der Regenzeit und das erhöhte Risiko von Infektionskrankheiten, weil Wasser- und Sanitärversorgung keinerlei Mindeststandard entsprechen. Vielen Deutschen ist auch gar nicht klar, wie gefährlich das Leben ohne Straßenbeleuchtung ist.

Städtische Armut ist ein Riesenproblem. Abermillionen kennen keine Rechtsicherheit und haben weder Zugang zu Strom noch zu Krankenhäusern oder Schulen. Stadtplaner halten Slums oft für ein Problem, das sie räumen lassen wollen, wenn sie es denn nicht ignorieren können. Die betroffenen Menschen brauchen aber eine Bleibe, und sie haben keine Alternative. Versuche, sie zu vertreiben, vertiefen soziale Ungerechtigkeit und verletzen Menschenrechte. Je mehr Menschen in Städte ziehen, weil sie auf dem Land kein Auskommen finden, umso wichtiger wird soziale Inklusion.

Heute leben rund 3,5 Milliarden Menschen in Städten, und ihre Zahl wird sich in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln. Folglich müssen wir innerhalb einer Generation auch die bestehende urbane Infrastruktur verdoppeln. Das ist eine gewaltige Aufgabe, und aus simplen Umweltgründen sind innovative Konzepte nötig. Wenn das Klima geschützt werden soll, können energieintensive Baustoffe wie Stahl, Aluminium und Beton nicht mehr im gewohnten Maß verwendet werden.

Im Oktober treffen sich Spitzenvertreter aus aller Welt in Quito, der Hauptstadt Ecuadors, bei Habitat III. Die UN-Konferenz soll für die Weltgemeinschaft eine neue „Urban Agenda“ beschließen und muss Ehrgeiz zeigen. Weitere Urbanisierung ist unvermeidlich und muss intelligent erfolgen. <



**Hans Dembowski**  
ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

**Monitor**

Regionale Integration in Afrika schwierig / Drogengangs verbreiten Gewalt in Mittelamerika / Inderinnen kämpfen gegen patriarchale Machtstrukturen / Unicef fordert mehr Investitionen in Bildung und Schutz von Kindern / Heutzutage: Afrikanerinnen sind stolz auf ihr Haar / Impressum 4

**Schwerpunkt: Urbane Aufgaben**

*Interview mit Jong Woo Kang*  
Sonderwirtschaftszonen sollen smarte Urbanisierung vorantreiben 12

*Franz-B. Marré und Maria-Theres Haase*  
Nachhaltige Mobilität als Voraussetzung für inklusives Städtewachstum 14

*Olamide Udo-Udoma*  
Warum sich Lagos' Ruf verbessert 16

*Nicholas Hollmann*  
Schnellbusse als günstige Massentransportmittel 18

*Norbert Herrmann*  
Über das Leben in den Townships von Johannesburg 21

*Diana Mitlin*  
Wie selbstorganisierte Datenerhebung Slumbewohnern hilft 24

*Interview mit Elizabeth Wamuni Njoroge*  
Das Projekt „Ghetto Klassik“ bringt Kindern aus Nairobis Slums klassische Musik nahe 25

*Rüdiger Korff*  
Warum Stadtplanung häufig an unrealistischen Visionen scheitert 28

*Interview mit Dirk Messner*  
Auswirkungen des Städtewachstums werden unterschätzt 29

*Franziska Schreiber*  
Stadtplanung muss neu erfunden werden 32

**Tribüne**

*Clara Brandi und Dominique Bruhn*  
Exportprodukte für Wachstum entscheidend 34

*Martina Sabra*  
Rückgang arrangierter Ehen in der arabischen Welt 36

*Interview mit Luther Dennis Nii Antieyie Addy*  
Sexualaufklärung in Ghana 38

*Meike Goetze und Claas Langner*  
Wie Entwicklungsfinanzierer nachhaltige Entwicklung vorantreiben können 40

**Debatte**

Kommentare zum Weltklima und zur Sicherheitslage in Burundi 44

**Tribüne**



picture-alliance/Qu wen shan - imaginechina

**Ausfuhren fördern Wachstum**

Lange galt das Modell, das auf Exporte als Wachstumsmotor setzt, als essentielle Säule ökonomischer Entwicklung. In ihrer Rezension der jüngeren Literatur beleuchten die Wissenschaftlerinnen **Clara Brandi** und **Dominique Bruhn** vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), inwieweit das Paradigma des exportgetriebenen Wachstums noch Bestand hat. [Seite 34](#)

**Umwelt- und Sozialstandards beachten**

Entwicklungsfinanzierer können einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten, wenn sie bei der Finanzierung von Investitionen Umwelt- und Sozialaspekte berücksichtigen. Auch die Kunden sollten dahingehend beraten werden, schreiben **Meike Goetze** und **Claas Langner** vom Entwicklungsfinanzinstitut DEG. [Seite 40](#)

**Debatte**



picture-alliance/abata

**Zerfall des Sicherheitsapparats**

Die Gewalt in Burundi treibt auch immer mehr Mitglieder der Polizei und Armee in die Flucht, wie der burundische Journalist **Marc Niyonkuru** beobachtet hat. Vor allem frühere Kämpfer der ehemaligen Tutsi-dominierten Armee fühlen sich bedroht. Die Stabilität der letzten zehn Jahre, die das Friedensabkommen von Arusha gebracht hat, ist vorbei. [Seite 45](#)

# Alles andere als vereint

**Trotz zahlreicher Bemühungen steht es derzeit schlecht um die regionale Integration in Subsahara-Afrika. In mehreren regionalen Gemeinschaften des Kontinents stehen nationale Interessen einem gemeinsamen Vorgehen entgegen.**

In Afrika gibt es acht regionale Wirtschaftsgemeinschaften (regional economic communities – RECs), zwei Zollunionen, zwei Währungsunionen und mehrere weitere Strukturen zur regionalen Integration.

Die East African Community (EAC) gilt als stärkste REC in Subsahara-Afrika. Sie umfasst Burundi, Kenia, Tansania, Ruanda, Uganda und seit diesem Jahr auch den Südsudan.

## Monitor

Der ruandische Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung, Claver Gatete, ist überzeugt davon, dass regionale Integration unerlässlich für den wirtschaftlichen Erfolg seines Landes ist. „Wirtschaftswachstum ist ohne Handel und ein gutes wirtschaftliches Umfeld nicht möglich“, sagt er. Und: „Es ist gut, innerhalb der Region anzufangen. Dann können wir weitersehen, wie wir mit dem Rest der Welt umgehen.“

Zahlreiche Dinge haben sich seit Gründung der EAC im Jahr 2000 verbessert. Gatete nennt unter anderem folgende Errungenschaften:

- Die Anzahl der Tage, die Waren von Kigali in die kenianische Hafenstadt Mombasa beziehungsweise umgekehrt unterwegs sind, hat sich von 21 auf fünf reduziert.
- Es gibt keine Roaming-Gebühren mehr innerhalb der EAC.
- Es gibt Versicherungen, die die gesamte Region abdecken.
- Die vier Zentralbanken der EAC halten auch die Währungen der jeweils anderen Länder, so dass der Dollar nicht mehr für den Umtausch gebraucht wird.

Nichtsdestotrotz gibt es wenig innerafrikanischen Handel. Laut Bernard Hoekman vom Europäischen Hochschulinstitut in Florenz macht der Handel mit anderen afrikanischen Ländern durchschnittlich

nur zehn Prozent des Außenhandels aus. Einige Länder handeln fast gar nicht innerhalb des Kontinents. Die regionalen Gemeinschaften haben daran offenbar nicht viel geändert.

Hoekman verweist darauf, dass es für afrikanische Länder sinnvoller ist, ihre Produkte nach Übersee zu exportieren, da sie größtenteils über die gleichen Rohstoffe und Waren verfügen wie ihre Nachbarn. Sich zusammenzuschließen und gegenüber den großen Playern auf dem Weltmarkt – wie der EU, USA und China – gemeinsam aufzutreten hat jedoch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Und das, obwohl regionale Gemeinschaften aufgrund ihres größeren Marktes eine bessere Verhandlungsposition haben müssten als einzelne Staaten. Dass Handel in Afrika so teuer ist wie sonst nirgends auf der Welt, wie Hoekman sagt, stellt eine große Hürde dar.

Errungenschaften, wie die von Minister Gatete genannten, seien gut, aber: „Der Rest der Welt hat ebenfalls Fortschritte gemacht“, warnt Hoekman. Seiner Meinung nach muss die EAC mehr tun, um sich Wettbewerbsvorteile zu erarbeiten und die regionale Integration voranzutreiben.

Gatete weiß um die Defizite. Es fehle an gemeinsamer Infrastruktur wie Schienen- oder Stromnetzen, die schon seit Jahren im Gespräch seien. Auch sei der Privatsektor zu wenig eingebunden. Dem Minister zufolge gibt es gute Gründe zu bezweifeln, dass die Mitgliedschaft in der EAC und drei weiteren regionalen Wirtschaftsgemeinschaften Ruanda wirklich vorangebracht hat (siehe auch E+Z/D+C e-Paper 2016/09, S. 12 ff.).

## Entscheidungen ohne Folgen

Ruandas Handelsminister François Kanimba fordert eine bessere und schnellere Implementierung von Beschlüssen innerhalb der EAC. „Wir treffen Entscheidungen, setzen sie aber nicht um“, sagte er auf einer Konferenz im September in Kigali, die vom Poverty Reduction, Equity

and Growth Network (PEGNet) und dem Institute of Policy Analysis and Research-Rwanda (IPAR-Rwanda) ausgerichtet wurde.

Selbst wenn Ruanda alles richtig macht, kann es keine Fortschritte geben, wenn die anderen REC-Mitglieder nicht am selben Strang ziehen. Afrikanische Länder müssten sich zusammenschließen, um große Märkte zu schaffen, so Kanimba: „Wir müssen ausländische Investitionen in Dienstleistungen und Infrastruktur anlocken. Investoren kommen aber nur, wenn sie Möglichkeiten für grenzüberschreitenden Handel haben.“

Andreas Beckermann vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) teilt diese Einschätzung. Ausländische Investoren brauchten große Mengen desselben Produkts, und zwar „auf einmal, zuverlässig und von gleicher Qualität“. Ein kleines Land wie Ruanda kann das alleine nicht leisten.

Die EU hat wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (economic partnership agreements – EPAs) mit regionalen Gemeinschaften in Afrika sowie im karibischen und pazifischen Raum ausgehandelt. Ihr Ziel sind unter anderem Handelserleichterungen. Durch die EPAs erhalten Entwicklungsländer ungehinderten Zugang zum EU-Markt, während für die Öffnung ihrer eigenen Märkte Übergangsfristen gelten. Sensible Branchen werden so geschützt. Die Verhandlungen zogen sich über viele Jahre hin. Mittlerweile haben die meisten Länder – darunter auch Ruanda – die Verträge unterzeichnet. Kein einziges EPA ist jedoch bislang ratifiziert.

Die Verträge mit der EAC und der Economic Community of West African States (ECOWAS) sollten dieses Jahr unterschrieben werden. Doch jetzt scheren einzelne Länder aus. In der EAC befürchtet Tansania, dass die Industrialisierung Ostafrikas unter einer Öffnung für europäische Industrieerzeugnisse leiden würde. Und in Westafrika fürchtet Nigeria um die eigene Produktion. Die EU hatte ursprünglich eine Frist für die Unterzeichnung für



Das kleine Ruanda setzt sich für eine schnellere regionale Integration in Ostafrika ein: Stadtzentrum von Kigali.

den 1. Oktober festgelegt, diese jedoch aufgrund der Unstimmigkeiten um vier Monate verlängert.

## „Dramatische Situation“

Helmut Asche von der Universität Mainz warnt: „Wenn die EPAs scheitern, bedeutet das das Ende der afrikanischen Integration in Form von regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, wie wir sie kennen.“ Er geht davon aus, dass Afrika dann zu lose miteinander verbundenen Freihandelsabkommen zurückkehrt, anstatt dem Pfad der regionalen Integration zu folgen, den die EU vorgegeben hat. „Wir haben im Moment eine wirklich dramatische Situation“, sagt Asche.

Die meisten Teilnehmer der PEGNet-Konferenz waren sich darüber einig, dass die EU kein Vorbild für Afrika sein kann, weil die Voraussetzungen zu unterschiedlich sind. Ein großes Hindernis für weitreichende Integration in Afrika besteht darin,

dass afrikanische Staaten in der Regel institutionell sehr schwach sind.

Die derzeitige Krise der EU und ihre drohende Desintegration spielen jedoch ebenfalls eine Rolle. Der Brexit wird sich auch auf Afrika auswirken: Die EPAs gewähren keinen Zugang mehr zu dem wichtigen britischen Markt, wenn er nicht Teil der EU ist.

ECOWAS-Handelsdirektor Gbenga Obideyi befürchtet den Zerfall der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft. Drei der 16 Länder, die unter das EPA mit Westafrika fallen (alle ECOWAS-Mitglieder plus Mauretanien), haben noch nicht unterschrieben. Mauretanien braucht zunächst ein Assoziierungsabkommen mit ECOWAS, was laut Obideyi zurzeit am mauretanischen Parlament scheitert. Das größere Problem stellt jedoch Nigeria dar, denn die mit Abstand stärkste Wirtschaftsmacht der Region macht schwerwiegende Bedenken geltend. Gambia dagegen verweigert die Unterschrift aus Solidarität mit dem „großen Bruder“ Nigeria.

Unterdessen haben die ECOWAS-Mitglieder Ghana und Elfenbeinküste sogenannte Interim-EPAs ratifiziert – und gehen damit ihren eigenen Weg. Obideyi warnt: „Wenn die anderen Länder nicht unterschreiben, haben wir mehrere unterschiedliche Handelsregelungen.“ Das ECOWAS-Sekretariat versuche Nigeria und Gambia umzustimmen. Sanktionen hat es jedoch nicht in der Hand.

Der Süden des Kontinents hat ebenfalls Probleme mit der regionalen Integration. Südafrika sei unzufrieden mit der südafrikanischen Zollunion (South African Customs Union – SACU), berichtet Peter Draper, der Leiter der auf Handel im südlichen Afrika spezialisierten Beratungsfirma Tutwa Consulting. „Pläne, aus SACU auszutreten, gibt es schon lange“, sagt er. Wenn das passiert, hat Afrika seinen eigenen Brexit – den „Sexit“, wie Draper ihn nennt. Dann würde der Kontinent dem Beispiel der EU auf die denkbar schlechteste Weise folgen.

Katja Dombrowski

# „Gangs als politische Entschuldigung“

**An Gesichtern, Hälsen und Armen tätowierte junge Männer sind das Symbol für die Gewalt in Zentralamerika: Zehntausende Jugendliche arbeiten für die Maras – für Gangs, die Drogenhandel, Schutzgelderpressung oder Überfälle organisieren und sich blutige Kriege untereinander und mit staatlichen Sicherheitskräften liefern. Die repressive Politik der „harten Hand“ hat die Gewalt bisher nicht eindämmen können, aber Experten sehen erste Lichtstrahlen am Ende des Tunnels.**

Das sogenannte „nördliche Dreieck“ aus El Salvador, Guatemala und Honduras ist eine der gefährlichsten Gegenden der Welt: Im Jahr 2015 lag die Mordrate in El Salvador bei 116 pro 100 000 Einwohnern, in Honduras und Guatemala sank sie leicht auf 60. Der globale Durchschnitt liegt bei 6,2. Mitverantwortlich für die Situation sind kriminelle Gangs, die ganze Territorien kontrollieren.

„Parteien nutzen die Gangs oft als politische Entschuldigung“, sagt José Luis Sanz von der auf Kriminalität spezialisierten investigativen Plattform „El Faro“ aus El Salvador auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Das verschleierte die „multikausalen Dynamiken“: Die hohen Mordraten seien nur die sichtbarste Folge von gesellschaftlichen Kon-

flikten, deren Ursachen komplex und historisch gewachsen seien.

In Honduras, El Salvador und Guatemala haben extreme soziale Ungleichheit, schlechte Löhne und Steuerflucht, mangelnde staatliche Fürsorge und Durchsetzungskraft, fehlende Aufstiegschancen und massive Korruption dazu beigetragen, dass die Gangs ihren gesellschaftlichen Einfluss ausgebaut haben. Sie sind zu mächtigen Rivalen des Staates herangewachsen und haben die Sicherheitskräfte und die Justiz vielerorts bereits unterwandert. Immer wieder töten etwa korrupte Polizeieinheiten als Söldner für die Gangs.

„Die große Tragödie ist, dass die Gangs für viele Jugendliche und ärmere Menschen eine intelligente Option darstellen“, so Sanz. Gerade in ärmeren Vierteln müssten sich die Bewohner unter den Schutz einer lokalen Gang begeben, um nicht von Rivalen getötet zu werden.

Die einzige Antwort der Regierungen war jahrzehntelang staatliche Gewalt, was die Situation nur noch mehr angeheizt hat. „Die Politik der harten Hand („mano dura“) funktioniert nicht“, kritisiert Ana Glenda Tager von Interpeace aus Guatemala. „Die Konflikte zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt, es herrscht ein grundsätzliches Misstrauen.“

Präventionsstrategien sind ebenfalls weitgehend wirkungslos geblieben, obwohl dafür Millionen Dollar aus US-amerikanischen Programmen bereitgestellt wurden. „Die politischen Parteien wollen an der Macht bleiben und setzen auf populistische Konzepte – das verhindert eine Politik, die wirklich Veränderung schaffen kann“, so Tager. Statt mit kriminellen Gruppen zu arbeiten und sie als Teil der Lösung zu begreifen, habe sich Prävention zu lange auf simple Rezepte wie Anti-Gewalt-Trainings für Schüler beschränkt – die danach nur wieder in ihre Realität zurückkehren: in die von Gangs kontrollierten Armenviertel.

Doch angesichts der anhaltend hohen Mordraten suchen die zentralamerikanischen Regierungen auch nach Lösungsansätzen jenseits der Hardliner-Politik. In El Salvador schlossen die großen Gangs 2012 einen Waffenstillstand und begannen, mit der Regierung zu verhandeln. Diese Gespräche zwischen Regierungen und kriminellen Organisationen sind umstritten, dennoch sieht Sanz keine Alternative dazu. Nur zusammen mit den Gangs könne man eine Lösung finden. „Seit den Verhandlungen wird viel detaillierter über Prävention, Gesetze und Strategien diskutiert“, so Sanz. Auch Projekte, die Häftlinge reintegrieren sollen, seien erstmals kein Tabu mehr. Bisher hätten Gefängnisse nur als „Mülleimer“ gegolten, in denen der Abschaum der Gesellschaft entsorgt werden sollte. Dadurch verwandelten sich die überbelegten Anstalten in Trainingscamps für die nächste kriminelle Generation.

Sicherheitsexpertin Tager betont die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft: Für sie ist es ein „Licht am Ende des Tunnels“, dass die Bürger von Guatemala im vergangenen Jahr monatelang gegen die Korruption der Regierung und gegen Straflosigkeit auf die Straße gegangen sind. Der Kampf vereinte erstmals zuvor isolierte Parteien und Gruppen, weil Korruption sie alle betrifft. „Vielleicht kann das ein Anfang sein, um danach auch andere Themen gemeinsam anzugehen“, hofft Tager.

*Sonja Peteranderl*



*Politik der harten Hand: inhaftierte Gangmitglieder vor Gericht in Guatemala-Stadt.*

# Vielschichtige Bewegung

**Viele Frauen kämpfen in Indien gegen patriarchale Machtstrukturen. Sie stellen traditionelle Rollenvorstellungen zur Diskussion und wollen Geschlechtergerechtigkeit reduzieren – angefangen in der Privatsphäre der Familie.**

Vibhuti Patel und Radhika Khajuria blicken in einer neuen Studie auf die Geschichte des feministischen Aktivismus in Indien zurück. Die Ursprünge sehen die beiden Wissenschaftlerinnen in der Sozialreformbewegung des 19. Jahrhunderts.

Politik, Wirtschaft, Umwelt, Medien, Bildung, Familie. Die Frauenbewegung erkennt Geschlechtergerechtigkeit in der Vergabe von politischen Posten ebenso wie bei der Verteilung von Landbesitz. Im Familienrecht sind Mann und Frau nicht gleichgestellt, was unter anderem bei Scheidungen für Frauen Nachteile bringt.

Die Autorinnen schildern, dass die Frauenbewegung von Anfang an gegen normative Vorstellungen von Geschlechterrollen, die der patriarchalen Familienordnung entsprechen, ankämpfte. Ihnen

den großen Städten und leben dort auch in Single-Haushalten. Die verschiedenen Fraktionen der Frauenbewegung sind sich nicht darüber einig, wie weit die individuelle Unabhängigkeit reichen soll. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Familie in Indien für die soziale Sicherheit weiterhin eine entscheidende Rolle spielt.

Trotz gemeinsamer Forderungen ist die Frauenbewegung sehr heterogen. Ansichten von Landarbeiterinnen unterscheiden sich von denen von Linksintellektuellen in den Städten – zum Beispiel beim Thema Homosexualität. Sexuelle Selbstbestimmung wird unterschiedlich verstanden. Ebenso unterscheiden sich Haltungen zur Marktorientierung und Modernisierung. Leider gehen die Autorinnen darauf kaum ein.

In der Praxis wählen viele Frauen ihren Ehemann selbst, in vielen Fällen wird diese Entscheidung aber von den Eltern getroffen. Oft haben die Frauen auch ein Mitspracherecht (siehe Beitrag über arrangierte Ehen in der arabischen Welt von Martina Sabra, S. 36 ff.). Darüber, wie diese Dinge gehandhabt werden sollen, gehen die Meinungen auch innerhalb der Frauenbewegung auseinander. Während manche Frauen mehr Entscheidungsfreiheit fordern, sehen andere ihrer Selbstbestimmung nicht eingeschränkt, wenn sie Entscheidungen im Kreis der Familie treffen. Solche Differenzen erläutern Patel und Khajuria nicht.

Geschlecht ist in Indien für die beiden Autorinnen nicht die einzige Quelle von Ungerechtigkeit. Auch Religions- oder Kastenzugehörigkeit führen zu struktureller Benachteiligung. So behandeln beispielsweise Polizisten Frauen aus niedrigen Kasten anders als Frauen aus hohen Kasten und verhindern beispielsweise, dass sie Anzeige wegen Vergewaltigung erstatten. Musliminnen werden ebenfalls häufig benachteiligt. Patel und Khajuria meinen, diesen Ungerechtigkeiten solle die Frauenbewegung mehr Beachtung schenken. *Lea Diehl*

## Quelle

Patel, V. und Khajuria, R., 2016: Political feminism in India: An analysis of actors, debates and strategies. New Delhi: Friedrich-Ebert-Stiftung.  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/indien/12706.pdf>



Frauen in Mangalore.

Vor allem Frauen aus der Ober- und Mittelschicht kämpften damals für Geschlechtergerechtigkeit und gegen soziale Segregation. Heute sind dagegen auch viele Frauen der unterdrückten Kasten („Dalits“) sowie Industrie- und Landarbeiterinnen aktiv. Die Frauenbewegung stützt sich dabei auf eine große Bandbreite von politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Graswurzelinitiativen und wissenschaftlichen Instituten.

In ihrem von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Werk betonen Patel und Khajuria die gemeinsamen Forderungen der Frauenbewegung. Diese betreffen nahezu die gesamte Gesellschaft:

zufolge verstetigen sich Rollenbilder zudem unter der Oberfläche der marktorientierten Modernisierung. Wie viele Feministinnen kritisieren Patel und Khajuria außerdem eine „patriarchale Kontrolle weiblicher Sexualität“ (Patel/Khajuria 2016), die auch innerhalb von Familien allzu oft in Vergewaltigung gipfeln, und fordern sexuelle Selbstbestimmung.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts bemühen sich Feministinnen um die Stärkung des einzelnen Individuums. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen verfolgen dieses Ziel. Jede Frau soll letztlich ein selbstbestimmtes Leben führen. Heute suchen viele Frauen solche Chancen in

# Bildung als Rettungsanker

**Noch nie haben seit dem 2. Weltkrieg so viele Kinder unter den Folgen von Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen gelitten wie heute, stellt das UN-Kinderhilfswerk UNICEF in einem aktuellen Report fest. Als eine der dringendsten Aufgaben sieht UNICEF daher die Investition in Bildung und Schutz.**

Nach jüngsten Zahlen der Hilfsorganisation wächst jedes neunte Kind in einer von bewaffneten Konflikten geprägten Umgebung auf. Das sind rund 250 Millionen Mädchen und Jungen. Allein im Jahr 2015 wurden weitere 16 Millionen Kinder in einer Konfliktregion geboren. UNICEF weist darauf hin, dass eine neue Generation von Kriegen herrsche, mit einem nie dagewesenen Ausmaß an direkter, rücksichtsloser Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. UNICEF kritisiert, dass gezielte Angriffe auf Kinder oftmals als Kriegstak-

dem Zweiten Weltkrieg. Weltweit seien laut UNICEF derzeit fast 50 Millionen Mädchen und Jungen auf der Flucht. Etwa 28 Millionen davon flohen vor Unterdrückung und Gewalt und 22 Millionen aus Armuts- oder Umweltgründen. Viele dieser Kinder, die teilweise ohne ihre Familien unterwegs sind, seien von den Gewalttaten, mit denen sie konfrontiert wurden, traumatisiert. Auf ihrer Flucht seien sie dann weiteren Gefahren und Grausamkeiten wie Nahrungsmangel, Krankheit, Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt, erklärt UNICEF.

Außerdem fehlt es Kindern in Konflikt- und Fluchtsituationen an Bildungschancen. Viele Mädchen und Jungen gehen jahrelang nicht mehr zur Schule. Es drohe eine verlorene Generation von Kindern und Jugendlichen, die ohne Schulbildung und ohne Chance auf eine Zukunft heranwachsen, warnt das Kinderhilfswerk. Um

liche Mandate mit getrennten Budgets gesehen werden. Sie müssten vielmehr verzahnt werden, um langfristige Hilfe zu ermöglichen.

Investition in Bildung sei Investition in die Zukunft, meint das Kinderhilfswerk, und bekräftigt damit Erkenntnisse des ODI (2015). Bildung könne zu Veränderungen beitragen, sei entscheidend in Friedensprozessen und bilde die Grundlage für die Wirtschaft eines Landes. Für entwurzelte und traumatisierte Kinder, deren Heimatlosigkeit oft das einzige Zuhause sei, könne Bildung ein Rettungsanker sein. Schule könnte in Kriegs- und Fluchtsituationen für Kinder ein Ort der Geborgenheit sein, der unter anderem:

- ein Gefühl von Normalität vermittelt, ein Stück Sicherheit und Vertrauen gibt sowie die Möglichkeit zu spielen und zu lernen,
- dringend benötigte psychosoziale Unterstützung bei Stress und Traumata bietet,
- wichtige Botschaften zu Hygiene, Gesundheit und Sicherheit vermittelt,
- zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beiträgt und
- wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft gibt.

Kinder sind „natürliche Agenten des Wandels“, so UNICEF. Sie könnten leichter mit Veränderungen umgehen. Die Zukunft hänge davon ab, welche Perspektiven für Kinder und Jugendliche trotz Krieg und Gewalt geschaffen würden. Eine nachhaltige Entwicklung könne nur mit Hilfe der Kinder gelingen. Langfristige Investition in die Zukunft der jungen Generation sei keine Aufgabe für ein Land allein, sondern Aufgabe der Weltgemeinschaft. *Dagmar Wolf*

*Unterricht für Flüchtlingskinder in einer von UNICEF unterstützten Schule im Krindig Camp in Darfur, Sudan.*



Shezad Noorani/Lineair

tik eingesetzt würden, um deren Eltern einzuschüchtern und zu demoralisieren. Kinder würden von Terrorgruppen mit Hass indoktriniert, und sie würden zum Kämpfen ausgebildet. Manche Terrororganisationen schreckten auch nicht davor zurück, Kinder als Selbstmordattentäter einzusetzen.

Die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen führen zu zahlreichen Fluchtbewegungen. Experten sprechen aktuell von der größten Flüchtlingsbewegung seit

später Frieden sichern zu können, müssten Kinder und Jugendliche an Bildungs- und Versöhnungsprozessen beteiligt werden.

Als eine der dringendsten Aufgaben sieht UNICEF daher die Investition in Bildung und Schutz. Doch dem Report zufolge werden aktuell weniger als zwei Prozent der humanitären Hilfe in Bildung investiert. UNICEF fordert daher die internationale Gemeinschaft zum Umdenken auf: Nothilfe und offizielle Entwicklungshilfe dürften nicht länger als unterschied-

## Literatur

**UNICEF-Report 2016:** Flüchtlingskindern helfen. Frankfurt: Fischer, 2016.

## Links

**UNICEF, 2016:** Uprooted: The growing crisis for refugee and migrant children.

[http://www.unicef.org/videoaudio/PDFs/Uprooted\(1\).pdf](http://www.unicef.org/videoaudio/PDFs/Uprooted(1).pdf)

**Overseas Development Institute (ODI), 2015:** Education in emergencies and protracted crisis – towards a strengthened response.

<https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/9714.pdf>



# Heutzutage: Zum Schwarzsein stehen

Überall in der Welt akzeptieren schwarze Frauen heute ihr natürliches Haar und weisen das Klischee zurück, dass gebildete und fortschrittliche Frauen glatte Haare zu tragen haben.

Als ich in Nigeria aufwuchs, wurden chemische Haarglättungsmittel schon bei kleinen Mädchen angewandt. So setzten sich auch die höheren von den unteren Klassen ab: Mädchen aus vermeintlich „zivilisierten“ Familien trugen ihre Haare geglättet oder in lockeren Wellen, so dass sie nicht wie Dorf-mädchen aussahen.

Meine Mutter erzählte mir, mein Haar sei mir zum ersten Mal im Alter von zwei Jahren geglättet worden und ich hätte die ganze Zeit geweint, während die Che-

mikalien auf meinem Kopf waren. Als ich aufwuchs, war es normal, das Brennen des Haarglättungsmittels ohne Tränen zu ertragen, auch wenn es wehtat. Ich wollte nicht „Buschmädchen“ genannt werden. Später wechselte ich zu schmerzlosen Chemikalien, die ich zumindest eine Stunde lang ertragen konnte – denn je länger sie auf dem Kopf gelassen werden, desto glatter die Haare. Dies ist jedoch nicht risikolos. Diese Mittel sollten nicht länger als ein paar Minuten einwirken, aber afrikanisches Haar braucht mehr als nur ein paar Minuten, um die krausen Locken zu glätten. Im Laufe der Jahre litt ich dann auch unter dünnerem Haar, abgebrochenen Spitzen und einer zurückweichenden Haarlinie, was ich einfach mit

Haarverlängerungen wettmachte.

Als ich schwanger wurde und obendrein eine Hochrisiko-Schwangerschaft hatte, entschloss ich mich, alle möglichen Chemikalien zu vermeiden und als Allererstes die Haare nicht mehr zu glätten. Meine Haare wurden durch die Hormone sehr dick, und ich musste sie flechten, um sie zu bändigen. Eigentlich hatte ich vor, sie wieder zu glätten, sobald ich mein Baby nicht mehr stillte.

Aber dann besuchte ich meine Cousine in New York, die ihre Haare naturbelassen trug. Ich stellte fest, dass dies viele afro-amerikanische Frauen taten. Als ich nach Nigeria zurückkehrte, entschloss ich mich, eine Friseurin zu finden, die sich mit natürlichem Haar auskannte. Weil ein Friseur aber viel zu teuer war, lernte ich, meine Haare selbst zu frisieren.

Heutzutage tragen mehr und mehr nigerianische Frauen ihr Haar natürlich – zum Teil, weil es modisch geworden ist, aber auch, weil viele sich mehr für ihre Gesundheit interessieren.

Mehrere Studien, so etwa die des kalifornischen „Black Women's



Center for Wellness“, zeigen die Risiken bei der Nutzung von Haarglättungsmitteln auf, da einige der chemischen Komponenten krebserregend sind. Allerdings sagen andere Studien, dass es keine Verbindung zwischen Glättungsmitteln und Krebs gebe.

Viele Nigerianerinnen sind stolz auf ihre natürlichen Haare, und sogar Friseurinnen ließen sich von dem Trend anstecken. Es gibt nun Salons, die sich nur darauf spezialisieren, Frisuren mit natürlichem Haar zu stylen wie Dreadlocks, Flechtfrisuren, Afros und andere.

Ich selbst trage nun Dreadlocks, aus zwei Gründen: Dieser Stil gefiel mir schon immer, und er ist sehr praktisch, um mein natürliches Haar tagtäglich zu bändigen.

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

## Damilola Oyedele

ist leitende Korrespondentin der nigerianischen Zeitung „Thisday“. Sie lebt in Abuja.

[damiski22@yahoo.com](mailto:damiski22@yahoo.com)



## Impressum

**E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit**  
57. Jg. 2016  
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.  
ISSN 2366-7249

**Herausgeberin:**  
**ENGAGEMENT GLOBAL**  
Service für Entwicklungsinitiativen



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

**ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH**  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
<http://www.engagement-global.de>

**Beirat:**  
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

**Verlag:**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH

**Geschäftsführer:**  
Oliver Rohloff

**Anschrift von Verlag und Redaktion:**  
Frankenallee 71-81  
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**Redaktion:**  
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)  
Tel. (0 69) 75 01-43 66,  
Fax (0 69) 75 01-48 55,  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

**Grafik und Layout:** Jan Walter Hofmann

**Übersetzung:**  
Eleonore von Bothmer, Carola Torti

**Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:**  
Klaus Hofmann (verantwortlich)  
Tel. (0 69) 75 01-48 27  
Fax (0 69) 75 01-45 02  
[zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de](mailto:zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de)

**Druck:**  
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4-6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

**Bezugpreise für Druckausgabe:**  
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

# Urbane Aufgaben

A high-angle photograph of a multi-lane highway in an urban area, showing heavy traffic. The road is filled with various vehicles, including large red and white trucks, white buses, and smaller cars. The traffic is moving in both directions. In the foreground, a white bus with 'DOLPHIN' written on its side is visible. To the right, a red and yellow bus is partially visible. The background shows a cityscape with buildings and trees under a clear sky.

Die Hälfte der Menschheit lebt mittlerweile in Städten, und ihr Anteil wächst weiter. Urbanisierung prägt das Leben in jeder Hinsicht und hat sogar Einfluss auf das Weltklima. Entscheidungen, die in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten fallen, werden gesellschaftliches Leben über Generationen hinweg gestalten. Die Herausforderungen sind gewaltig, aber wenn jetzt richtig gehandelt wird, dient das der Lebensqualität sehr vieler Menschen. Die Interessen der Armen dürfen nicht vernachlässigt werden – ihr Leben ist hart.

Die KfW-Beilage am Ende dieses e-Papers behandelt ebenfalls Stadtentwicklungsthemen. Wir bitten um Beachtung.



*Bus auf einer separaten Schnellspur in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá.*

# „Besser leben“

Fachleute der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB – Asian Development Bank) finden, dass Sonderwirtschaftszonen smarte Urbanisierung vorantreiben sollen. Jong Woo Kang beantwortete dazu die Fragen von Hans Dembowski.

## Interview mit Jong Woo Kang

### **Warum finden Sie die Sonderwirtschaftszonen, die in Asien in den 1980er und 90er Jahren die exportgetriebene Industrialisierung voranbrachten, heute nicht mehr zeitgemäß?**

Typischerweise war damals eine Export-processing Zone (EPZ) eine Enklave, in der Arbeitsplätze entstanden und in der berufliche Fähigkeiten zunahmen, weil eine begrenzte Anzahl von Gütern mit niedrigen Löhnen für Ausfuhrzwecke produziert wurden. Begrenzt blieben auch die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft insgesamt. Wir haben seither gelernt, dass es sinnvoll ist, Brücken zur heimischen Ökonomie zu schlagen, damit Firmen sich in globale und regionale Netzwerke integrieren. Folglich betonen wir nicht mehr die Exporte, sondern sprechen jetzt von Sonderwirtschaftszonen (SEZ – Special economic zones). Selbstverständlich müssen sie von kompetenten Institutionen getragen werden. Wir wissen allerdings auch, dass Enklaven nach einer Weile dahinwelken, weil die Lohnkosten steigen und der wichtigste Wettbewerbsvorteil entsprechend erodiert. Die Relevanz von Institutionen und Regierungsführung für den Erfolg von SEZ ist gut belegt. Rent-seeking – die Suche nach Profiten, die nicht auf Leistung beruhen – muss verhindert werden. Zugleich müssen diejenigen, die eine SEZ verwalten, die Befugnisse haben, mit Investoren in Single-Window-Verfahren umzugehen. Der wichtigste Punkt ist, dass eine SEZ immer ein ökonomisches Experiment ist, das zur Industriepolitik und der Entwicklungsstrategie eines Landes passen muss. Südkorea und Taipeh-China haben das mit großem Erfolg erreicht.

### **Weshalb waren SEZ so wichtig?**

SEZ wurden geschaffen, um die Entwicklung voranzutreiben. Dazu dienten wirtschaftsfreundliche Bedingungen und die Ermutigung zu ausländischen Direktinvestitionen. Mit niedrigen Kosten und Vorzugsbehandlung ziehen SEZ Industrieunternehmen an, was dann den Transfer von Fähigkeiten und Technologie aus dem Ausland bewirkt. Obendrein nutzen erfolgreiche SEZ für die Zulieferung von Waren und für Dienstleistungen heimische Firmen, und sie beliefern diese auch. Sie tragen so dazu bei, dass die Volkswirtschaft von Arbeitsintensivität hin zu Kompetenz- und Technologieintensivität transformiert wird. Zudem dienen SEZ oft als Experimentierfeld für ökonomische Reformen. Shenzhen, Chinas erste und größte SEZ, nimmt seit 1978, als die Libe-

ralisierungspolitik einsetzte, eine Vorreiterrolle in der Volksrepublik ein.

### **War Shenzhen eine besonders gut konzipierte SEZ?**

Ja, und das ist immer noch so. Shenzhen ist sehr groß und wohlhabend geworden: 10 Millionen Einwohner mit einer Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung von 22 000 Dollar im Jahr 2013. Menschen aus ganz China wollen dorthin ziehen. Die Volksrepublik nutzt SEZ sehr geschickt, um Produktivität zu steigern und Strukturen zu verändern. Shenzhen war eine der ersten vier SEZ, in denen marktorientierte Reformen mit Blick auf Gesetze, Regeln, Steuern, Landbesitz, Arbeit, Finanzwirtschaft, Zölle, Migration und so weiter getestet wurden. Was sich bewährte, wurde dann Schritt für Schritt im ganzen Land auf verschiedene Weise übernommen. Manche Zonen dienen sehr raffinierten Konzepten, um zum Beispiel Hightech-Zentren zu schaffen. Shenzhen zeichnet sich heute durch Hightech-Produktion und maritime Transportdienstleistungen aus.

### **Europäische Kritiker meinen, SEZ seien nur dazu da, dass Unternehmen Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf soziale Ansprüche und andere Rechte ausbeuten. Übersehen sie etwas?**

Wir beobachten seit Jahren in vielen Ländern positive Auswirkungen von SEZ – und zwar besonders in Bezug auf die Beschäftigung von Frauen, von der auch die Familien profitieren. Zu den Ergebnissen gehören höhere Einkommen, Ernährungssicherheit, Zugang zum Gesundheitswesen, gestiegenes soziales Ansehen und weniger Prostitution. Es werden auch weniger Frauen als Haushaltshilfen ausgebeutet. Damit das gelingt, kommt es natürlich auf die Amts- und Regierungsführung an. Eine unabhängige Aufsichtsbehörde kann für einen stimmigen Rechtsrahmen sorgen, Ärgernissen nachgehen und die Rechte von Investoren und Arbeitnehmern austarieren. Die Erfahrung lehrt, dass nachhaltiger Erfolg von fairen Arbeitsbedingungen abhängt. Das ist auch nicht über-raschend, denn höhere Produktivität hängt nun mal von besseren Arbeits- und Lebensbedingungen ab.

### **Was für eine Art von SEZ ist heute sinnvoll?**

Der Dienstleistungssektor wird in Entwicklungsländern auf rasante Weise wichtiger. Diesen Trend müssen SEZ aufnehmen. China hat beispielsweise



Lutz Pape/lineair

„Shenzhen ist sehr groß und wohlhabend geworden.“

2013 die Shanghai Pilot Free Trade Zone geschaffen, um Wachstum durch liberalisierten Kapitalverkehr und schnellere Zollabfertigung zu stärken. Bislang sind die Ergebnisse gut. Die Kapitalströme sind angewachsen und der heimische Wechselkurs der chinesischen Währung hat sich dem internationalen angenähert. Südkorea bietet ein weiteres Beispiel. Das Land richtet Regulation-free Zones ein, um Zentren für zukunftssträchtige Wirtschaftszweige zu schaffen. Relevante Schlagworte sind unter anderem „smarte“ Geräte, das „Internet der Dinge“ und „Bio-Gesundheit“.

#### **Aber eigentlich sind SEZ doch auf sich selbst bezogene Gebiete?**

Nein, das sollten sie nicht sein. Sie sind sogar für die Stadtentwicklung wichtig – und werden immer wichtiger. Es steht fest, dass smarte Städte modernste Technik nutzen, um den Lebensstandard zu steigern und Umweltschäden zu reduzieren. Wissens- und Hightech-basierte SEZ machen das möglich. Nötig sind Systeme für e-Governance, Forschungs- und Entwicklungszentren, Bildungsinstitutionen et cetera. Staaten sollten die langfristige Stadtentwicklung mit SEZ-Strategien verbinden. Malaysia tut das. Iskandar Malaysia ist ein gutes Beispiel dafür, wie Stadtplanung mit SEZ-Methoden betrieben werden kann. Es geht darum, im Bundesstaat Johor einen Wirtschaftskorridor mit Blick auf Infrastruktur, Regierungsführung, Vernetzung, Mobilität, Wohnraum,

Umwelt, Gesundheit und Bildung für den Wettbewerb stärker zu machen. Letztlich ist das Ziel, Investitionen zu steigern und dafür zu sorgen, dass die Menschen besser leben können.

#### **In welchem Maße sind SEZ dann noch auf Ausfuhren ausgerichtet?**

Das hängt vom Entwicklungsstand eines Landes ab. Herkömmliche SEZ in gering entwickelten Ländern sind weiterhin stark exportorientiert, aber SEZ in höher entwickelten Ländern sind mehr auf Strukturwandel ausgerichtet. Japan hat 2013 zu diesem Zweck National Strategic Special Zones eingeführt.

#### **Wohin geht der Trend?**

Noch mehr SEZ sollten darauf ausgerichtet werden, Industriecluster zu bilden, und zwar grenzüberschreitend, sowie innerhalb von Ländern. Ein Beispiel ist in den Niederlanden die Brainport Eindhoven Region, die aus Eindhoven und 20 umliegenden Gemeinden besteht. Ihr Innovationssystem stützt sich auf die Zusammenarbeit von Unternehmen, Staat und Wissensinstitutionen. Public-Private-Partnerships und interdisziplinäre Ansätze sind üblich. Große Nähe, niedrige Schwellen und hohes wechselseitiges Vertrauen treiben Innovation an.



**Jong Woo Kang** arbeitet als Ökonom bei der Asian Development Bank und war der Leiter des Teams, das den Asian Economic Integration Report 2015 mit einem Sonderkapitel über Sonderwirtschaftszonen verfasst hat. [jkang@adb.org](mailto:jkang@adb.org)

#### **Link**

**Asian Economic Integration Report 2015:**  
<https://aric.adb.org/aeir>

# Chance Urbanisierung

Die Weltbevölkerung wird nach vorsichtigen Schätzungen in den kommenden 25 Jahren um fast 2 Milliarden Menschen wachsen. Bis 2100 rechnen die UN mit mehr als 11 Milliarden Menschen. Die meisten von ihnen werden in Städten leben. Eine solche Geschwindigkeit der Urbanisierung ist historisch beispiellos und bringt große Herausforderungen, aber auch besondere Chancen mit sich.

Von Franz-B. Marré und Maria-Theres Haase

➔ Auf Megastädte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern wie Mumbai, Dhaka oder Shanghai wird nur ein vergleichsweise geringer Teil des Wachstums entfallen. Es sind vor allem kleinere und mittelgroße Städte mit bis zu einer Million Einwohnern, die am rasantesten wachsen werden. Dabei werden 90 Prozent des städtischen Wachstums in Schwellen- und Entwicklungsländern erwartet, insbesondere in Asien und Afrika.

Eine schnelle und unkontrollierte Urbanisierung wird Armut und Ungleichheit „verstärken“. Schon im Laufe der kommenden Generation wird jeder dritte Mensch in informellen Armutsgebieten leben, aus Mangel an bezahlbarem Wohnraum und existenzsicherndem Einkommen. Ein Leben in Elendsvierteln bedeutet auch dramatische Engpässe bei Infrastruktur und Versorgung. Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sind mangelhaft, ebenso die Gesundheitsversorgung. Hinzu kommt, dass die Nutzung von Transportmitteln für die meisten Menschen nicht bezahlbar ist. Chancenlosigkeit und ein Ausschluss vom städtischen Leben und von Entwicklungsperspektiven sind die Folge, insbesondere für Heranwachsende.

Sollte sich die Verstärkung im jetzigen Tempo fortsetzen, müssen innerhalb der kommenden 35 Jahre noch einmal genau so viele städtische Infrastrukturen gebaut werden wie insgesamt, seit die Menschen begonnen haben, in größeren Siedlungen

zu leben (siehe Interview mit Dirk Messner, S. 29 ff.). Urbanisierung ist komplex und multidimensional. Nur wenn es gelingt, sie nachhaltig zu gestalten, birgt sie die Chance, Armut zu mindern, Ressourcen effizient zu nutzen sowie Integration und Lebensqualität für alle Bewohner zu ermöglichen.

Viele Beteiligte fordern einen Paradigmenwechsel hin zu einer verstärkten Beachtung der Probleme des städtischen Wachstums und einer breiteren Verankerung der Kriterien nachhaltiger Entwicklung im urbanen Raum. Doch das greift zu kurz. Erforderlich ist ein umfassender Perspektivwechsel:

- Städte und ihre Bewohner dürfen nicht als „Begünstigte“, „Zielgruppe“ oder „Interventionsstandorte“ begriffen werden. Vielmehr müssen sie als verantwortliche Entwicklungsakteure anerkannt und befähigt werden, diese Rolle wahrzunehmen.
- Die notwendigen Investitionen können nur dann solide finanziert werden, wenn die Städte Zugang zu Finanzierungsquellen in nationalen und internationalen Märkten erhalten.
- Eine ausreichende und nachhaltige Versorgung allein reicht aber nicht: Ebenso entscheidend ist der gleichberechtigte Zugang aller.

Für die Verankerung und Umsetzung dieser Prinzipien ist die Habitat-III-Konferenz im Oktober in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito von besonderer



Franz-B. Marré

leitet im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Referat 312 „Wasser; Stadtentwicklung; Mobilität“. [franz.marre@bmz.bund.de](mailto:franz.marre@bmz.bund.de)

## Mobilitätsinitiative

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird auf der Habitat-III-Konferenz im Oktober in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito eine neue Mobilitätsinitiative vorstellen, die Anstöße für eine globale Verkehrswende geben soll. Die Initiative zielt auf eine sozial verträgliche, innovative und klimafreundliche Verkehrsentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern ab. Verkehr soll ressourcenschonend gestaltet und das Zusammenspiel verschiedener Verkehrsträger und

des nichtmotorisierten Verkehrs verbessert werden. Mit Krediten der KfW (Finanzielle Zusammenarbeit) werden Infrastruktur- und Dienstleistungsprojekte gefördert. Flankierend werden über die GIZ (Technische Zusammenarbeit) unter anderem Führungskräfte und Nachwuchskräfte geschult und Städte unterstützt, kreditfähige Anträge zu entwickeln. Ziel ist letztendlich sichere und bezahlbare Mobilität für alle (siehe auch KfW-Beilage S. 5 am Ende dieses e-Papers).



Die Geschwindigkeit der Urbanisierung ist historisch beispiellos. Slum in Kairo.

Efficacy/picture-alliance/dpa

Bedeutung. Ihr Ziel ist es, auf Grundlage der Sustainable Development Goals der Agenda 2030 eine globale Urbanisierungsstrategie für die kommenden 20 Jahre zu verabschieden: die „New Urban Agenda“ (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/07, S. 8).

Deutschland ist an der Vorbereitung von Habitat III beteiligt und wirkt darauf hin, dass eine handlungsorientierte und überprüfbare globale Agenda entsteht. Hierzu gehören:

- ein Höchstmaß an kommunaler Selbstverwaltung mit starken lokalen Kapazitäten und sicherer Finanzierung,
- integrierte, effiziente Lösungen zum Einsatz knapper Ressourcen,
- bessere Lebensqualität für die Bewohner etwa durch Parks, Begegnungstätten und kulturelle Einrichtungen und
- die Stärkung internationaler Austauschbeziehungen, um gegenseitiges Lernen und den Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Eine Kernaufgabe jeder Stadtverwaltung ist die Sicherung der Daseinsvorsorge. Dabei kommt bezahlbarer, nachhaltiger städtischer Mobilität eine besondere Rolle zu: Sie ist die Voraussetzung dafür, dass alle Bewohner grundlegende Einrichtungen und ihren Wohnort erreichen und am wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen können. Zudem steigert sie die Energieeffizienz und den Umwelt- und Klimaschutz und trägt zur Reduzierung von Gesundheitsrisiken bei. Städte werden attraktiver für Menschen und Investoren, Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sich.

Deshalb unterstützt Deutschland Partnerstädte gezielt in der städtischen Infrastrukturentwicklung und wird in Quito eine Initiative für transformative urbane Mobilität vorstellen, durch die innovative Mobilitätsansätze unterstützt und die notwendige Verkehrswende weltweit vorangebracht werden (siehe Kasten, S. 14). ←

**Link**

**BMZ, Stadtentwicklung:**

<http://www.bmz.de/de/themen/stadtentwicklung>



**Maria-Theres Haase** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und Beraterin im Referat 312 des BMZ. [maria-theres.haase@die-gdi.de](mailto:maria-theres.haase@die-gdi.de)

# Bessere Regierung, besseres Leben



Lagos ist Nigerias Handelszentrum. Während es lange vor allem für Kriminalität und Chaos bekannt war, hat sich der internationale Ruf des Ballungsgebietes in letzter Zeit erheblich verbessert. Dies ist guter Regierungsführung zu verdanken.

## Von Olamide Udo-Udoma

➔ Der Bundestaat Lagos ist ein boomender städtischer Ballungsraum, in dem mehr als 21 Millionen Menschen leben. Lagos Stadt ist eine der 37 Gemeindeverwaltungen. Seit Ex-Gouverneur Babatunde Raji Fashola im Mai 2015 sein Amt an den aktuellen Gouverneur Akinwunmi Ambode abgetreten hat, tut sich viel Gutes in Lagos.

Vor seiner Amtszeit machte Ambode einen schwachen Eindruck. Er wurde kritisiert, weil er nicht freisprach, sondern seine Reden ablas. Seine Vorgänger wirkten zudem charismatischer. Gbadosi Bakari schrieb in der nigerianischen Zeitung Guardian: „Herr Ambode kämpft – mannhaft, aber trotzdem, er kämpft – darum, die Themen zu artikulieren, ja überhaupt zu begreifen, die entscheidend sind für die weitere

Entwicklung des Bundesstaates, aus dem er kommt und den er regieren will.“ Andere Journalisten fanden kaum freundlichere Worte.

Trotzdem gewann Ambode die Wahl und wurde Gouverneur des Bundesstaates Lagos. Viele schreiben das der Tatsache zu, dass er einer sehr populären Partei angehört. Auch sein Vorgänger war Mitglied dieser Partei, die nun sogar auf Bundesebene an der Macht ist.

Gewiss profitiert Ambode vom Urbanisierungsplan der Vorgänger-Verwaltung. Er kann Lagos jedoch nur voranbringen, wenn er kompetente Entscheidungen trifft und diesen Plan umsetzt. Bislang ist das Ambode gut gelungen. Vom ersten Tag an war sein Ziel eine „allumfassende Regierung“, worunter

## Den Verkehr wieder in Fluss bringen

Im April wurde mit dem Bau von 114 Straßen in 20 verschiedenen Stadtgebieten des Ballungsraums Lagos begonnen – als Teil einer Initiative zu Ausbau und Sanierung von 300 Hauptstraßen. Vorgabe für die neuen Straßen ist, dass sie Beleuchtung, Gehwege und geschlossene Abwasserkanäle haben. Die Verbesserung des Straßennetzes ist notwendig und hilft dabei, Stau zu reduzieren, Autos zu schonen, die Sicherheit zu erhöhen und den Handel zu erleichtern.

Zudem hat Gouverneur Akinwunmi Ambode 434 neue klimatisierte Busse für das Schnellbussystem auf den Hauptverkehrsadern bestellt. Ein Wasserversorgungssystem ist in Planung, und es wurden Gelder für ein von der Weltbank unterstütztes Straßenbahnprojekt zur Verfügung gestellt. Zum Jahresende soll die Bahn in Betrieb gehen; sie wird die Hauptpendleroute entlasten.

Offiziellen Zahlen zufolge waren in den ersten drei Monaten dieses Jahres 751 Menschen in insgesamt 112 Verkehrsunfälle verwickelt. Ziel ist es, die Zahl der Unfälle um 15 Prozent und die Zahl der Todesopfer um 25 Prozent zu reduzieren. Die Sicherheit von Fußgängern und Autofahrern hängt von der Qualität der Straßen ab. Bei der Verkehrsplanung wie auch beim Straßenbau werden oft Fußgängerbrücken vergessen. Im Ballungsraum Lagos wurden im vergangenen Jahr etliche neue Fußgängerbrücken über die wichtigsten Straßen gebaut.

Ein weiteres wichtiges Infrastrukturprojekt ist die Forth-Mainland-Brücke, die die Insel Lagos mit dem Festland verbinden soll. Aufgrund erheblichen Pendlerverkehrs sind die drei bestehenden Brücken regelmäßig verstopft. Gouverneur Ambode hat einen Vorvertrag für die Brücke unter-

zeichnet, die der nigerianische Architekt Kunlé Adeyemi entwerfen soll. Unter einem Teil der Brücke ist Platz für Fußgänger und soziale, kulturelle und kommerzielle Aktivitäten.

Neuerdings setzt die Bundesstaatsregierung sogenannte mobile Gerichte ein. Justizmitarbeiter fahren in schwarzen Kleinbussen durch die Straßen von Lagos, um Verstöße gegen Verkehrsregeln zu ahnden. Dazu gehört das unerlaubte Fahren auf Fahrbahnen, die für Schnellbusse oder für offene Busse gedacht sind. Bisher war das die Aufgabe von Beamten von LASTMA, der Straßenverkehrsbehörde des Bundesstaates Lagos, diese aber hatten den Ruf, die Fahrer zu schikanieren. LASTMA wurde umstrukturiert und ist nun für die Verkehrskontrolle zuständig, während sich die mobilen Gerichte um rechtliche Angelegenheiten kümmern.





er versteht, dass kein Bürger und kein gesellschaftlicher Bereich abgehängt wird – und zwar „ungeachtet von Farbe, Rasse, Glauben, Status, Befähigung oder Behinderung“. Auch dass die Menschen aktiv an Entscheidungen teilhaben, ist dem Gouverneur wichtig.

Zu diesem Zweck richtete er eigens ein Amt für gesellschaftliches Engagement ein. Andere bundesstaatliche Behörden wurden umstrukturiert, um den Bedürfnissen der Menschen in Laos besser zu dienen. Zugleich wurden die Verwaltungskosten reduziert.

Bisher waren die lokalen Regierungen in Nigeria schwach und ineffektiv. Ihnen fehlten Kenntnisse, Fähigkeiten und Geld. Das ändert sich nun. Der Bundesstaat ermächtigt die Gemeindeverwaltungen dazu, infrastrukturelle Entwicklungen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu verwirklichen. So spielen diese mittlerweile unter anderem eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Verkehrslage im Ballungsraum (siehe Kasten, S. 16).

Priorität hat auch das Thema Sicherheit. Im Rahmen der Kampagne „Light up Lagos“ sollen alle größeren Straßen und Plätze nachts beleuchtet werden. 20 Gegenden sind bereits erhellt, was den Anwohnern mehr Sicherheit gibt.

Auch die Lebensmittelproduktion steht auf der Agenda. Eine Metropole dieser Größe braucht Nahrungsmittelsicherheit – insbesondere, da die Preise rasant steigen. Abodes Verwaltung hat einen Vertrag mit der Regierung des Bundesstaates Kebbi im Nordwesten Nigerias geschlossen, um die Versorgung mit bezahlbarem Reis zu sichern.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Tourismus, Sport und Kultur wird seit kurzem ebenfalls erkannt. Entsprechende Aktivitäten gewinnen somit an

Gewicht. Der Stadtmarathon von Lagos im Februar etwa lockte lokale wie internationale Langstreckenläufer an. Die meisten Nigerianer hofften natürlich, dass ein Nigerianer gewinnt – Sieger wurde aber der Kenianer Abraham Kipton. Auf Einladung des Gouverneurs kamen sogar spanische Spitzenfußballer aus Barcelona, um eine Fußball-Schule mit aufzubauen.

Obwohl Nigeria mit einem starken ökonomischen Abschwung zu kämpfen hat (siehe auch E+Z/D+C e-Paper 2016/08, Seite 43), verbessert sich für viele Menschen in Lagos die Lebensqualität. Abode bringt den Bundesstaat voran, ohne dabei die Menschen vor den Kopf zu stoßen. Er hat weit mehr Anerkennung verdient, als er bisher bekommt.

Auch sein Vorgänger Babatunde Raji Fashola hat Gutes bewirkt. Allerdings sorgte er für Unmut bei vielen benachteiligten Menschen, weil sein Vorhaben zur Armutsbekämpfung sich oft gegen die Armen selbst richtete. Um das äußere Erscheinungsbild des Ballungsraumes zu verbessern, wollte er sämtliche Anzeichen von Armut beseitigen, verbannen und zerstören – ein absurder Ansatz in einem urbanen Umfeld, wo drei Viertel der Anwohner keinen Zugang zu grundlegenden Einrichtungen haben.

Mit Abodes Einsatz für die Anwohner von Lagos und deren Inklusion kommt ein frischer Wind auf. Natürlich ist auch dieser Gouverneur nicht perfekt. Vor kurzem setzte er eine Taskforce ein, die Teile von Lagos säubern soll. Diese hat bisher mehr Schaden angerichtet als Gutes getan, indem sie Menschen am Rande der Gesellschaft schikanierte. Eine Initiative des Bundesstaats zur Eindämmung des Straßenverkaufs mag verkehrstechnisch sinnvoll sein, trifft jedoch diejenigen, die darauf angewiesen sind, hart. Ob die Bilanz der Regierung Lagos' so gut bleibt wie bisher, bleibt abzuwarten. ←

*Der kenianische Läufer Abraham Kipton (Mitte) gewann im Februar den Stadtmarathon von Lagos.*



**Olamide Udo-Udoma** ist Stadtaktivistin und leitet die NGO Future Lagos. [olamide@futurecapetown.com](mailto:olamide@futurecapetown.com)

# Unschlagbar günstig

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten, und der Zuzug ist ungebremst. Dadurch – und durch die wachsenden Mittelschichten – nimmt der Verkehr in vielen Metropolen verheerende Ausmaße an. Chaos auf den Straßen und gravierende Luftverschmutzung sind die Folgen. Ein Mittel gegen den wachsenden Autoverkehr ist das Schnellbussystem Bus Rapid Transit (BRT). Als kostengünstige Alternative zur U-Bahn ist es weltweit auf Erfolgskurs.

Von **Nicholas Hollmann**

➔ Stoßstange an Stoßstange quälen sich die Berufspendler täglich durch die verstopften Straßen Bangkoks, und die Zahl der Pkw nimmt stetig weiter zu. Laut dem TomTom Traffic Index 2016 ist die thailändische Hauptstadt eine der am schlimmsten verstopften Städte der Welt. Mit einer Stauneigung von 57 Prozent liegt sie insgesamt auf Rang 2. Betrachtet man nur den abendlichen Berufsverkehr, ist sie mit 114 Prozent sogar Spitzenreiter. 114 Prozent bedeutet, dass sich die Fahrtzeit durch Staus mehr als verdoppelt.

Viele Angestellte können sich die teuren Wohnungen im Stadtzentrum nicht leisten. Sie wohnen in der Peripherie und pendeln täglich weite Strecken. Die Stunden im Auto machen einen bedeutenden Teil des Tages aus. Eltern suchen Kindergärten in der Nähe ihrer Arbeitsplätze im Stadtzentrum, um wenigstens die Zeit im Stau mit ihren Kindern verbringen zu können. Das Familienfrühstück findet im Auto statt, die wichtigen Gespräche des Tages, und auch die mobile Toilette darf nicht fehlen.

Um das Verkehrschaos in den Griff zu bekommen, hat Bangkok 2010 ein BRT-System eingeführt. Dessen Vorteil besteht vor allem in einer eigenen Busspur, die für andere Verkehrsmittel gesperrt ist. Dadurch bewegen sich die Busse unabhängig vom Stau. Außerdem beinhaltet das System besonders komfortable Haltestellen, die ein schnelles Ein- und Aussteigen ermöglichen. BRT-Linien sollten weitere Qualitätsmerkmale aufweisen, etwa elektronische Anzeigetafeln an den Haltestellen mit der Ankunftszeit der Busse.

Mit den verschiedenen Maßnahmen will man erreichen, dass das BRT-System schnell, bequem und sicher ist und damit konkurrenzfähig mit Schienenverkehrs-systemen. Der große Vorteil liegt darin, dass die Schnellbusse wesentlich günstiger sind als Stadtbahnen mit eigenem Gleiskörper oder U-Bahnen, für die teure Tunnel gegraben werden müssen. Die Kosten für einen Kilometer BRT-Linie liegen in der Regel bei nur 10 Prozent der Kosten eines U-Bahn-Kilometers und zwischen 30 und 60 Prozent im Ver-

gleich zur Stadtbahn. Daher ist BRT insbesondere für ärmere Regionen interessant – vorausgesetzt, man ist nicht aufgrund von Platzmangel auf eine U-Bahn angewiesen.

## China weltweit führend

China ist weltweit führend beim Einsatz von BRT. Die Volksrepublik führte das erste Schnellbussystem Asiens 1999 in Kunming ein, der Hauptstadt der Provinz Yunnan. Mit Unterstützung aus der Schweiz wurden erstmals separate Busspuren gebaut, die die Geschwindigkeit der Busse von durchschnittlich 10 auf 18 Kilometer pro Stunde fast verdoppelten. Zwischen 2004 und 2014 kamen nach Angaben des Institute for Transport and Development Policy (ITDP) zu den damals in China bestehenden 14 Kilometern BRT-Strecke weitere 538 Kilometer hinzu.

Im gleichen Zeitraum wurde das BRT-Netz auch weltweit ausgebaut. 1849 der vorhandenen 2580 Kilometer BRT-Korridore wurden laut ITDP zwischen 2004 und 2014 gebaut. Die Tendenz ist weiter steigend.

Seine Anfänge hatte das System aber nicht in Asien, sondern in Lateinamerika. Die brasilianische Stadt Curitiba, die seit den 1960er Jahren rapide wuchs, setzte 1974 erstmals alle wichtigen Elemente in einem BRT-Netz um. Initiator war der Architekt und damalige Bürgermeister der Stadt Jaime Lerner. Eigentlich sollte ein U-Bahn-Netz gebaut und sollten Straßen für den steigenden Pkw-Verkehr verbreitert werden. Weil die Umsetzung dieser Pläne aber Jahrzehnte in Anspruch genommen hätte und sehr teuer geworden wäre, entwickelte Lerner die Idee, eigene Busspuren an den Hauptverkehrsstraßen der Stadt einzuführen mit Haltestellen in der Mitte der Fahrbahn. „Wenn du wenig Geld zur Verfügung hast, lernst du, kreativ zu sein“, sagte der Bürgermeister.

Das BRT-Konzept von Curitiba sah außerdem vor, die Schnellbuslinien über verschiedene Zubrin-



Hollmann

*Bangkok gehört zu den am schlimmsten verstopften Städten der Welt.*

gerlinien an die Vororte anzubinden. Die BRT-Busse erhielten alle einen ebenerdigen Zugang über speziell erhöhte Haltestellen. Auf diese Weise gelang es, ihre Geschwindigkeit und den Komfort konkurrenzfähig zu machen zu schienengebundenen Verkehrsmitteln – bei erheblich niedrigeren Kosten. Nach einer Studie von Leroy W. Demery aus dem Jahr 2004 nutzten 70 Prozent der Pendler das Bussystem in Curitiba, obwohl der Pkw-Besitzgrad über dem Landesdurchschnitt lag.

In den 1970er Jahren entstanden BRT-Systeme vor allem in Brasilien und in den USA. Der Durchbruch aber kam 2000 mit der Eröffnung des TransMilenios in Bogotá. Damit lieferte die kolumbianische Hauptstadt mit ihren 7 Millionen Einwohnern den Beweis, dass ein Schnellbussystem in der Lage ist, in einer Megacity als Alternative zu einer U-Bahn oder Stadtbahn zu bestehen. Zuvor gab es unterschiedliche Ideen, wie dem Verkehrschaos der Stadt zu begegnen sei. Pläne für eine U-Bahn und für aufgeständerte Stadtautobahnen scheiterten jedoch an der Umsetzung. Unter Enrique Peñalosa, der 1998 zum Bürgermeister Bogotás gewählt wurde, wurde stattdessen die Errichtung des TransMilenios beschlossen.

Innerhalb von nur drei Jahren endete im Dezember 2000 die erste Phase des Projekts. Seitdem wurde

der TransMilenio stetig ausgebaut. Aus 14 Kilometern wurden bis heute mehr als 115 Kilometer, und die Zahl der Fahrgäste wuchs auf rund 2 Millionen pro Tag. Damit ist der TransMilenio allerdings an seine Grenzen gestoßen (siehe Kasten, S. 20).

### ■ Süd-Nord-Transfer

Mit der Zeit erkannten auch immer mehr OECD-Staaten wie Australien, Kanada, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan das Potenzial des kostengünstigen Schnellbussystems als Massentransportmittel. Die Einführung von BRT-Systemen in Metropolen der entwickelten Länder war eine der bedeutendsten Technologietransfers von Süd nach Nord.

In Bangkok war das Schnellbussystem, das dort Bangkok Rapid Transit heißt, von Anfang an umstritten. Denn dafür wurde eine Fahrspur auf einigen Teilstrecken der am meisten befahrenen Straßen der Stadt für den allgemeinen Verkehr gesperrt und allein für die BRT-Bussen freigegeben. Dort haben die Busse nun zwar freie Fahrt – die Situation für die anderen Verkehrsteilnehmer ist aber umso schlimmer. Da die physische Trennung vom restlichen Verkehr nicht

durchgehend erfolgte, sondern nur dort, wo mindestens drei Fahrspuren vorhanden waren, büßen die Busse an einigen Stellen ihren Vorteil wieder ein, am Stau vorbeizufahren.

Nach nur sechs Jahren steht jetzt der Fortbestand des Bangkok-Rapid-Transit-Systems auf der Kippe. Es hat das Ziel von 30 000 Fahrgästen pro Tag nicht erreicht. Stattdessen sind es durchschnittlich nur etwa 18 000 Fahrgäste, was zu Verlusten von fast 30 Millionen Dollar seit 2010 führte. Anfang Juli dieses Jahres hat der Stadtrat beschlossen, ein Gremium einzuberufen, das innerhalb von

120 Tagen Vorschläge für die Zukunft des BRT ausarbeiten soll. ←

#### Links

**TomTom Traffic Index:**

[http://www.tomtom.com/en\\_gb/trafficindex/list](http://www.tomtom.com/en_gb/trafficindex/list)

**Institute for Transportation and Development Policy:**

<https://www.itdp.org/bus-rapid-transit-nearly-quadruples-ten-years/>

**Demery jr., L. W., 2004:** Bus Rapid Transit in Curitiba, Brazil – An information summary.

<http://www.publictransit.us/ptlibrary/specialreports/sr1.curitibaBRT.pdf>

**TransMilenio:**

<http://www.transmilenio.gov.co/en/articles/history>

## Erfolgsmodell TransMilenio

Als Enrique Peñalosa Bürgermeister von Bogotá wurde, setzte er ein neues grundlegendes Entwicklungsprogramm für die Stadt auf mit dem Anspruch: „Eine Stadt für Menschen, nicht für Autos.“ Das war die Grundlage für den Erfolg des TransMilenios.

Das kostengünstige, effektive und vergleichsweise umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel sollte mit dem neuen Jahrtausend die Verkehrssituation in der kolumbianischen Hauptstadt verbessern und soziale Verwerfungen in der Bevölkerung ausgleichen: Von dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs sollten vor allem die Armen profitieren. In den 1990er Jahren war Bogotá bekannt für seine vielen Gewaltverbrechen und das massive Verkehrschaos in den Straßen.

Im Jahr 2000 ging die erste Linie mit 14 Bussen in

Betrieb. Inzwischen wurde das Netz auf mehr als 115 Kilometer ausgebaut und transportiert täglich mehr als 2 Millionen Fahrgäste. Es gilt als das größte und schnellste BRT-Netz der Welt. Der TransMilenio fußt auf einem integrativen Ansatz. Zubringerbusse verbinden die Außenbezirke Bogotás mit dem BRT-System. Dazu kam ein angelegtes Netz von Fahrradwegen, neuen Grünanlagen und Fußgängerzonen im Stadtgebiet.

Der TransMilenio wird inzwischen von so vielen Menschen genutzt, dass seine Kapazität nicht mehr ausreicht. Nach 16 erfolgreichen Jahren will Peñalosa, der seit 2015 wieder Bürgermeister ist, die erste Metro-Linie für die Millionenmetropole ausschreiben. Gescheitert ist das BRT-System in Bogotá aber nicht – es wird ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs bleiben.

*Der TransMilenio in Bogotá transportiert täglich rund 2 Millionen Menschen.*



#### Nicholas Hollmann

ist promovierter Verkehrsplaner und arbeitete von 2010 bis 2014 am International College des King Mongkut's Institute of Technology in Bangkok.  
[nicholas.hollmann@gmx.net](mailto:nicholas.hollmann@gmx.net)



Photo: Vangas/picture-alliance/DeTomix

# Hartes Leben in den Townships

Norbert Herrmann hat zwei Jahre als Entwicklungshelfer in Johannesburg in Südafrika gelebt. Er war bei der Organisation loveLife, die Aids-Aufklärung betreibt, im Bereich Wissensmanagement tätig und hat viel über das Leben und die Probleme in den Townships von Johannesburg mitgekriegt. Seine Eindrücke zeichnete er in kleinen Episoden in einem Buch auf. Diese werden durch Illustrationen von Enikő Gömöri ergänzt. In E+Z/D+C berichtet der Autor über seine Erlebnisse in der Stadt.

## Von Norbert Herrmann

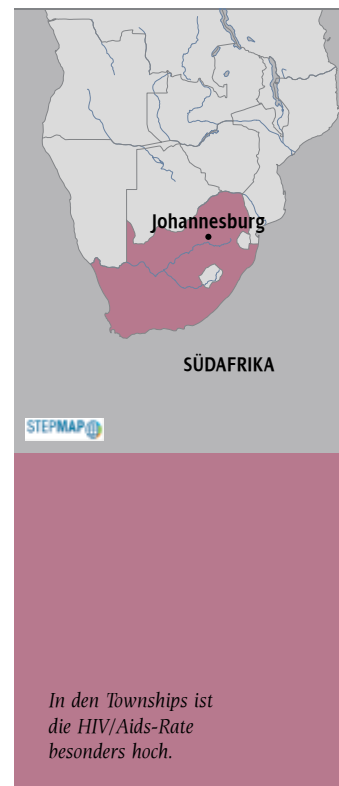
➔ Mehrere meiner Kolleginnen und Kollegen von loveLife sind HIV positiv. Eine Mitarbeiterin kam eines Morgens nicht ins Büro. Das ist nichts Außergewöhnliches angesichts der mangelnden Verlässlichkeit der Busse, die von den Townships ins Geschäftsviertel von Johannesburg fahren. Der einfache Anfahrtsweg beträgt für viele Menschen hier mehr als zwei Stunden. Oft stehen nicht genügend Busse zur Verfügung. Gegen Mittag kommt dann ein Anruf, die Kollegin sei auf dem Weg zur Arbeit im Township Orange Farm überfallen und vergewaltigt worden. Von denselben fünf Jungs wie schon drei Jahren zuvor.

Monate später ist die Kollegin zurück im Büro. Sie hat jetzt die zehn Krankheitstage, die in Südafrika pro Jahr als Fehlzeit im Büro erlaubt sind, ausgereizt. Ihr Gehalt wird gekürzt sobald sie das nächste Mal – sei es auch krankheitsbedingt – fehlt. Und sie trägt das T-Shirt „HIV positiv“. Einer der Vergewaltiger muss die Krankheit übertragen haben. Die dunklen Ecken in den Townships aufzuhellen, das wäre ein erster, kleiner Schritt für besseren Schutz vor Überfällen, sagt sie. Insbesondere die Wege zur Bahn und zu den Bussen müssten sicher sein.

In den Townships, in denen auch mein Freund Nkosana und viele weitere Kollegen leben, ist die HIV-Ansteckungsrate besonders hoch. Deshalb werden dort von loveLife Jugendprogramme und Jugendzentren betrieben, in denen Aufklärungsarbeit geleistet wird. Jugendliche können dort auch etwas Ablenkung vom oft tristen Alltag finden und sich einen eigenen Lebensinhalt aufbauen. Eines der loveLife-Programme fördert Kunst und Kultur. Genau dort hat Nkosana – der sich selbst als Künstler „Skyto“ nennt – vor Jahren sein erstes Gedicht verfasst. Inzwischen hat er nebenberuflich sein eigenes „Skyto Poetry Movement“ aufgebaut.

Wir sind von Nkosana zu einer Poetry-Slam-Session nach Orange Farm eingeladen und wollen natür-

lich dort hin – ein Township weit südlicher als Johannesburgs berühmtestes Township Soweto. In Soweto – das ist die Abkürzung für South-Western-Township – lebte Nelson Mandela in derselben Straße wie Bishop Tutu. Das ist die einzige Straße der Welt, in der gleich zwei Friedensnobelpreisträger wohnten. In Orange Farm sind wir um zwei Uhr nachmittags im alten Community Center verabredet. Es ist auf keiner Landkarte verzeichnet, da hilft auch Google Maps nicht weiter. Als ich Nkosana eine Straßenkarte vorlege, ernte ich einen hilflosen Blick. Selbst die Chefs in meiner Organisation haben kaum gelernt, eine Landkarte zu lesen. Deshalb habe ich auch niemals eine genaue Antwort





Beyer/lineair

*Soweto ist der berühmteste Township in Südafrika.*



**Norbert Herrmann**  
war zwei Jahre als  
Entwicklungshelfer in  
Johannesburg in Südafrika bei  
der Organisation loveLife tätig.  
[norberthe@gmail.com](mailto:norberthe@gmail.com)

bekommen, als ich nach den genauen Koordinaten unserer 20 im Land verteilten Jugendzentren fragte.

Nkosana kann mir nur sagen: Das Community Center liegt zwei Straßen vor dem Pick&Pay-Supermarkt, auf der linken Seite. Schilder gibt es auch keine. Ein Kollege berichtete, dass es früher mal ein Schild zu einem Jugendzentrum gegeben hat, das aber in der afrikanischen Hitze ganz schnell ausgebleicht ist. Wir fahren mit dem eigenen Auto frühzeitig los. Nach längerer Suche und mehreren Fragen an freundlich grinsende Passanten finden wir tatsächlich das Community Center – und sind bei weitem die Ersten. Wir spazieren noch ein wenig in der näheren Umgebung herum. An den Verkehrsschildern kleben Werbezetteln für spirituelle Heiler, die sich hier in Garagen eingemietet haben. Friseure auf der Straße wollen uns gleich die Haare schneiden. Wir kommen ins Gespräch, auch über die gefährlichen Tiere hier im südafrikanischen Hochland. Aber einen Leoparden tatsächlich gesehen hat hier noch niemand. Auch Eulen gibt es hier nicht. In anderen Regionen des Landes werden diese in speziellen Projekten für Townships gezüchtet. Die Eulen fressen die Mäuse und Ratten.

Die anderen anreisenden Jugendlichen wissen ebenfalls nicht genau, wo es hingehet. Ein paar kommen sogar extra aus Pretoria, einer aus dem entfernten Rustenburg. Sie verlaufen und verfahren sich, sie müssen sich durchfragen und kommen natürlich viel zu spät. Los geht es dann gegen fünf Uhr, es wird schon dunkel. Und vor Dunkelheit sind wir als Entwicklungshelfer immer gewarnt worden, da sei es zu gefährlich, hier in Südafrika auf der Straße zu sein. Für die Jugendlichen ist es das auch, aber es wird bereits zwischen 17.30 Uhr und 19 Uhr dunkel. Und selbst wenn sie vor Einbruch der Dunkelheit zu Hause sein wollten, sind sie auf unregelmäßig fahrende Kleinbusse, die hier „Taxi“ heißen, angewiesen. In einigen Etappen müssen sie von Orange Farm zurück in ihre Wohnung fahren. Dann ist es bereits Nacht.

Mehr als 40 Poetry-Interessierte sind versammelt, und sie beginnen, ihre Poems vorzutragen. Alles auswendig, alle sind großartige Performer, die Jungs wie auch die jungen Frauen, die hier sogar in der Überzahl sind. In den Texten geht es um Liebe und Schmerz, aber auch um den Schlamm, der bei Regen den Township zu einer Insel macht, die man nicht verlassen kann. Teilweise gehen die Vorträge in Hip-Hop-Gesänge und Beat-Boxing über. Wir hören auch Gedichte in Sprachen, die wir nicht verstehen. In Südafrika gibt es elf offizielle Landessprachen. In Johannesburg und Umgebung ist Englisch zumindest als Zweitsprache sehr verbreitet. Viele der Vortragenden haben die gesamte Zeit über ihren Rucksack angeschnallt, sogar auf der Bühne. Nkosana erklärt mir: „Hier im Township musst du immer bereit sein zu fliehen, von einem Moment auf den anderen.“ Es besteht immer die Gefahr, von Kriminellen überfallen zu werden.

Einige Wochen später lernen wir in einem Café in Downtown Johannesburg einen jungen weißen Mann kennen, der enthusiastisch davon erzählt, wie er fast in das berühmte, aber sehr gefährliche Ponte-Hochhaus hineingelange. Der 1975 eröffnete Tower sollte zunächst ein Luxus-Wolkenkratzer für reiche Weiße sein. Doch als die Regierung den Geldhahn für den „grauen“ Stadtteil Hillbrow, in dem Schwarze und Weiße friedlich miteinander lebten, zudrehte, begann der Verfall. Ab Mitte der 90er-Jahre wurde Ponte zu einem Zentrum der Kriminalität. Banden zogen ein und übernahmen die Regie. Seit einigen Jahren wird der Wohnturm aber wieder befriedet, und scharfe Sicherheitsvorkehrungen sorgen dafür, dass nur Bewohner reinkommen. Wir konnten das Ponte nie betreten. Stattdessen waren wir oft im Carlton Centre in Downtown, dem höchsten Wolkenkratzer des Landes. Als Weiße ohne Begleitung wurden wir dort kritisch beäugt. Ein einheimischer Guide, der dort eines Tages mit zwei Japanerinnen auftauchte, deutete auf

uns und sagte: „Seht ihr, so gefährlich kann es hier gar nicht sein. Das sind bestimmt Deutsche, die trauen sich sogar allein hierher.“ Wenn ich von diesen Ausflügen nach Downtown berichtete, wurde ich oft von meinen schwarzen Kolleginnen gewarnt: Dort sei es viel zu gefährlich. Sie selbst waren noch nie in Downtown Johannesburg. Überfälle sind allerdings keine Seltenheit. Drei Freunde wurden im Delta Park beim Radfahren überfallen. Sie mussten dann ohne Handy und Rad nach Hause laufen. Eine andere Freundin, blond, war so dreist und hat bei einem Überfall mit dem Dieb verhandelt, der ihr am Ende tatsächlich das Handy ließ.

Die sicheren Gegenden sind die Shopping Malls und die Gated Communities – und selbst da kommt es immer mal wieder zu Überfällen. Trotzdem ist für Nkosana die Shopping Mall, natürlich besonders die im reichen Bezirk Sandton, der Inbegriff des Fortschritts und der Sicherheit. Dort wird auch unumwunden mit dem Slogan „for the fortunate few“ geworben.

An Verkehrssampeln bei Nacht bei Rot stehen zu bleiben wird teilweise sogar von Polizisten als „Dummheit“ bezeichnet, die Hinweisschilder „Hier ist ein neuralgischer Punkt bezüglich Kriminalität“ stehen immer wieder ins Auge. Sogar an Autobahnauffahrten gibt der südafrikanische Staat mit solchen

Schildern seine Machtlosigkeit preis. „Smash and grab“ heißt die Gefahr: Diebe schlagen die Scheibe ein und greifen nach dem, was sie bekommen können. Aufkleber auf Scheiben, die diese dann vor dem Zerbröseln durch einen Schlag schützen sollen, sind in Südafrika ein gutes Geschäftsfeld. Diese Aufkleber führen dann aber auch dazu, dass die Diebe einfach noch dickeres Einschlags-Werkzeug verwenden, bis hin zu riesigen Steinen.

Am Tag der Müllabfuhr ist ab dem frühen Morgen einiges los auf den Straßen, jede einzelne Mülltüte wird von Armen nach Verwertbarem durchsucht. Das kann bereits als eine erste Stufe der Mülltrennung angesehen werden. Als die Müllabfuhr für mehrere Wochen streikte, klingelte es bei Freunden an der Haustüre. Der reguläre Müllmann bot an, den durch den Streik liegenbleibenden Müll für „nur“ 50 Rand – umgerechnet drei Euro – „privat“ zu entsorgen. Dies ist symptomatisch für viele infrastrukturelle Probleme in Südafrika. ←

#### Buch und Tipp

Herrmann, N., und Gömöri, E., 2015: Black and White | Schwarz auf Weiß – Erfahrungen aus Südafrika, Books on Demand.

Poetry aus dem Township Orange Farm:  
[skytorado.blogspot.de](http://skytorado.blogspot.de)

## EADI NORDIC Conference 2017 21-23 August in Bergen, Norway

### Globalisation at the Crossroads Rethinking Inequalities and Boundaries



# EADi

Do you take an interest in development research and global challenges? Are you keen to challenge globalisation, to tackle inequalities, to query (planetary) boundaries, to join the flow of ideas?

The EADI NORDIC 2017 provides a public forum for academic exchange, reflection and debate on pressing global and developmental questions. We invite scholars, policymakers and practitioners to engage in new approaches to understand global challenges and reflect on paths forward.

Find out more on the calls: [www.eadi-nordic2017.org](http://www.eadi-nordic2017.org)

# Wissen ist Macht

Slumbewohner, die systematisch Daten über ihre informellen Siedlungen erheben, können ihre Interessen besser verteidigen. Shack/Slum Dwellers International (SDI), ein Netzwerk von Graswurzelorganisationen, treibt dieses wirkungsvolle Konzept voran.

Oft gilt Technologie als die Antwort auf alle Fragen. Gründliche Analysen zeigen aber, dass das nicht stimmt. Etwa 863 Millionen Menschen leben in informellen Siedlungen, die „Slums“ heißen. Meist haben sie kein Bleiberecht und ihnen fehlt Zugang zu wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen. Der Bau der Infrastruktur, die sie brauchen, ist dadurch schwer durchzusetzen. Unzureichendes Wissen ist dabei ein Problem, ein weiteres ist aber, dass manche Menschen vom Ist-Zustand profitieren, denn sie verdienen Geld mit der Not anderer. Ohne Umverteilung können Städte nicht verändert werden, so dass alle Menschen ein sicheres Zuhause mit Strom- und Wasseranschluss bekommen. Der nötige politische Wille ist unverzichtbar.

Im Kampf gegen festverwurzelte Partikularinteressen hilft Information. In informellen Siedlungen erheben deshalb Graswurzelorganisationen in 33 Ländern mittlerweile systematisch relevante Daten. Sie gehören zum SDI-Netzwerk.

Die SDI-Mitglieder haben sich auf eine einheitliche Methode geeinigt. Ende März 2016 hatten sie schon Profile von 4200 informellen Siedlungen erstellt. Die Grundlage ist ein Fragebogen mit 13 Seiten, den Anwohner mit Unterstützung von Aktivisten an der Basis ausgefüllt haben. Entstanden ist so ein präzises Abbild der aktuellen Bedingungen des Armutsviertels, seiner Geschichte und seiner Gemeinschaft. Technologie ist zwar nicht die Lösung, aber sie hilft: Anwohnern wurde beigebracht, mit GPS-Geräten umzugehen, so dass sie bestehende Einrichtungen und Infrastruktur dokumentieren können.

In mehr als 100 Städten liegen nun Profile von mehr als 85 Prozent der informellen Siedlungen vor. Sie

ermöglichen jeweils eine gute Übersicht über die Lebensverhältnisse in der gesamten Stadt.

Die Daten gehören der örtlichen Bevölkerung, die dadurch stärker wird. Es ist gut, wenn ein Akademiker auf „schwarze Löcher“ hinweist, wenn ein Stadtentwicklungsplan beispielsweise nur „freie Fläche“ aufzeigt, wo in Wirklichkeit viele Hütten stehen. Die Wirkung ist aber viel größer, wenn die Anwohner selbst Daten über Bevölkerungsgröße, Siedlungsalter und ihren Beitrag zum Wohlergehen der Stadt präsentieren. Diese Art von Information macht es Behörden viel schwerer, die marginalisierten Leute weiter zu ignorieren.

SDI-Präsident Jockin Arputham sagt: „Umfragen helfen Slumgemeinschaften, sich zu organisieren und mehr über ihren Wohnort zu erfahren, aber sie müssen die Verantwortung dafür selbst übernehmen.“ Der Slumbewohner aus Mumbai warnt, das sei keine technische Angelegenheit, die zivilgesellschaftlichen Aktivisten von außen überlassen werden könne.

Die SDI-Erfahrung lehrt, dass selbstorganisierte Datenerhebung indessen nicht nur Informationen für kommunale Amtsinhaber bringt. Sie beruht auf Zusammenarbeit, hilft Menschen, ihre Bedürfnisse zu verstehen, und trägt dazu bei, Prioritäten zu setzen. Die Leute gewinnen ein Gespür für ihre Geschichte, ihre Identität und ihre gemeinsamen Interessen.

Slumbewohner sind gewohnt, dass Experten kommen, Daten erheben und wieder verschwinden, ohne dass sich an den Lebensbedingungen etwas ändert. Die Datenrevolution von SDI setzt dagegen an der Basis an, und das Netzwerk will die zentrale Anlaufstelle für Daten über informelle Siedlungen werden.

Sheela Patel, die SDI-Vorstandsvorsitzende, sagt, das Ziel einer „globalen Plattform für selbsterhobene Daten aus Slums“ werde heute sehr ernst genommen. „Uns waren präzise Zahlen immer sehr wichtig“, berichtet sie, aber die Amtsträger hätten sich dafür nicht interessiert. Das sei nun anders geworden.

Entwicklungspolitischen Agencies aus aller Welt bietet die SDI-Methode die Chance, mit den Menschen aus den Armutssiedlungen Partnerschaften zu bilden. Letztlich geht es um die Chance, Städte zu bauen, in denen alle willkommen sind.

## Links

Arputham, J., 2016: Why we do slum profiles. IIED blog.  
<http://www.iied.org/why-we-do-slum-profiles>

Beukes, A., 2015: Making the invisible visible – Generating data on ‚slums‘ at local, city and global scales. IIED Working Paper, London: IIED.  
<http://pubs.iied.org/pdfs/10757IIED.pdf>



**Diana Mitlin**

ist Principal Researcher am International Institute for Environment and Development in London.

[diana.mitlin@iied.org](mailto:diana.mitlin@iied.org)





# „Musik begleitete mich immer“

Im Projekt Ghetto Classics bekommen Jugendliche aus dem Slum Korogocho in Nairobi, Kenia, die Chance, ein Instrument zu lernen und im Orchester zu spielen. Möglich macht das die Art of Music-Stiftung. Isabella Bauer hat mit der Gründerin Elizabeth Wamuni Njoroge gesprochen.

## Interview mit Elizabeth Wamuni Njoroge

### Welche Ziele verfolgt die Art of Music-Stiftung?

Wir wenden uns vor allem an junge Musikerinnen und Musiker, die sonst keine Möglichkeit hätten, die Technik richtig zu erlernen. Über die Musik vermitteln wir den Jugendlichen essenzielle Fähigkeiten wie Disziplin, Beharrlichkeit und Teamwork. Zudem bieten wir ihnen einen sicheren Raum jenseits der Gefahren ihrer Wohnumgebung und zeigen ihnen, wie ein Leben außerhalb des Slums aussehen kann. Die Mitglieder des Ghetto Classics-Orchesters sind erfolgreicher in der Schule als ihre Mitschüler und sie übernehmen auch eher verantwortliche Positionen. Darauf arbeiten wir im Grunde hin.

### Es ist sehr ungewöhnlich, ein Jugendorchester in einem Slum zu aufzubauen. Wie kam es dazu?

Ehrlich gesagt hatte ich keine Ahnung, auf was ich mich da einlasse, als mich Vater Webootsa von der katholischen St. Johns Gemeinde vor ein paar Jahren fragte, ob ich Kindern Musikunterricht geben könnte. 2008 gründete ich das Ghetto Classics-Orchester. Wir haben mit 14 Jugendlichen angefangen, heute sind es über 650. Ich war jung und unerfahren und dachte, ich könnte alles.

### Wie haben die Bewohner von Korogocho darauf reagiert?

Sie waren zuerst sehr skeptisch – aus nachvollziehbaren Gründen. Die Leute hier wachsen mit Reggae und Genge auf, kenianischem Hip-Hop. Sie sind misstrauisch gegenüber Nichtregierungsorganisationen und fürchten, dass sie sie nur ausnutzen wollen. Ich sehe es als einen meiner größten Erfolge, wie sehr die Leute inzwischen die Arbeit von Ghetto Classics schätzen. Es ist heute das erfolgreichste Jugendprogramm der Gemeinde und immer mehr wollen mitmachen. Die Jungen und Mädchen schätzen das Programm sehr und passen gut auf unser Equipment auf.

### Welchen Hintergrund haben die Jugendlichen?

Unsere Teilnehmer kommen aus extrem schwierigen familiären Situationen. Mit diesen Herausforderungen

umzugehen ist wesentlicher Bestandteil unseres Programmes: Man kann kein Kind in Musik unterrichten, das hungrig ist, nicht zur Schule gehen darf, missbraucht wird oder kein Zuhause hat. Für diese Kinder suchen wir Partner, die sich um ihre Bedürfnisse jenseits des Musikunterrichtes kümmern. Manche unserer Orchestermitglieder sind hochtalentiert, andere weniger, aber alle sind gleich willkommen.

### Was bieten Sie den Jugendlichen?

Wir bieten ihnen Struktur, einen sicheren Ort und eine intakte neue Familie. Wir versuchen ihren Horizont zu erweitern, so dass sie von einem späteren Erfolg träumen können. Sie sind umgeben von Armut und Verzweiflung. Wir versuchen ihnen Fähigkeiten zu vermitteln, mit denen sie diesem Elend entfliehen können. Sieben unserer Mitglieder sind mittlerweile auf der Universität und acht haben wir angestellt, um den jüngeren Kindern Musikunterricht zu geben. Wir tun unser Möglichstes, damit alle zur Schule gehen können.

### Erinnern Sie sich an jemanden, der diese Chance besonders erfolgreich nutzen konnte?

Oh, da gibt es einige. Brian Kepher zum Beispiel übernachtete vor sechs Jahren noch auf dem Fußboden einer Kirche. Jetzt ist er zur Vorbereitung auf dem Konservatorium in Lausanne und hofft, dort nächstes Jahr als ordentlicher Student zugelassen zu werden. Oder Simon Ndung'u, einer meiner ersten Schüler, der jetzt Musiklehrer und mein Manager vor Ort ist. Er wird es sehr weit bringen. Große Sorgen bereiten mir allerdings die Mädchen. Viele verlassen das Programm, weil der soziale Druck, zu tun, was andere von ihnen erwarten, zu groß ist. Frühe sexuelle Kontakte und Schwangerschaften sind normal und so schaffen viele Mädchen lediglich den High-School-Abschluss. Das ist sehr frustrierend und traurig für mich.

### Worin liegen die größten Herausforderungen für die Stiftung?



**Elizabeth Wamuni Njoroge**

ist Direktorin der Art of Music-Stiftung, die das Programm Ghetto Classics und das National Youth Orchestra von Kenia ermöglicht.  
<http://www.artofmusic.co.ke/>

## Musik für eine bessere Zukunft

In Korogocho, einem der größten Slums Nairobis, treffen sich jeden Sonntag Kinder und Jugendliche in einer Kirche, um gemeinsam Musik zu machen. Das Projekt Ghetto-Klassik ist für viele die einzige Möglichkeit, der Armut zu entkommen.

Die engen, staubigen Wege von Korogocho sind gesäumt von Blech- und Holzhütten. Die große Müllhalde am Rande der informellen Siedlung bildet für viele der Einwohner die Lebensgrundlage. An allen Ecken wird verkauft und verwendet, was noch irgendwie brauchbar scheint.

Der Eingang zur St. Peterskirche liegt direkt neben dem Fußballplatz und der einzigen Grundschule in der Gegend. Durch das Gewirr von Kinderstimmen, Bolzgeräuschen und Motorradgeknatter dringen die Klänge von Geigen, Klarinetten und Saxophonen. Die jungen Musiker des Projekts Ghetto-Klassik spielen sich ein.

Jeden Sonntag treffen sich die Kinder und Jugendlichen in der nur durch ein Wellblechdach geschützten Kirche, um zusammen zu musizieren. Für alle bietet das Ghetto-Klassik-Projekt die einzige Möglichkeit, ein Instrument zu lernen. Und für viele von ihnen ist das weitaus mehr als ein Hobby: „Ich liebe Musik so sehr. Denn manchmal ist das Leben hier sehr schwierig, und die Musik lässt mich dann alles vergessen“, sagt die 15-jährige Emily Onyango. „Außerdem ist das Projekt meine einzige Chance, aus der Armut herauszukommen. Für eine Schulausbildung habe ich kein Geld. Aber wenn ich hier gut bin,

kann ich in ein größeres Orchester kommen und etwas Geld verdienen“, erklärt die ambitionierte Geigerin. Journalistin würde sie auch gerne werden – oder zum Film gehen. Sie ist bereit, hart dafür zu arbeiten.

Getragen wird das Projekt von der privaten kenianischen Stiftung „Art of Music“ (s. Interview). Die Begründer von Ghetto-Klassik wollen eine Zukunftschance schaffen, die jenseits der weitverbreiteten Kriminalität im Slum liegt. Natürlich ist nur für einen Bruchteil der Kinder eine Ausbildung zum Profimusiker möglich. Doch die Erfahrung zu machen, wie es ist, etwas zu lernen, worauf sie stolz sein können, und Anerkennung dafür zu bekommen, hat bereits viele Lebenswege verändert. Die Musiker spielen auf Hochzeiten und anderen Festen und bereichern das Kulturleben der Nachbarschaft.

Den Instrumentalunterricht erteilen ehrenamtliche Musiklehrer. Die meisten von ihnen sind Studenten aus den besseren Vierteln Nairobis. Jeden Sonntag machen sie sich auf den oft mehrstündigen Weg durch die Staus der kenianischen Hauptstadt, um in Korogocho zu unterrichten und die Proben zu unterstützen.

Eine von ihnen ist die Architekturstudentin Etta Adete. Geige spielen hat sie in der Schule gelernt. Sie freut sich auf jeden Sonntag in Korogocho: „Ich warte die ganze Woche über auf die Probe mit den Kindern. Es bedeutet mir alles, hier zu sein. Ich komme aus wohlhabendem Haus und studiere. Ich komme nach Korogocho, um etwas zurückzugeben“, sagt sie. „Außerdem macht es unglaublichen Spaß, mit den Kindern hier zu arbeiten. Sie sind so ehrgeizig, so neugierig, so enthusiastisch.“

Dass die Probendisziplin zu wünschen übrig lässt, stört sie nicht. Alle Beteiligten wissen, dass viele Kinder weitgehend sich selbst überlassen aufwachsen. Manchmal müssen sie auch in der Familie helfen, oder es regnet, und der Weg durch den Matsch des Slums zur Probe wäre zu beschwerlich. Wichtig ist für die Lehrer, den Ort und die Möglichkeit zu bieten, etwas anderes zu erleben, als der Alltag sonst bereithält. *Isabella Bauer*

Das Ghetto-Klassik-Projekt ist für die Kinder und Jugendlichen aus dem Slum die einzige Möglichkeit, ein klassisches Instrument zu lernen.



Bauer



Bauer



**Isabella Bauer**  
ist freie Journalistin.  
[isabella.bauer@gmx.de](mailto:isabella.bauer@gmx.de)

Das ist Geld, Instrumente und Mitarbeiter zu bekommen. Und diese Probleme nehmen zu. Dazu kommt, dass wir mehr Räumlichkeiten brauchen, da wir ständig wachsen. Alle Mitarbeiter unserer Organisation arbeiten mindestens 110 Prozent ihrer eigentlichen Arbeitszeit. Daneben dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass das Leben der Kinder wirklich hart ist. Sie erleben unglaubliche Dinge, und wir müssen Wege finden, ihnen zu helfen, damit sie die Stärke haben, dem begegnen zu können.

#### **Was bedeutet Ihnen Musik persönlich?**

Ich selbst hatte Glück. Ich komme aus einer recht wohlhabenden Familie. Ich bin in Kanada und Großbritannien zur Uni gegangen, und dort habe ich auch meine Liebe zur klassischen Musik entdeckt. Meine Freizeit habe ich entweder mit Gesangsunterricht oder in Konzerten verbracht. Musik begleitete mich also immer – in guten wie in schlechten Zeiten. Ich

wollte immer Musikerin werden, aber in meiner Familie war das leider keine Option. Und so bin ich eben eine singende Apothekerin geworden.

#### **Was sind Ihre Pläne und Träume für die Zukunft?**

Ich wünsche mir, dass unser Programm so viele benachteiligte Kinder erreicht wie möglich. Außerdem gibt es auch Kinder aus der Mittelschicht, deren Eltern es nicht einsehen, Geld für etwas „Unseriöses“ wie Musik auszugeben. Ich würde gerne unsere künstlerischen Standards so verbessern, dass begabte Kinder mit Kindern aus westlichen Ländern konkurrieren können. Ich träume davon, mit unseren Kindern zu verreisen, auf einer großen Bühne irgendwo auf der Welt aufzutreten. Ich träume davon, irgendwann einmal jemanden wie Gustavo Dudamel, den berühmten venezolanischen Dirigenten, hervorzubringen. ←

## Alle anhören

Stadtplanung basiert oft auf unrealistischen Visionen. Wichtig ist, alle Interessen zu berücksichtigen – und zwar besonders in kleinen und mittelgroßen Städten.

Stadtplaner halten sich häufig für Experten mit einer klaren Vorstellung von der Zukunft. Sie haben aber meist viele relevante Dinge gar nicht im Blick. Vieles entwickelt sich anders als erwartet, und vollständige Übersicht ist aus mehreren Gründen unmöglich:

- Städte zeichnen sich durch vielfache Selbstorganisation aus. Das gilt beispielweise für Slums, wo Planung und Gesetz oft nicht greifen. Ihren Alltag und sogar ihre Siedlung gestalten die Bewohner weitgehend selbst. Planer sehen Slums als Problem, aber für die Menschen selbst sind Slums die Lösung. Sie leben und arbeiten dort. Eigendynamiken zeichnen auch Firmennetzwerke, Religionsgemeinschaften, soziale Bewegungen und Verkehrsströme aus.
- Schneller Wandel ist für Städte typisch. Das gilt etwa für Technologie, Migration oder Protest, um nur drei Schlagworte zu nennen. Städte unterliegen ständiger Transformation. Was heute normal ist, kann morgen ganz anders aussehen.
- In Städten ist Boden teuer, und Grundbesitzer haben enormen Einfluss. Ihre Interessen stimmen nicht immer mit den Ideen der Planer überein. Korruption ist deshalb in diesem Zusammenhang weltweit verbreitet. Das ist ein Beleg für die Grenzen der Planbarkeit.

Stadtentwicklung ist komplex, kompliziert und umkämpft. Sicherlich ist Planung wichtig – aber sie muss realistisch sein. Sie muss der Lebenspraxis, nicht hehren Theorien entsprechen. Eine Stadt lässt sich nicht wie eine Fabrik entsprechend rationaler Kriterien planen. Die Meinungen darüber, was vernünftig ist, gehen in der Stadtentwicklung weit auseinander. Städte ähneln auch nicht Maschinen, sondern eher Ökosystemen mit Immunkräften, erstaunlicher Resilienz und einem großen Potenzial für spontanes Verhalten und Konflikt. Planerische Interventionen erweisen sich deshalb oft als kontraproduktiv.

Je besser Stadtplaner eine Stadt und deren vielfältige Bevölkerungsgruppen kennen, desto erfolgreicher werden sie sein. Sie müssen Inklusion anstreben und sollten alle Stimmen anhören, anstatt sich zur Arbeit in feine Büros zurückzuziehen. Sie sollten gründlich analysieren, weshalb so viele grandiose Pläne scheitern. Nötig wäre so etwas wie ein „Agora“-Prinzip. Agora heißt auf Altgriechisch „Marktplatz“. Diese Orte wurden – wie auch Roms Forum – für öffentliche Debatten genutzt.

Um wirklich etwas zu bewirken, müssen Stadtplaner alle Seiten anhören. Je mehr Perspektiven sie verste-

hen und berücksichtigen, desto besser sind sie den realen Herausforderungen einer Stadt gewachsen. Sie müssen unbequeme Wahrheiten akzeptieren und fest verwurzelte Machtstrukturen erkennen. Um Hindernisse zu überwinden und Privilegien anzugehen, müssen sie breite Koalitionen schaffen, die vielfältige soziale Gruppen einschließen. Top-Down-Planung ist zum Scheitern verurteilt.

Das Agora-Prinzip ist nicht nur für Megastädte wie Lagos, Lahore oder Lima sinnvoll. Aus diversen Gründen ist es gerade für kleine und mittlere Städte wichtig. Ein Grund ist, dass diese Städte schneller wachsen als große. Zudem sind sie heute von großer Diversität und Multikulturalismus geprägt. Anders als in Megastädten ist es in kleineren Städten schier unmöglich, sich in geschlossene Gemeinschaften zurückzuziehen.



Überdies verharren kleine und mittelgroße Städte nicht in alten Strukturen. Informationstechnologien sind auch hier von Bedeutung: Vermeintlich rückständige Kleinstädte sind längst nicht mehr von aktuellem Denken abgeschnitten. Hier gibt es weiten Raum für Innovationen.

Bemerkenswerterweise hat auch Deutschland erhebliche Stadtplanungsprobleme. Großprojekte, wie der neue Berliner Flughafen oder die Hamburger Elbphilharmonie, kommen kaum voran. Als eine U-Bahn-Baustelle einstürzte, wurde 2009 Kölns historisches Stadtarchiv mit zerstört. Es gibt noch viele weitere Beispiele für Planungsversagen. Dass trotz engagierter Zivilgesellschaft, starken Institutionen und der verhältnismäßig kleinen Bevölkerungszahlen Stadtplanung auch in Deutschland nicht immer befriedigend gelingt, ist bemerkenswert. Es zeigt, wie groß die Herausforderungen sind – und dass Realismus Vorrang vor illusionären Wünschen haben muss.

Freiwillige suchen im März 2009 Dokumente im Schutt des Kölner Stadtarchivs.



**Rüdiger Korff**

ist Professor für Südost-Asien-Studien an der Universität Passau.  
[ruediger.korff@uni-passau.de](mailto:ruediger.korff@uni-passau.de)

# „Normativer Kompass“

Die Urbanisierung schreitet schnell voran und prägt Lebensverhältnisse weltweit. Dirk Messner vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) warnt, der Ernst der Lage werde nicht erkannt, und macht Vorschläge, worauf zu achten ist.

## Interview mit Dirk Messner

### Warum meinen Sie, dass die Reichweite des Städtewachstums unterschätzt wird?

Die Wucht der Urbanisierung ist gewaltig. Es geht in der Tat um globalen Wandel, der über Wohlfahrt, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Stabilität sehr vieler Menschen entscheidet. Derzeit lebt etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung von rund 7 Milliarden Menschen in Städten. In den nächsten 35 Jahren wird sich die Zahl der Stadtbewohner verdoppeln. Von über 10 Milliarden Menschen werden dann gut 7 Milliarden in Städten leben. Das bedeutet enormes Wachstum in sehr kurzer Zeit. Um es plastisch auszudrücken: In den nächsten 35 Jahren muss weltweit noch einmal so viel städtische Infrastruktur geschaffen werden, wie vom Beginn der industriellen Revolution vor gut 200 Jahren bis heute entstanden ist. Auf welche Weise Ballungsräume wachsen, wirkt sich auf die gesamte Welt aus und nicht nur auf den jeweiligen Standort und seine Umgebung.

### Ist das umweltverträglich zu schaffen?

Grundsätzlich schon, aber nur, wenn die neuen Stadtstrukturen anders gebaut werden, als wir es bisher gewohnt sind. Wenn wir weiter im selben Stil wie bisher Beton, Stahl und Aluminium verwenden, werden wir nur für den Bau der Städte bereits einen Großteil des Treibhausgasbudgets verbraucht haben, das mit einer Erwärmung von 1,5 Grad verbunden ist. Dann wäre die Chance, die Ziele des Klimaabkommens von Paris einzuhalten, das festlegt, die globale Erwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad zu stabilisieren, gleich null. Dabei wäre dann kein einziges Auto auch nur einen Meter weit gefahren, die Industrie hätte noch nichts produziert und Menschen nichts konsumiert. Das Thema klimaverträgliche „Baumaterialien“ hört sich technisch und langweilig an, ist aber für den Klimaschutz zentral. Holz, Lehm und neue Baumaterialien wie Karbonfasern sind wichtig.

*Öffentliche Räume sind wichtig: Kampagne zur Erinnerung an koloniale Vergangenheit in Kopenhagen.*



dem



*„In Porto Alegre sind erfolgreiche Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt worden.“  
Rathaus der brasilianischen Stadt.*

### **Was folgt daraus?**

Wir müssen uns klarmachen, dass Urbanisierung in hohem Maße pfadabhängig und irreversibel ist. Städtische Strukturen und Infrastrukturen, die einmal gebaut sind, lassen sich nur schwer korrigieren. Die Zukunft wird buchstäblich betoniert und verbaut. Fehler, die in den kommenden zwei bis drei Dekaden gemacht werden, wirken sich auf viele künftige Generationen aus. Mit richtigen Entscheidungen könnten enorme Fehler vermieden und zugleich soziale Fortschritte erzielt werden, die die Wohlfahrt der Menschen verbesserten. Es gibt aber kein globales Bewusstsein für dieses Thema, das seiner globalen Bedeutung entsprechen würde.

### **Woran liegt das?**

Das hat mehrere Gründe. Relevant ist etwa, dass Stadtforscher sich typischerweise immer mit einer spezifischen Agglomeration beschäftigen. Sie wissen dann alles über Mumbai oder über Bogotá oder das Ruhrgebiet. Diese Arbeitsteilung erschwert es, Urbanisierung aus der Perspektive globalen Wandels zu sehen. Urbane Strukturen sind sehr komplexe System und jeder spezifische Fall ist auf seine Art besonders. In der Energiepolitik sind die Probleme dagegen besser zu überschauen. Es gibt nur eine begrenzte Anzahl von Stromerzeugungsmethoden. Die Energiesysteme, die darauf aufbauen, ähneln sich also. Städte verbinden aber vielfältige Formen

von Infrastruktur miteinander. Strom, Wasser, Abwasser, Müll, Verkehr, Telekommunikation. Soziale Infrastrukturen kommen hinzu: Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, Versicherungssysteme. Die Wirtschaftsstruktur ist wichtig – und das reicht von kleinen Gewerbegebieten über große Industrieanlagen bis hin zu Handels- und Dienstleistungszentren. Geographie und Klima spielen auch eine Rolle – das ist alles wichtig. Es ist viel leichter, sich auf Effizienzkriterien und Emissionsgrenzen im Energiesektor zu einigen, als vergleichbar klare Richtlinien für die Stadtentwicklung zu formulieren.

### **Und das lähmt die internationale politische Willensbildung?**

Der Vergleich, wie im Vorfeld des Klimagipfels in Paris mobilisiert wurde und wie behäbig im Vergleich dazu die Vorbereitung der Habitat-Konferenz in Quito verläuft, ist aufschlussreich. Der Urbanisierungsschub ist zentral für die Klimapolitik, die viel internationale Aufmerksamkeit bekommen hat. Dennoch bleibt Habitat III eine Expertenveranstaltung, von der die breite Öffentlichkeit nicht viel mitbekommt. Das entspricht nicht dem Ernst der Lage.

### **Gibt es denn klare Botschaften, die global für alle Städte gelten?**

Wir haben im WBGU einen normativen Kompass formuliert, der allen Verantwortlichen helfen kann, klug zu handeln. Dabei geht es im Kern um drei Dinge:

- Teilhabe ist wichtig. Das gilt für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Wenn Menschen in der Lage sind, Einfluss auf ihre Umwelt zu nehmen und ihr Schicksal ein Stück weit selbst zu gestalten, kommen bessere Ergebnisse, ein höheres Maß von Wohlbefinden und ein friedlicheres Miteinander zustande. Letztlich geht es um Wohlfahrt, die aber nicht einfach anhand des Bruttoinlandsprodukts zu messen ist. Städte müssen lebenswert sein – und dafür spielen Dinge wie Bildung, Mobilität aber auch ganz simple Grünflächen und öffentliche Räume eine Rolle.
- Globale Nachhaltigkeit ist wichtig. Städtewachstum kann nur im Rahmen der planetaren Grenzen stattfinden, wenn Krisen verhindert werden sollen. Business as usual funktioniert nicht. Auch lokale Ressourcen wie Wasser, Luft, Böden müssen klug genutzt und können nicht beliebig belastet werden.
- Die Eigenart jeder Stadt ist wichtig. Ihre besonderen Charakteristika sollten gepflegt und fortentwickelt werden. Das Wohlbefinden der Menschen hängt von der Gestaltung der Städte ab: soziale Netzwerke, Vertrauen, Sicherheit, Kommunikation, gemeinsames Verantwortungsgefühl entstehen nicht in anonymen Betonsilos oder wenn sich die Wohlhabenden hinter Mauern verstecken. Öffentliche Räume sind nötig. Wohlempfinden hat zudem viel mit baulicher Ästhetik zu tun. Die Gestaltung

unserer Städte ist wichtig in einer Welt, in der bald 75 bis 80 Prozent der Menschheit in Städten leben werden.

### **Das klingt einleuchtend – aber ist der Dreiklang praktikabel?**

Er ist zumindest insofern nicht unrealistisch, als manche Städte diesem normativen Kompass recht erfolgreich entsprechen. Stockholm und Kopenhagen sind Beispiele, aber auch Städte in Entwicklungsländern haben sich interessant entwickelt: In Porto Alegre sind erfolgreiche Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt worden; in Mumbai haben sich Slumbewohner organisiert, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern; in Kigali sind öffentliche Plätze entstanden, die urbane Kommunikation ermöglichen. Es stimmt allerdings, dass es nur selten gelingt, eine neue Metropole in fünf bis zehn Jahren aus dem Boden zu stampfen und dabei dramatische Fehlentwicklungen zu vermeiden. Erfolgsmodelle wie etwa Brasilia zeigen aber, was möglich ist. Wichtig ist, sich klarzumachen, dass gute städtische Strukturen lebendige Nachbarschaft und starke soziale Netzwerke ermöglichen. Es geht nicht darum, möglichst viele Menschen irgendwie unterzubringen und zu verwalten. Menschen sollen gut und möglichst selbstbestimmt leben können – ob das gelingt, entscheidet sich in den Städten.

### **Was bedeutet das für die Politik?**

Es bedeutet unter anderem, dass am besten örtliche Gremien öffentliche Investitionsentscheidungen treffen sollten. Wir haben das untersucht. In Dänemark fallen 60 Prozent der Entscheidungen zu öffentlichen Ausgaben auf der kommunalen Ebene, in Kenia aber nur 1,2 Prozent. Dass der Alltag in Kopenhagen angenehmer ist als in Nairobi hat damit viel zu tun und nicht nur mit den höheren Einkommen. Generell gilt auch, dass viele kleinere und mittlere Städte besser Lebensbedingungen bieten als immer schwerer regierbare Megacities. Mit 500 000 bis 1 Million Einwohnern sind Teilhabe und Selbstbestimmung leichter zu verwirklichen als mit 5 Millionen oder gar 15 Millionen Menschen. Wir plädieren daher für solche polyzentrischen Siedlungsmuster mit mehreren vernetzten Zentren statt auf das Wachstum der Megastädte. Hier können neue Technologien helfen.

### **Um welche Technologien geht es dabei?**

Zum Beispiel um erneuerbare Energien und Digitalisierung, die Dezentralisierung begünstigen können. Wenn diese technologischen Chancen und soziale Innovationen intelligent genutzt werden, eröffnen sich Räume für eine lebenswerte urbane Zukunft der Menschheit. Andernfalls drohen kaum korrigierbare Fehlentwicklungen, ökologische Desaster und soziale Krisen. ←

### **Link**

WBGU, 2016: Der Umzug der Menschheit – Die transformative Kraft der Städte.  
<http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2016-urbanisierung/>



**Dirk Messner**

ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE).  
[dirk.messner@die-gdi.de](mailto:dirk.messner@die-gdi.de)

# Neuerfindung der Städte

Die Themen Stadtentwicklung und globale Urbanisierung gehören ganz oben auf die Agenda der Weltpolitik. Die zum Erreichen der Klimaziele unabdingbare nachhaltige urbane Transformation kann nur mit einer völlig neuen Art gelingen, über Städte nachzudenken, sie zu planen und zu bauen.

Von Franziska Schreiber

➔ Im Jahr 2050 leben voraussichtlich 70 % der Weltbevölkerung in Städten. Das enorme Städtewachstum hat zur Folge, dass jede Woche eine Stadt für eine Million Menschen gebaut werden muss, mit einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von rund 10 000 Dollar pro Familie. Zeit ist also ein entscheidender Faktor. Aber auch die Art und Weise, wie wir bauen, ist von großer Bedeutung. China hat zwar innerhalb von drei Jahren mehr Beton verbaut als die USA im gesamten 20. Jahrhundert. Dieser Weg ist aber weder zeitgemäß noch nachhaltig.

Allein den notwendigen Infrastrukturausbau mit bisher üblichen Baumaterialien zu betreiben würde drei Viertel des zur Verfügung stehenden CO<sub>2</sub>-Budgets aufbrauchen, wenn wir den globalen Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad begrenzen wollen. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens wären damit unerreichbar. Auch im sozialen Bereich gäbe es keine Verbesserungen. Im Jahr 2010 lebten bereits rund eine Milliarde Stadtbewohner in Entwicklungsländern in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen. Ohne Trendwende stiege diese Zahl laut dem World Cities Report 2016 von UN-Habitat auf etwa 1,6 Milliarden Menschen.

Die Geschwindigkeit und das Ausmaß von Urbanisierung verlangen also nach einer „Neuerfindung der Städte“ – nach einer völlig neuen Art, über Städte nachzudenken, sie zu planen und zu bauen, und zwar so schnell wie möglich. Das ist die Kernbotschaft des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) (s. Interview mit Dirk Messner, S. 29). Nur durch einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel können die Herausforderungen der Urbanisierung gemeistert und die Weichen für eine nachhaltige urbane Transformation gestellt werden.

Dafür bedarf es allerdings eines politischen Rahmens – vor allem auf globaler Ebene. Angesichts der Dringlichkeit müssen die Themen Stadtentwicklung und globale Urbanisierung ganz oben auf der Agenda der Weltpolitik stehen. Die Diskussion muss über, in und mit Städten geführt werden. Die Autoren des WBGU-Gutachtens sehen daher die Modernisierung von Global Urban Governance als einen entscheidenden Hebel. Sie fordern Teilnahme- und Rederecht

für Städte und Städtenetzwerke in relevanten internationalen Verhandlungsprozessen. Zudem muss die zentrale Rolle von Städten für die Umsetzung von internationalen Vereinbarungen, wie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung oder dem Pariser Klimaabkommen, durch die Nationalstaaten anerkannt und stärker gefördert werden.

## Zwischen Anspruch und Realität im Habitat-III-Prozess

Die Rolle von Städten als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung war auch Gegenstand des Habitat-III-Prozesses und wird die politische Debatte zukünftig bestimmen. Der WBGU hofft zudem, dass die im letzten und in diesem Jahr angestoßene globale Debatte zum Thema Urbanisierung in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben wird.

Die Vorbereitungen des Urbanisierungsgipfels verliefen jedoch weitestgehend enttäuschend. Dem Habitat-III-Prozess fehlte es an einer überzeugenden Botschaft, warum Städte der wesentliche Hebel für globale nachhaltige Transformation sind, es fehlte an politischer Führung und diplomatischem Geschick sowie dem rechten Timing und damit der notwendigen Aufmerksamkeit und politischen Relevanz für die meisten Regierungen.

Ein politisch überzeugendes und progressiveres Narrativ liefert hingegen das WBGU-Gutachten, indem es eine Vision für nachhaltige urbane Transformation formuliert und diese in konkrete Empfehlungen mit einer konzeptionellen Begründung auf über 500 Seiten übersetzt. Das macht das Gutachten insbesondere für den Umsetzungsprozess der New Urban Agenda, des Abschlussdokuments der Habitat-III-Konferenz, sowie für die Agenda 2030 relevant (siehe S. 14 ff. und E+Z/D+C e-Paper 2016/07, S. 8).

## Urbanisierung als Politikfeld stärken

Das WBGU-Gutachten liefert mit dem Fokus auf zehn Handlungsfelder, die die größte Hebelwirkung für





picture-alliance/robertharding

nachhaltige urbane Transformation haben, wichtige Impulse für die politische Diskussion. Mit klaren Zielvorschlägen für die Handlungsfelder und entsprechenden Empfehlungen für Maßnahmen bietet es ein fokussiertes Transformationskonzept.

Der WBGU empfiehlt beispielsweise die vollständige Dekarbonisierung aller Verkehrssysteme bis 2070 sowie den Austausch von fossilen CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen in Städten durch emissionsfreie Alternativen. Ebenfalls als wichtig bewertet der WBGU die flexible und gemeinwohlorientierte Gestaltung der urbanen Flächennutzung sowie die Etablierung einer möglichst vollständigen Kreislaufwirtschaft noch in diesem Jahrhundert. Die geplante Übersetzung dieser Vorschläge in Handlungsanleitungen für Entscheidungsträger wird einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der New Urban Agenda leisten.

Ähnliches gilt für den World Cities Report 2016 von UN-Habitat. Der Bericht reflektiert die Stadtentwicklung und Stadtpolitik der vergangenen 20 Jahre, diskutiert die großen Herausforderungen und ungeklärten Probleme seit der letzten Habitat-Konferenz in Istanbul 1996 und zeigt Wege für eine nachhaltige urbane Transformation auf. Mit seinem Fokus auf das Thema Wohnen – als entscheidender Faktor für die nachhaltige Entwicklung von Städten – und die Rolle von Informations- und Kommunikationstechnologien für städtische Innovation ergänzt der Bericht das WBGU-Gutachten um weitere Kernaspekte der Stadtentwicklung von morgen. „Fakten auf einen Blick“ und „Politikempfehlungen“ machen den Bericht für politische Entscheidungsträger zugänglicher.

Die Zukunft von UN-Habitat als Programm der Vereinten Nationen für die Bereiche Stadtentwicklung, Siedlungswesen und Wohnungsversorgung in Entwicklungs- und Transformationsländern ist unge-

wiss. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer, allen voran die Gruppe der afrikanischen Staaten, sprechen sich für eine Stärkung von UN-Habitat als zentraler Institution für die Umsetzung der New Urban Agenda aus. Auch die Autoren des WBGU-Gutachtens empfehlen langfristig den Ausbau von UN-Habitat zu einer UN-Organisation und kurzfristig eine Reform mit besseren Managementstrukturen. Die Handlungsfähigkeit sowie die inhaltliche Kompetenz und politische Relevanz von UN-Habitat sollen gestärkt werden. Die Europäische Union fordert dagegen eine UN-weite Koordination („UN-Cities“) für die Umsetzung der New Urban Agenda.

## Städte gestalten globale Politik

Das Festhalten am 20-jährigen Zyklus der Habitat-Konferenzen ist angesichts der Geschwindigkeit und Dynamik von Urbanisierung nicht mehr zeitgemäß. Der WBGU und die Bundesregierung haben vergeblich kürzere Zyklen von vier bis zehn Jahren vorgeschlagen. Städte, Städtenetzwerke und andere urbane Akteure – einschließlich transnationaler Konzerne – werden jedoch nicht darauf warten, dass Nationalstaaten oder das multilaterale System reagieren, und abseits des bestehenden intergouvernementalen Systems neue Formen von Global Urban Governance diskutieren. Das im September durch und für Städte gegründete globale Bürgermeisterparlament („Global Parliament of Mayors“) zeigt dies eindrücklich.

Während Nationalstaaten und das UN-System die globalen Herausforderungen wie den Klimawandel oder Migration bisher nicht effektiv bewältigen konnten, haben viele Städte bereits gehandelt und innovative Lösungen für globale Fragen gefunden. Städte werden nicht mehr nur von globaler Politik beeinflusst, sondern gestalten diese auch zunehmend selbst, so das Argument von Benjamin Barber, Gründer des Parlaments und Autor des Buches „If Mayors Ruled the World: Dysfunctional Nations, Rising Cities“. In diesem Sinne soll das Bürgermeisterparlament als globale Governance-Institution Städte weltweit dabei unterstützen, eine gemeinsame globale Politik zu betreiben, und dadurch zeigen, dass mutige und ambitionierte Lösungen politisch möglich und umsetzbar sind. Vieles deutet darauf hin, dass sich Städte in Zukunft vermehrt in solchen oder ähnlichen Initiativen organisieren und dadurch ihre Vorreiterrolle sichtbar machen. ←

### Quellen

- Barber, B., 2013:** If mayors ruled the world: dysfunctional nations, rising cities. Yale University Press.
- UNFCCC, 2015:** Adoption of the Paris Agreement: proposal by the President. Draft decision -/CP.21, UN-Doc. FCCC/CP/2015/L.9/Rev.1, (Paris, December 12, 2015).
- UNGA, 2015:** Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development. UN-Doc. A/70/L.1 (New York, October 21, 2015)
- UN-Habitat, 2016:** World Cities Report 2016.
- WBGU, 2016:** Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte.

*China hat in den vergangenen Jahren einen enormen Bauboom erlebt. Modell im Museum of Beijing City Planning in Peking.*



**Franziska Schreiber** ist Projektmanagerin bei dem Thinktank adelphi. Sie beschäftigt sich mit internationalen Verhandlungsprozessen mit städtischer Relevanz sowie mit Aspekten von Urban Governance und nachhaltiger Stadtentwicklung. [schreiber@adelphi.de](mailto:schreiber@adelphi.de)

# Exporte als Wachstumsmotor?

Lange galt das Modell, das auf Exporte als Wachstumsmotor setzt, als essentielle Säule ökonomischer Entwicklung. Eine Rezension der jüngeren Literatur soll Aufschluss darüber geben, inwieweit das Paradigma des exportgetriebenen Wachstums nach wie vor Bestand hat.

Von Clara Brandi und Dominique Bruhn

➔ Der traditionellen Handelstheorie zufolge schaffen offene Märkte ökonomische Vorteile. Bereits David Ricardo (1772–1823) betonte: Wenn zwei Länder handeln, dann profitieren wegen komparativer Kostenunterschiede beide Volkswirtschaften von internationaler Arbeitsteilung. Das Paradigma des exportgetriebenen Wachstums wurde insbesondere in den 1970er Jahren relevant und verbreitete sich nicht zuletzt durch den Internationalen Währungsfond und die Weltbank. Beide Institutionen knüpften Kreditvergabe und finanzielle Unterstützung häufig u.a. an die Bedingung, dass die Empfängerländer Handelshemmnisse abbauen und ihre Märkte liberalisieren sollten.

Zur Verbreitung des Paradigmas trug auch bei, dass die nach außen orientierten Ökonomien in Asien häufig erfolgreicher waren als die typischerweise nach innen orientierten Ökonomien in Lateinamerika. Dort setzte man eher auf das

alternativ Wachstumsmodell der Importsubstitution, welches durch protektionistische Maßnahmen die heimische Wirtschaft schützen und somit nach und nach Importe durch eigens produzierte Güter ersetzen sollte. Dies hatte zwar den Vorteil, dass Effekte auf Produktion und Beschäftigung schnell sichtbar und nicht von anderen Ökonomien abhängig waren. Die Erfolgsgeschichten asiatischer Tigerstaaten wie Südkorea, Taiwan und Singapur illustrierten jedoch eindrucksvoll die Chancen des exportgetriebenen Wachstumsmodells, das folglich immer mehr Anhänger fand.

Das spiegelt sich auch in einer großen Masse an Fachliteratur wider, die das Phänomen empirisch untersucht. Frühe Studien, die einen starken positiven Effekt von Exporten auf Wirtschaftswachstum

rem Wachstum mehr exportieren. Darüber hinaus könnten Exporte und Wirtschaftswachstum sich gegenseitig verstärken oder gleichzeitig von einem dritten Faktor getrieben sein, der nicht Bestandteil der Analyse ist. Giles und Williams (2000) geben in ihrem viel zitierten Fachartikel einen umfassenden Überblick über den Stand der empirischen Literatur. Fazit: Es gibt keinen klaren Konsens bezüglich der Hypothese, dass Exporte Wachstum fördern. Studien mit unterschiedlichen Methoden, Ländern, Zeitabschnitten und Variablen kommen zu teils widersprüchlichen Ergebnissen.

Dieses wenig zufriedenstellende Ergebnis hat Forscher veranlasst, einen neuen Blickwinkel einzunehmen. Jüngere Studien betonen: Es kommt nicht nur darauf an, dass ein Land exportiert, es kommt auch darauf an, was das Land exportiert. Der Artikel „What you export matters“ von Hausmann et al. (2007) legte den Grundstein für diesen Literaturstrang. Seine Ergebnisse wurden von vielen darauffolgenden Studien bestätigt: Länder, die sich stärker auf den Export von Hightech-Produkten spezialisieren, wachsen schneller als Länder, die Lowtech-Produkte ausführen. In Bezug auf die traditionelle Handelstheorie bedeutet dies, dass



Es kommt darauf an, was ein Land exportiert, damit es wächst: Produktion von Solarpanels in der ostchinesischen Provinz Jiangsu.

Entwicklungsländer nicht nur das exportieren sollten, was ihrem gegenwärtigen komparativen Kostenvorteil entspricht, sondern ebenfalls Anstrengungen unternehmen sollten, in anderen Bereichen wettbewerbsfähig zu werden. Dafür ist allerdings ein gewisser technologischer Fortschritt Voraussetzung.

Ein weiterer Literaturzweig nimmt zusätzlich den Einfluss von Importen im exportgetriebenen Wachstumsmodell in den Blick. Importe werden für viele Ausfuhren als Zwischenprodukte benötigt und können positive Technologie- und

Wissenstransfers generieren. Einige Studien zeigen in der Tat, dass Wachstum auch importgetrieben sein kann (siehe z.B. Awokuse 2008) und dass Importe die Stärke der Auswirkungen von Exporten auf Wachstum beeinflussen (siehe z.B. Riezman et al. 1996). Mit diesen Ergebnissen erscheint das merkantilistische Ziel, Außenhandelsüberschüsse zu generieren, also Exporte zu fördern und Importe gering zu halten, in einem neuen und kritischeren Licht.

Der Abbau von Importhemmnissen wird auch deshalb immer wichtiger, weil die Herstellung eines Produkts und seiner einzelnen Komponenten immer häufiger in vielen unterschiedlichen Ländern und Regionen stattfindet. Die Rolle globaler Wertschöpfungsketten wird als entscheidend für den internationalen Handel im 21. Jahrhundert angesehen und prägt auch die jüngste Literatur. Einen guten Überblick über die Rolle von globalen Wertschöpfungsketten für Entwicklungsländer geben die Studie der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD 2013) und ein kürzlich erschienenes Buch der Weltbank (Taglioni und Winkler 2016).

Globale Wertschöpfungsketten bieten gerade für Entwicklungsländer große Chancen: Sie ermöglichen es den Volkswirtschaften, durch die Verwendung ausländischer Zwischenprodukte den Teil des Produktionsprozesses zu übernehmen, der ihnen am besten liegt, ohne selbst eine ganze Industrie aufbauen zu müssen. Deshalb gilt die Einbindung in internationale Produktionsnetzwerke als vielversprechende Wachstumsstrategie. Allerdings sind globale Wertschöpfungsketten stark kompetitiv, und es ist nicht gesichert, dass Entwicklungsländer durch die Einbindung immer nachhaltig profitieren.

In globalen Wertschöpfungsketten werden viele Güter importiert, weiterverarbeitet oder zusammengesetzt und dann wieder exportiert: Häufig ist daher nur ein kleiner Anteil des Exportvolumens tatsächlich mit Wertschöpfung im Land verbunden. Nur diese inländische Wertschöpfung trägt zur Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts und damit zum Wachstum bei – die Bedeutung von Exporten wurde also lange Zeit systematisch überschätzt.

Viele Entwicklungsländer sind vornehmlich in Niedriglohnsegmenten aktiv

und der Anteil inländischer Wertschöpfung an ihren Exporten ist gering. Sie können zwar Wirtschaftswachstum verzeichnen. Langfristig besteht jedoch die Gefahr, dass ihnen neue Wettbewerber in den Niedriglohnsegmenten Konkurrenz machen, während sie gleichzeitig noch nicht in komplexere Segmente vordringen können. Dieses Dilemma, in dem Länder auf mittlerem Einkommensniveau gefangen sind, ist die berühmt-berüchtigte „Middle-income Trap“. Deshalb besteht weitgehend Konsens in der Fachliteratur, dass Entwicklungsländer neben der Einbindung in globale Wertschöpfungsketten auch ein „Upgrading“ anstreben sollten, also den Aufstieg zu Produktionsschritten oder Dienstleistungen mit höherer Wertschöpfung. UNCTAD (2013) berechnet, dass Länder, die in den vergangenen 20 Jahren sowohl ihre Beteiligung in globalen Produktionsnetzwerken als auch ihren Wertschöpfungsanteil in Exporten erhöht haben, ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,4 Prozent verzeichneten – im Vergleich zu lediglich 2,2 Prozent für Länder, die in Wertschöpfungsketten aktiv waren, aber kein Upgrading durchliefen.

Das Buch der Weltbank (Taglioni und Winkler 2016) analysiert, wie globale Wertschöpfungsketten am besten zum Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern beitragen können. Wichtige Faktoren für die erfolgreiche Einbindung in internationale Produktionsnetzwerke sind unter anderem Auslandsdirektinvestitionen, ein zuverlässiges Investitionsklima, eine gut ausgebaute Infrastruktur und niedrige Handelsbarrieren. Für Upgrading und vorteilhafte Verbindungen mit internationalen Firmen sind außerdem gut ausgebildete Arbeitskräfte, die Erfüllung internationaler Qualitäts- und Produktionsstandards, administrative und finanzielle Ressourcen zum Aufbau neuer Produktionszweige und komplementärer Dienstleistungen sowie Innovationen und Forschung förderlich. Die internationale Entwicklungspolitik könnte bei einigen dieser Punkte ansetzen. Auch industriepolitische Maßnahmen werden im Zusammenhang mit Upgrading wieder intensiver diskutiert (siehe Beitrag von Michael Grimm in E+Z/D+C e-Paper 2016/3, S. 33 ff.).

Kurz zusammengefasst: Außenhandel gilt nach wie vor als Motor für Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig sind Exporte allein nicht ausreichend: Es gibt immer mehr

empirische Evidenz, die zeigt, dass es eine Rolle spielt, was exportiert wird und welche inländische Wertschöpfung damit verbunden ist. In diesem Zusammenhang werden wieder vermehrt die Möglichkeit und Notwendigkeit diskutiert, durch Politikmaßnahmen den Aufstieg von Entwicklungsländern zu höherwertigen Produkten oder komplexeren Produktionsschritten in Wertschöpfungsketten zu unterstützen. Das Paradigma des exportgetriebenen Wachstums hat also grundsätzlich Bestand, hat sich jedoch mit der Zeit gewandelt und ist differenzierter geworden.

Wir wagen außerdem einen Blick in die Zukunft: Mit der Verabschiedung der universellen Sustainable Development Goals (SDGs) werden neben der ökonomischen Dimension von Entwicklung vermehrt auch potentielle Trade-Offs mit ökologischen und sozialen Zielen in den Fokus der Debatte rücken. ←

## Literatur

- Awokuse, T., 2008: Trade openness and economic growth: Is growth export-led or import-led? *Applied Economics* 40(2).
- Giles, J. A., und Williams, C. L., 2000: Export-led growth: A survey of the empirical literature and some non-causality results. Part 1, *Journal of International Trade and Economic Development*.
- Hausmann, R., Hwang, J., und Rodrik, D., 2007: What you export matters. *Journal of Economic Growth* 12.
- OECD/WTO, 2016: „Trade in value added“, OECD-WTO: Statistics on trade in value added (database). DOI. <http://dx.doi.org/10.1787/data-00648-en>
- Riezman, R. G., Summers, P. M., und Whiteman, C. H., 1996: The engine of growth or its handmaiden? A time series assessment of export-led growth, *Empirical Economics*, 21.
- Taglioni, D., und Winkler, D., 2016: Making Global Value Chains Work for Development. Trade and Development. Washington, World Bank. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/24426>
- UNCTAD, 2013: Global value chains and development: Investment and value added trade in the global economy. United Nations Conference on Trade and Development. [http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/diae2013d1\\_en.pdf](http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/diae2013d1_en.pdf)

## Clara Brandi



ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

[clara.brandi@die-gdi.de](mailto:clara.brandi@die-gdi.de)

## Dominique Bruhn



ist ebenfalls wissenschaftliche Mitarbeiterin beim DIE.

[dominique.bruhn@die-gdi.de](mailto:dominique.bruhn@die-gdi.de)

# Erst Heirat, dann Liebe?

In Nahost und Nordafrika geht die Zahl der arrangierten Ehen zurück. Hochzeiten zwischen Cousins und Cousinen sind zwar immer noch verbreitet, sie machen aber nur mehr höchstens ein Viertel aller Eheschließungen aus. Immer mehr junge Paare lernen einander ohne Vermittlung kennen, das Ideal ist die Heirat aus Liebe. Dass die Eltern und Großfamilien bei der Wahl der Ehepartner mitreden, gilt aber als normal.

## Von Martina Sabra

➔ Sie hat einen Top-Hochschulabschluss, eine gutbezahlte Managementposition und das eigene Auto in der Garage: Kenza (alle Namen geändert), 32 Jahre, aus Marokko ist stolz auf ihre Karriere und auf ihre finanzielle Eigenständigkeit. Obwohl sie sich ein eigenes Apartment längst hätte leisten können, wohnte sie bislang zu Hause. „Ich verstehe mich bestens mit meinen Eltern,“ erklärt sie. „Warum hätte ich ausziehen sollen, bevor ich heirate?“ Mittlerweile ist Kenza verlobt. Ihren künftigen Ehemann hat sie bei einer Fortbildung kennengelernt. Über die Chatfunktion bei Facebook kamen sie sich näher. „Wir hatten uns viel zu sagen, und dann hat es gefunkt – außerhalb von Facebook“, sagt die junge Frau lachend.

Kenza hat sich ihren Traum von der romantischen Liebesheirat erfüllt, doch die Konventionen zählen trotzdem. Selbstverständlich ist ihr Mann Muslim – einen Nichtmuslim könnte sie nach marokkanischem Recht nicht heiraten, die Zivil-

ehe existiert nicht. Vor der Verlobung brauchte sie die Zustimmung ihrer Eltern. Damit verbunden waren die klassischen Kennenlern-Rituale zwischen den Familien: Gegenseitige Besuche der Mütter und Tanten und das diskrete Gegenchecken von Informationen über den Leumund der Schwiegerfamilie. Bei allem Sinn für Romantik wollten Kenzas Eltern doch genau wissen, ob der Kandidat die passende Ausbildung, genügend Vermögen und die richtigen Manieren hatte.

Die Zustimmung ihrer Eltern, vor allem des Vaters, war Kenza sehr wichtig. Seit der Familienrechtsreform 2004 braucht eine Frau in Marokko nicht mehr zwingend die Unterschrift des Vaters oder eines anderen männlichen Vormundes, um zu heiraten. „Ich finde das gut, denn ich bin schließlich eine erwachsene Frau und kann für mich selbst eintreten. Aber ich könnte mir nicht vorstellen, jemanden zu heiraten, mit dem meine Eltern nicht einverstanden sind“, räumt Kenza ein.

## Mix aus Moderne und Tradition

Der erfrischende Mix aus Modernität und Traditionsbewusstsein, mit dem Kenza ihre Ehe anbahnt, steht im Widerspruch zu manch stereotypen Wahrnehmungsmustern des Westens (siehe dazu El Feky 2013). Seit dem 19. Jahrhundert sind die Rolle der Frau und die Organisation der Geschlechterbeziehungen prägend für die gegenseitige Wahrnehmung des Westens und der sogenannten arabischen Welt. Die Araber beschworen die mutmaßliche Verderbtheit westlicher Frauen, die mit ihrem Emanzipationsdrang die Familienwerte zerstören wollten, und stärkten dadurch das Gefühl moralischer Überlegenheit; in Europa wertete man symbolisch die eigene Identität auf, indem man die arabische Welt pauschal für zurückgeblieben erklärte und dies dem Schleier und der Unterdrückung der arabisch-muslimischen Frau anlastete.

Beide Vorstellungsmuster waren konstruiert, sind aber im kollektiven Bewusstsein wirksam – bis heute. Aktuell ist der westliche Blick auf die Gesellschaften des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA) stark beeinflusst durch Medienberichte über sexuelle Gewalt gegen Frauen durch die Terrormiliz ISIS sowie durch Zwangsheiraten (siehe Kasten). Laut UNICEF ist unter syrischen Flüchtlingen in Jordanien die Zahl der verheirateten jungen Frauen unter 18 Jahren von 13 Prozent (vor dem Krieg) auf über 30 Prozent gestiegen –

## Arrangierte Ehen

Nicht jede arrangierte Heirat ist eine Zwangsheirat. Die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes, die sich gegen Zwangsheiraten und Zwangsehen einsetzt, spricht von einer arrangierten Heirat, wenn die Heirat zwar von Verwandten, Bekannten oder von Ehevermittlern initiiert, aber im vollen Einverständnis der Eheleute geschlossen wird. Die Sozialanthropologie geht davon aus, dass Eheschließungen nahezu in allen Kulturen mit gewissen Arrangements verbunden sind,

wobei die Mitspracherechte und die tatsächliche Teilhabe der Eheleute an den wesentlichen Entscheidungen variieren. Es lassen sich grundsätzlich drei Arten von arrangierten Ehen unterscheiden:

- Die arrangierte Zwangsheirat bei der Eltern oder Vormund die Partner ohne Mitspracherecht der Eheleute auswählen.
- Die arrangierte Heirat mit Zustimmungsvorbehalt der Eheleute, der rechtlich verbindlich und auch durchsetzbar ist.

- Die selbstgewählte Heirat mit Zustimmungsvorbehalt der Eltern.

Das Gegenteil der arrangierten Ehe ist die sogenannte autonome oder selbstorganisierte Ehe, bei der beide Ehepartner ohne Einmischung eines Elternteils oder Vormundes ihre Wahl treffen und die Ehe schließen. Die meisten Ehen sind heute irgendwo auf der Skala zwischen arrangiert und autonom angesiedelt.



Tradition ist nicht alles: Paar in Marrakesch.

eine Entwicklung, die vor allem mit Krieg und Flucht zu tun hat. In den Lagern und den oft prekären Umständen funktionieren die hergebrachten sozialen Netzwerke und Kontrollmechanismen nicht. Um der Armut zu entfliehen und um das Ansehen des Mädchens und der Familie zu schützen, verheiratet man die Töchter so rasch wie möglich nach dem Eintreten der Pubertät.

Die aktuellen Heiratsraten in den syrischen Flüchtlingscommunities sind somit nicht repräsentativ, aber die Berichterstattung bedient bekannte Wahrnehmungsmuster. Dies tun auch spektakuläre Fälle wie der der 16-jährigen Marokkanerin Amina Filali, die nach einer Vergewaltigung per Gericht gezwungen wurde, ihren Vergewaltiger zu heiraten, und die sich daraufhin das Leben nahm. Beispiele wie diese schüren das Vorurteil, dass die Kinderehe in der arabischen Welt die Norm sei und dass arabische Ehemänner ihre Ehefrauen per se wie Gefangene oder gar Sklavinnen behandelten.

### Religiöse Rechtfertigung für Kinderehe

Pauschal und in extremer Form gilt dies sicher nicht. Tatsache ist aber, dass in nahezu allen arabischen Ländern – außer Tunesien – die Freiheit und die Handlungs-

spielräume von Frauen und Mädchen durch patriarchale Mentalitäten und diskriminierende Gesetze stark eingeschränkt sind. Streng konservative muslimische Religionsgelehrte behaupten, Frauen und Männer seien mit dem Eintreten der biologischen Geschlechtsreife (Menstruation oder Samenerguss) erwachsen und damit auch psychosozial reif für die Ehe. Sie liefern die theologisch-ideologische Rechtfertigung, um im Sudan, Saudi-Arabien oder dem Jemen manche Mädchen schon im zarten Alter von neun Jahren zu verheiraten.

In Ländern wie Marokko, Tunesien und Jordanien wurde das Mindestheiratsalter im Einklang mit internationalen Konventionen zwar auf 18 Jahre heraufgesetzt, doch mittels richterlicher Ausnahmegenehmigungen werden vor allem in ländlichen oder von Armut geprägten Milieus sowie in Konfliktzonen Mädchen oft schon mit 14 oder 15 Jahren verheiratet. Nach einer aktuellen Studie des Population Reference Bureau von 2013 ist in den arabischen Ländern durchschnittlich jedes siebte Mädchen unter 18 Jahren verheiratet. Laut derselben Studie sind in Marokko insgesamt 13 Prozent und in Jordanien insgesamt 8 Prozent aller verheirateten Frauen minderjährig.

In den meisten arabischen Ländern haben Frauen nach wie vor nicht das Recht,

selbst ihren Ehevertrag zu unterschreiben, sondern brauchen zwingend die Zustimmung des Vaters oder eines männlichen Vormundes (wali, mahram). Zu den Ausnahmen zählen Tunesien, Marokko und Algerien. Ein weiterer Zwangsfaktor ist die sogenannte Cousinehe, die unter anderen in einigen arabischen Golfstaaten sowie im Libanon, Jordanien, Palästina, Saudi-Arabien und Marokko verbreitet ist und die sowohl Frauen als auch Männer trifft. Hierbei verfügt die Familie, dass Cousins ersten Grades miteinander verheiratet werden. Generell geht diese Tradition aber zurück. Sie wird heutzutage vor allem in ländlichen Gebieten und in Konfliktzonen praktiziert. In Marokko sind derzeit noch rund 15 Prozent aller Eheschließungen Cousinehen, in Jordanien sollen es rund 20 Prozent sein.

### Tiefgreifender Wandel

Rechtliche, soziale und kulturelle Zwänge spielen in arabischen Gesellschaften also nach wie vor eine erhebliche Rolle, wenn es ums Heiraten geht. Doch gleichzeitig lässt sich beobachten, dass die sozialen Strukturen, die Mentalitäten und damit auch das Heiratsverhalten in den Gesellschaften der MENA-Region einen tiefgreifenden Wandel durchmachen. Die massive Landflucht, die rasante Verstärkung, der bessere Zugang von Mädchen zu Bildung,

gepaart mit veränderten Ansprüchen an Ehe und Familie, sind die Ursachen. Viele junge Männer können aufgrund ökonomischer Krisen und Veränderungen ihre klassische Versorgerrolle in der Familie nicht mehr erfüllen. Gleichzeitig wollen viele gebildete junge Frauen sich nicht länger dem Diktat der überkommenen Rollenmuster und Großfamilien unterwerfen. Sie wünschen sich stattdessen romantische Ehen und die Kleinfamilie nach westlichem Vorbild mit zwei bis drei Kindern. Das durchschnittliche Heiratsalter von Frauen ist in Marokko auf 27 Jahre, in Jordanien auf 25 Jahre gestiegen – Tendenz weiter aufwärts.

Widad, 30 Jahre, Ingenieurin aus Jordanien, hat ihren Traumpartner gefunden. Anders als für die Marokkanerin Kenza

war das Single-Dasein für sie nie eine Option, auch nicht theoretisch. Denn in Jordanien bleibt eine Frau, die nicht heiratet, ihr Leben lang ein Kind: „al-bint“ (arabisch: die Tochter). Erst wenn sie heiratet, gehört sie zur Welt der Erwachsenen.

„In demokratischen Familien wie unserer wird die Tochter vorher gefragt“, berichtet Widad. „Ich habe klar gesagt, dass ich erst mein Studium abschließen und danach heiraten will. Als schließlich Rami um meine Hand angehalten hat, wusste ich sofort – der ist es!“ schwärmt sie.

„Ich habe in den Ehevertrag schreiben lassen, dass ich nach der Heirat und der Geburt der Kinder weiter berufstätig bleiben konnte. Außerdem haben wir festgelegt, dass wir in einer eigenen Wohnung

leben und nicht im selben Haus wie meine Schwiegereltern.“ Diese Bedingungen akzeptierte ihr Zukünftiger. Widad lehnt arrangierte Ehen aber nicht rundheraus ab. Nicht jede Liebeshehe führe zu einer glücklichen Familie, so ihr Fazit: „Ich habe Freunde, die als Cousins verheiratet wurden und die mit ihrem Leben zufrieden sind. Wichtig ist, dass man nicht gezwungen wird.“

#### Literatur

El-Feki, S., 2013: Sex und die Zitadelle. Hanser Verlag.

#### Martina Sabra



ist freie Journalistin und entwicklungspolitische Gutachterin.

[martina.sabra@t-online.de](mailto:martina.sabra@t-online.de)

## Sexuelle Aufklärung

# „Es geht um mehr als nur Familienplanung“

Die meisten westafrikanischen Länder verzeichnen hohe Raten an HIV/Aids, anderen sexuell übertragbaren Krankheiten und Teenager-Schwangerschaften. Ghana ist keine Ausnahme. Aber das Land hat gute Erfahrung mit Präventionsprogrammen gemacht. Mit einer AIDS-Prävalenzrate von 1,4 Prozent unter Erwachsenen ist es zumindest besser dran als einige andere in der Region. Die wahrscheinlich älteste zivilgesellschaftliche Organisation, die sich dem Thema widmet, ist die Planned Parenthood Association of Ghana (PPAG). Luther Dennis Nii Antieyie Addy, ein junger PPAG-Freiwilliger, erzählt Eva-Maria Verfürth von seinem Engagement.

## Interview mit Luther Dennis Nii Antieyie Addy

### Wieso engagieren Sie sich als Freiwilliger bei PPAG?

Ich möchte über sexuelle und reproduktive Gesundheitsrechte (SRGR) informieren und ein Vorbild sein. Ich möchte andere junge Menschen erreichen, die noch nicht so viel über das Thema wissen, und ihnen helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wir sind etwa 500 Freiwillige bei PPAG.

### Die PPAG-Freiwilligen aus Accra organisieren regelmäßig Bildungswochen

### zu SRGR in ländlichen Gegenden. Vor zwei Jahren zum Beispiel sind Sie in das Dorf Nkyenoo in Ost-Ghana gereist. Wie ist die Situation in Nkyenoo?

Die Menschen in Ghanas ländlichen Regionen sind meist schlechter über soziale Themen informiert. Sie haben nur eingeschränkten Zugang zu Bildung und zu sozialen Einrichtungen. Deshalb haben sie auch öfter Probleme mit sexueller Gesundheit. Mädchen werden schon als Teenager schwanger, werden früh

verheiratet oder brechen die Schule vorzeitig ab. Die sexuelle Aufklärung reicht einfach nicht aus – da ist Nkyenoo keine Ausnahme.

### Warum organisieren Freiwillige diese Bildungswochen, können professionelle Mitarbeiter das nicht besser?

Wir sind Teil des Youth Action Movement, der Jugendbewegung von PPAG. Wir werden gezielt zu den Themen sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie Lebensplanung geschult – und sind somit bestens ausgebildet für solche Aktivitäten. In Nkyenoo hat uns aber auch eine professionelle Krankenschwester begleitet.

### Sie waren für fünf Tage vor Ort und wollten vor allem junge Leute erreichen. Wie haben Sie das gemacht?

Wir haben eine Vielzahl von Aktivitäten angeboten, darunter eine Varieté-Show, Sportveranstaltungen und ein „Grand Durbar“ – ein Event im Palast des Dorfchefs mit Diskussionsrunden und Theaterstücken. In den ersten Tagen haben wir auch Umzüge durch Nkyenoo und die Nachbardörfer gemacht. Wir wurden von Dorfbewohnern und einer Blaskapelle



PPAG

Aufklärung ist unerlässlich im Kampf gegen HIV/Aids.

begleitet und haben Plakate hochgehalten. Wir haben auch Flyer und Kondome verteilt. Das Ziel war, die Jugendlichen aus den Dörfern zusammenzubringen und ihnen unsere Informationen in einer offenen und jugendlichen Atmosphäre zu übermitteln. Wir haben zudem Einzelberatungen angeboten sowie Diskussionsgruppen, die nach Geschlecht und Alter

getrennt waren. Themen waren Hygiene, Werte, Teenager-Schwangerschaften, Selbstwertgefühl, HIV/Aids, sexuell übertragbare Krankheiten, Abtreibung und Partnerschaft.

**Waren die Jugendlichen schüchtern?** Sie waren ganz offen, vor allem während der Einzelgespräche und in den

Gruppendiskussionen. Besonders interessiert waren sie an Themen wie Teenager-Schwangerschaften und Abtreibung, weil es darüber eine Menge Mythen und falsche Vorstellungen gibt.

**Wie oft machen die PPAG-Freiwilligen diese Veranstaltungen auf dem Land?** Da uns nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen, können wir sie nur einmal im Jahr durchführen.

**Die weiblichen Freiwilligen wollten den Mädchen aus Nkyennoa auch zeigen, dass sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen können und dass sie ihr eigener Herr sind.**

Ja, bei sexueller Aufklärung geht es um mehr als nur um Familienplanung. Nur wenn Frauen selbständig sind, können sie auch für ihre Rechte eintreten und gute Entscheidungen für ihre Familien treffen. Wenn sie sich dagegen wehren, zu früh verheiratet zu werden, und stattdessen mehr Bildung bekommen, werden sie sich später selber für Bildung für Mädchen einsetzen. Und sie haben bessere Voraussetzungen, um einen guten Haushalt aufzubauen.

**Luther Dennis Nii Antieyie Addy**



engagiert sich freiwillig bei der Planned Parenthood Association of Ghana (PPAG) in Accra, Ghana.

[lutheraddy23@yahoo.com](mailto:lutheraddy23@yahoo.com)

## Sexuelle Aufklärung seit 49 Jahren

Ghana verzeichnet derzeit einen Anstieg der Teenager-Schwangerschaften und sexuell übertragbarer Krankheiten. Vor diesem Hintergrund ist die Arbeit der Planned Parenthood Association of Ghana (PPAG) besonders wichtig.

PPAG gilt als führende zivilgesellschaftliche Organisation im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit in Ghana. Die Organisation bietet Information, sexuelle Aufklärung und Gesundheitsdienstleistungen, denn nur so können Menschen fundierte Entscheidungen treffen. PPAG berät zu Familienplanung, behandelt sexuell übertragbare Krankheiten und Infektionen und macht HIV/Aids-Tests und -Beratung. Die Organisation bietet zudem umfassende Abtreibungsbetreuung (CAC),

Geburtshilfe und kleinere gynäkologische Eingriffe. Vertraulichkeit wird großgeschrieben, und viele Menschen mit unterschiedlichen gesundheitlichen Problemen besuchen die PPAG-Kliniken.

Besonders kümmert sich PPAG um Teenager und junge Erwachsene. Sie sollen über die Auswirkungen ihrer frühen sexuellen Aktivitäten Bescheid wissen. Sie sind besonders verletzlich, aber auch neugierig, ihren Körper zu entdecken. Seit der Gründung des Vereins vor 49 Jahren informiert PPAG daher junge Menschen über ihre Rechte und erklärt ihnen, wie sie negative Folgen bei sexuellen Aktivitäten vermeiden. Gerade junge Mädchen müssen über Familienplanung und Verhütungsmöglichkeiten aufgeklärt werden,

um die richtigen Entscheidungen für sich treffen zu können.

PPAG hat Gruppen in Schulen gegründet, die Sexualerziehung betreiben. Darüber hinaus gibt es im ganzen Land Jugendzentren, die „Young and Wise Center“. Diese bieten nicht nur Beratung und medizinische Behandlungen an, sondern haben auch Bibliotheken, Freizeiträume und organisieren Sport- und Kunstaktivitäten für Kinder und Jugendliche. Durch Spaß und Spiel lernen die Jugendlichen besser. Die Leitung der PPAG ist stolz, dass sie dazu beigetragen hat, die Ausbreitung von HIV/Aids zu bekämpfen und dass sie einige falsche Vorstellungen über Familienplanung aus der Welt schaffen konnte.

# Nachhaltigkeit im Bankensektor

Die Akteure des Finanzmarkts können einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten, wenn sie bei der Finanzierung von Investitionen Umwelt- und Sozialaspekte berücksichtigen. Entwicklungsfinanzierer wie die DEG fördern die Integration von Umwelt- und Sozialstandards bei Investitionen und Kreditvergabe. Sie prüfen Umwelt- und Sozialrisiken, beraten ihre Kunden dahingehend und engagieren sich für Nachhaltigkeitsprinzipien im Bankensektor.

Von Meike Goetze und Claas Langner

➔ Entwicklungsfinanzierer investieren in privatwirtschaftliche Vorhaben, die sich in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht positiv auf die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort auswirken. Neben Direktfinanzierungen für Unternehmen aller Branchen fördern sie den Aufbau von Finanzinstituten. Von diesen sollen vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) profitieren, die sonst kaum Zugang

zu langfristigem Investitionskapital haben. Bei jeder Finanzierung prüfen Entwicklungsfinanzierer im Vorfeld die damit verbundenen potenziellen Umwelt- und Sozialwirkungen und ermitteln Möglichkeiten, um bedarfsweise nachteilige Auswirkungen zu vermeiden, abzumildern oder auszugleichen.

Als internationaler Referenzrahmen für Umwelt- und Sozialstandards gelten

dabei die Bewertungskriterien der International Finance Corporation (IFC), die Teil der Weltbankgruppe ist. In den IFC Performance Standards sind nicht nur die 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umfassend berücksichtigt, sie definieren auch Mindeststandards und Richtlinien für verschiedene Branchen und Sektoren. Außerdem stellen sie die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO) in Bezug auf Versammlungsfreiheit, Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder Diskriminierung sicher.

Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen und die Durchsetzung angemessener Sozialstandards fördern nicht nur die nachhaltige Entwicklung von Ländern, deren Einwohnern und Unternehmen. Auch Banken profitieren davon, wenn die von ihnen finanzierten Unternehmen hohe Umwelt- und Sozialstandards einhalten. Denn so reduzieren sie Umwelt- und Sozialrisiken

## The Kenya Bankers' Association Sustainable Banking Principles

In Kenia beschlossen die Mitglieder der Kenya Bankers' Association (KBA) 2013, gemeinsam Nachhaltigkeitsleitlinien für den kenianischen Bankensektor zu entwickeln und zu implementieren. Ihr Ziel war es, in Kenia einen nachhaltigen Finanzsektor aufzubauen, der für Banken, ihre Kunden und die Gesellschaft langfristig Wertschöpfung schafft und bewahrt.

Das Engagement für gemeinsame Nachhaltigkeitsleitlinien ging von der UNEP Finance Initiative, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, aus und wurde sowohl von Tochterunternehmen international tätiger Banken als auch von kleineren lokalen Instituten vorangetrieben. Ein enger Dialog mit anderen Interessenvertretern wie der Zentralbank, der nationalen Umweltbehörde sowie lokalen Wirt-

schaftsverbänden trug dazu bei, auf allen Ebenen eine Akzeptanz für die Leitlinien zu schaffen. Im Rahmen eines CEO-Roundtable, an dem Vertreter von DEG und FMO teilnahmen, wurden folgende Leitlinien verabschiedet:

- Langfristige und nachhaltige Wirtschaftlichkeit statt kurzfristiger Steigerung der Umsätze,
- Wachstum durch finanzielle Inklusion bisher vom Finanzsektor ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen und Innovation,
- Umwelt- und Sozialrisiken managen und reduzieren,
- Natürliche Ressourcen effizient und nachhaltig nutzen und
- Unternehmensethik und Wertvorstellungen als Unternehmensgrundsätze verankern.

Die Einführung der Leitlinien wird durch eine von der DEG mitfinanzierte und gestaltete webbasierte Lernplattform sowie über Schulungen von Bankmanagement und -mitarbeitern begleitet. Bis August 2016 hatten bereits mehr als 13 400 Mitarbeiter die Trainingskurse absolviert.

Diverse Banken planen, das Online-Training als Pflichtschulung für ihre Mitarbeiter zu nutzen. Die Entwicklungsfinanzierer haben in den Prozess auch ihre Erfahrung bei der Implementierung von Umwelt- und Sozialstandards eingebracht. Dank der positiven Resonanz in der gesamten ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) gibt es bereits Überlegungen, die Initiative auch auf andere Länder auszuweiten.





Thorsten Thor/DEG

*Wenn Banken Umwelt- und Sozialstandards einhalten, profitieren auch die Kunden davon.*

ihrer Investitionen (Strafzahlungen, Verlust der Betriebsgenehmigung, Streiks etc.) sowie wirtschaftliche und Reputationsrisiken und sie erhöhen die finanzielle Nachhaltigkeit. Gleichzeitig eröffnet ein angemessenes Management von Umwelt- und Sozialrisiken auch Chancen. Diese reichen vom Zugang zu neuen Absatzmärkten über Kostenreduzierung bis hin zu verbesserten Rekrutierungsmöglichkeiten von qualifiziertem Personal. Insgesamt kann das Management von Umwelt- und Sozialfragen die Marktposition der finanzierten Unternehmen verbessern.

Entwicklungsfinanzierer wie die DEG mobilisieren mit ihrem Engagement oft weitere Kapitalgeber. Auch bei der Etablierung von Umwelt- und Sozialstandards im Finanzsektor nehmen sie eine Vorreiterrolle ein, indem sie ihre Kunden und ihre Netzwerkpartner für das Thema sensibilisieren und gemeinsames Handeln vorantreiben. Dieses Engagement ist von großer Bedeutung, weil lokale Banken und Fonds eine wichtige Multiplikatorenrolle bei der Verbreitung von Umwelt- und Sozialstan-

dards in den von ihnen mitfinanzierten Unternehmen einnehmen.

Daher kofinanziert die DEG über „Business Support Services“ etwa die Einführung von Umwelt- und Sozialmanagementsystemen (USMS), mit denen Risiken identifiziert und gesteuert werden können. Dazu kooperiert die DEG mit spezialisierten Beratern. Das Spektrum der Maßnahmen umfasst beispielsweise Vor-Ort-Besuche, die Entwicklung spezifischer Instrumente und Anwendungen und deren Implementierung, Schulungen für die Mitarbeiter sowie eine Evaluation der Funktionalität der USMS. Vergleichbare Beratung bietet die DEG auch Unternehmen in anderen Sektoren wie der Agrar- und Ernährungswirtschaft oder in der verarbeitenden Industrie an.

Des Weiteren setzen sich Entwicklungsfinanzierer dafür ein, bestehende Nachhaltigkeitsansätze zu verstärken und Standards im gesamten Bankensektor eines Landes zu etablieren. Unabhängig von der finanzierenden Bank sollen so die

Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Kunde bei allen Banken gleiche Wettbewerbsbedingungen findet.

Bei der Begleitung solcher sektorweiten Initiativen kann die DEG auch ihre Erfahrungen aus der Einzelberatung von Banken und Spezialfinanzierern zu Umwelt- und Sozialrisiken und der Einführung von Standards einbringen. Denn bereits seit 2002 nutzt die DEG selbst Umwelt- und Sozialmanagementsysteme, um Risiken und positive Wirkungen einer Investition angemessen einordnen und steuern zu können. Darüber hinaus verbreitet die DEG Umwelt- und Sozialstandards im Bankensektor weiter, indem sie Mitarbeiter dieser Institute im Rahmen von Workshops und Schulungsmaßnahmen dafür sensibilisiert.

Mit ihrem Engagement für eine nachhaltige Finanzwirtschaft will die DEG Nachhaltigkeitsfragen im gesamten Bankensektor fördern. Konkret geht es darum, die Durch- und Umsetzung von gemeinsamen Maßnahmen zu koordinieren, um

Entwicklungsfinanzierer  
fördern Nachhaltigkeit  
im Finanzbereich:  
Schalter des DEG-  
Partners Fidelis Bank in  
Ghana.



Thorsten Thier/DEG

deren Effizienz und Wirksamkeit zu erhöhen. Ziel ist es auch, sich bei Umwelt- und Sozialfragen auf (möglichst anspruchsvolle) Mindeststandards zu verständigen, die bei der Vergabe von Krediten berücksichtigt werden sollen.

In Entwicklungs- und Schwellenländern haben sich verschiedene Initiativen für nachhaltige Finanzwirtschaft mit unterschiedlichen Schwerpunkten entwickelt. Dabei differenzieren sich zwei Hauptansätze heraus: Ein „Top-down“-Ansatz ist etwa in Bangladesch, China, Indonesien sowie Teilen von Brasilien zu beobachten. Hier setzen sich die zentralen Landesbanken für die Berücksichtigung von

Umwelt- und Sozialstandards im Bankensektor ein, auch weil bereits Risiken identifiziert wurden, die den Wettbewerb im Bankensektor beeinflussen.

Ein „Bottom-up“-Ansatz wird zum Beispiel in Ländern verfolgt, in denen es aktive Bankenverbände gibt, die mit Entwicklungsfinanzierern zusammenarbeiten. So haben in der Mongolei Bankenverbände, das Umweltschutzministerium und Entwicklungsfinanzierer gemeinsam Nachhaltigkeitsprinzipien für das Bankwesen verabschiedet, die acht Prinzipien, eine Ausschlussliste sowie Rahmenrichtlinien für den Bankensektor umfassen. Die DEG hat im Verbund mit anderen europäischen Entwicklungsfinanzierern, darunter FMO (Niederlande), Proparco (Frankreich) und

OeEB (Österreich), verschiedene Initiativen beider Ansätze unterstützt.

#### Meike Goetze



seit 2010 in der DEG tätig, ist Senior Investment Manager in der Abteilung Förderprogramme und Beratung und hat langjährige Erfahrung im Bereich Umwelt- und Sozialmanagementsysteme für Finanzinstitutionen.

[meike.goetze@deginvest.de](mailto:meike.goetze@deginvest.de)

#### Claas Langner



ebenfalls seit 2010 in der DEG, ist Senior Fachreferent für nachhaltige Entwicklung in der Abteilung Nachhaltigkeit und Corporate Governance. Er hat langjährige Erfahrung im Bereich Umwelt- und Sozialprüfung im

Finanzsektor.

[claas.langner@deginvest.de](mailto:claas.langner@deginvest.de)

## Tribüne

# The Sri Lankan Sustainable Banking Initiative

In Sri Lanka wurde die Initiative für Nachhaltigkeitsleitlinien von der Sri Lanka Banker's Association (SLBA) initiiert, der auch der DEG-Kunde Hatton National Bank angehört. Ziel der SLBA war es, in einem zweistufigen Ansatz Umwelt- und Sozialstandards in den lokalen Bankenmarkt zu integrieren.

In einer ersten „Sondierungsphase“, die in einer CEO-Konferenz mit entsprechender Selbstverpflichtung mündete, erteilte die SLBA das Mandat für die „Sri Lankan Sustainable Banking Initiative (SL SBI)“. An der koordinierenden Arbeitsgruppe nahmen

auf Anfrage der Hatton National Bank auch Vertreter der DEG teil. Folgende Ziele der SL SBI wurden erarbeitet und von 18 lokalen Banken verabschiedet:

- Gründung eines Forums für Nachhaltigkeitsfragen im Bankensektor,
- Koordinierung von Maßnahmen, um die Effizienz und Wirksamkeit von Nachhaltigkeitsthemen zu erhöhen,
- Verständigung auf Mindeststandards hinsichtlich der Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialfragen bei Transaktionen und
- Umsetzung von möglichst hohen gemeinsamen Standards für den gesam-

ten Bankensektor.

Im nächsten Schritt sollen im Rahmen der Initiative Schulungen für Bankmitarbeiter zu den neuen Leitprinzipien durchgeführt und dafür Fallstudien sowie Trainingsmodule und Train-the-Trainer-Programme erarbeitet werden.

Bei der Entwicklung der Leitlinien unterstützte die DEG die Bankeninitiative im Rahmen ihrer Business Support Services. Zuvor hatte sie bereits die Begleitung ihres Kunden Hatton National Bank durch einen externen Experten ermöglicht.



# Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen. Wir informieren in unseren Tweets über unsere Beiträge und andere Dinge, die unser Produkt betreffen.



www.twitter.com/forumdc

Startseite Über uns

Tweets durchsuchen

Hast Du einen Account? Anmelden

**D+C**  
Development + Cooperation

TWEETS 8.590 FOLGEICHER 2.012 FOLLOWER 4.556 GEFÄLLT MIR 169 LISTEN 7

Folgen

Editorial office D+C  
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.  
Frankfurt, Germany  
dandc.eu  
Beigetreten Januar 2010

903 Fotos und Videos

Tweets Tweets & Antworten Medien

Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.  
**D+C** #Minister Gerd #Müller demands #fair rules for #sustainable #export industries ow.ly/7Nqi303z8za #fairtrade

Neu bei Twitter?  
Melde Dich jetzt an, um Deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten  
Registrieren

Vielleicht gefällt Dir auch  
Aktualisieren

- BMZ Bund @BMZ\_Bund
- Welthungerhilfe @Welthungerhilfe
- GIZ @giz\_gmbh
- Development Pros @QuantisGDP
- Tom Murphy @viewfromthecave

Trends



# Klimawandel braucht höchste Aufmerksamkeit

Das Weltklima bricht einen Rekord nach dem anderen – und das ist bei weitem kein Grund zum Jubeln. Das erste Halbjahr dieses Jahres war das wärmste seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen Ende des 19. Jahrhunderts, wie Daten der NASA offenbaren.

Von Katja Dombrowski

➔ Die US-Raumfahrtbehörde hat noch einen weiteren traurigen Rekord parat: In fünf der ersten sechs Monate des Jahres war das arktische Meereis, bezogen auf den jeweiligen Monat, so klein wie nie, seit es systematische Satellitenaufzeichnungen gibt. Das ist seit 1979.

Mehrere Weltregionen, die so weit voneinander entfernt liegen wie Südostasien und das südliche Afrika, litten in diesem Jahr unter der schlimmsten Dürre seit Jahrzehnten. Nach Angaben der UN führte der Mekong so wenig Wasser wie nie seit Beginn der Aufzeichnungen vor fast 100 Jahren. Sein Pegelstand war nur halb so hoch wie vor Beginn der Regenzeit üblich. Das Wasser fehlte Menschen, Tieren und Feldern. Südasiens größter Fluss ist die Lebensader für 60 Millionen Menschen. Viele von ihnen litten stark unter den Folgen, wobei Hunger und fehlendes sauberes Trinkwasser keine Ausnahmen waren.

Große Teile Asiens verzeichneten Hitzerekorde, und die Regenzeit setzte mit gehöriger Verspätung ein. Der gesamte landwirtschaftliche Zyklus hängt vom Regen ab. Die diesjährige Reisernte fiel erbärmlich aus, was einen Anstieg des Weltmarktpreises für das Grundnahrungsmittel der Region zur Folge hat. Das wird besonders die Armen treffen, inklusive der Bauern, die ihre Ernte verloren haben.

Im südlichen Afrika waren laut der Hilfsorganisation Care 40 Millionen Menschen von der Dürre betroffen. Im April riefen die Regierungen von Mosambik, Malawi und Simbabwe den Notstand aus. Im Juli erklärte die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (Southern African Development Community – SADC) eine regionale Katastrophe und rief zu Hilfszahlungen in Höhe von 2,4 Milliarden

Dollar auf, um den Millionen Betroffenen – rund 14 Prozent der gesamten SADC-Bevölkerung – zu helfen. Laut einer Mitteilung der SADC war die große Mehrheit der betroffenen Mitgliedstaaten mit der Dürre überfordert.

Dieses Jahr ist außergewöhnlich, weil Folgen des Klimawandels, die bereits zur Normalität geworden sind, von El Niño verstärkt wurden. Das Wetterphänomen,

El Niño ist jetzt vorbei. Wir warten auf La Niña, das gegenteilige Phänomen mit ungewöhnlich kaltem Pazifikwasser, das häufig auf El Niño folgt. Es führt typischerweise zu Tropenstürmen und Hurrikannen in Asien und Nordamerika sowie Dürren in Teilen Südamerikas und des äquatorialen Ostafrikas.

Die gute Nachricht ist, dass El Niño und La Niña nächstes Jahr nicht wiederkommen werden. Die schlechte besteht darin, dass der Klimawandel weitergeht. Die Temperaturen steigen weiter, und auf gewohnte Wetterbedingungen ist immer weniger Verlass – wenn wir nicht einschreiten. Doch der Klimawandel ist kein unabwendbares Schicksal, er ist menschengemacht. Gemeinsam können wir



picture-alliance/AP Photo

In Myanmar war die Trockenzeit in diesem Jahr ungewöhnlich heiß und lang, was zu Wasserengpässen geführt hat. In Dala südlich von Yangon holen die Menschen im Mai Trinkwasser aus einem Teich.

das alle paar Jahre auftritt und mit ungewöhnlich warmem Oberflächenwasser in Teilen des Pazifiks daherkommt, bringt Temperaturen und Niederschläge weltweit durcheinander.

Wie so oft, leiden Menschen in Entwicklungsländern am meisten unter den Folgen: Menschen, die von Landwirtschaft und Fischerei leben, Menschen, die in Hütten wohnen, Menschen, die keine Ersparnisse, keine Jobmöglichkeiten und generell keine Alternativen haben. Doch auch reiche Weltregionen wie Nordamerika und Australien blieben nicht verschont.

ihn aufhalten. Im Übrigen gibt es einen weltweiten Vertrag, das zu tun. Er heißt Pariser Klimavertrag und braucht höchste Aufmerksamkeit und eine schnelle, umfassende Umsetzung.

Dass die beiden größten CO<sub>2</sub>-Emitenten der Welt, die USA und China, den Vertrag Anfang September beim G20-Gipfel im chinesischen Hangzhou ratifiziert haben, ist ein wichtiger Schritt. Kurz darauf folgten rund 30 weitere Staaten, darunter auch Deutschland, so dass die Gesamtzahl auf mehr als 60 stieg. Der Vertrag sollte bald in Kraft treten. Nun sind konkrete Taten nötig. ←

## Debate

# Der Zerfall des Sicherheitsapparats

Immer mehr Mitglieder der burundischen Polizei und Armee flüchten vor der Gewalt im Land. Vor allem frühere Kämpfer der ehemaligen Tutsi-dominierten Armee fühlen sich bedroht. Die Stabilität der letzten zehn Jahre, die das Friedensabkommen von Arusha gebracht hat, ist vorbei.

Von Marc Niyonkuru

➔ Seit einem gescheiterten Putschversuch im Mai letzten Jahres desertieren in Burundi immer mehr Soldaten und Polizisten. Vor allem jene, die vor dem Bürgerkrieg (1993–2005) in der damaligen Tutsi-dominierten burundischen Armee (Forces armées burundaises, FAB) gedient haben, fürchten die Entführungen und außergerichtlichen Hinrichtungen. Aber auch Soldaten, die auf Friedensmissionen im Auslandseinsatz sind, kehren häufig nicht zurück ins Land.

Die Krise begann, nachdem der amtierende Präsident Pierre Nkurunziza im April 2015 seine Kandidatur für eine dritte Amtszeit verkündete und ein Teil der Armee dies durch einen Putsch verhindern wollte. Der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zufolge sind seitdem mehr als 1000 Menschen

Bereits Nkurunzizas Kandidatur für eine dritte Amtszeit war ein Verstoß gegen das Abkommen und die Verfassung. Aber auch die Regelungen für die Sicherheitskräfte, die Völkermorde und Staatsputsche verhindern sollen, werden missachtet. „Obwohl es kaum je eine so große Errungenschaft wie das Friedensabkommen von Arusha gegeben hat, ist die Armee heute gespalten“, schreibt die International Crisis Group (ICG). Regelmäßig werden Militärs und Polizisten der ehemaligen FAB von ihren Kollegen ermordet, die im Krieg auf der anderen Seite gekämpft haben, in der Hutu-geführten Rebellionsbewegung „Partis et Mouvements Politiques Armés“ (PMPA).

Dass es so weit kommen konnte, liege unter anderem an der Missachtung von Paragraph 14 des Arusha-Abkommens,

dementsprechend nahezu keine – mit Ausnahme einiger weniger, die das Lager gewechselt haben. Weitere Verstöße gegen das Abkommen sind, dass in der Armee junge Anhänger der Regierungspartei CNDD-FDD dienen sowie Mitglieder der Demokratischen Kräfte für die Befreiung Ruandas (FDLR), die für den Völkermord 1994 in Ruanda mitverantwortlich waren.

Seit über einem Jahr ist nun offensichtlich niemand mehr vor der Gewalt gefeit. In Folge des gescheiterten Putschs sind zwei Rebellbewegungen entstanden, die die Macht von Nkurunziza bekämpfen wollen. Die Gruppierung Forces Républicaines du Burundi (FOREBU) besteht hauptsächlich aus Deserteuren der Armee, während die „Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit Tabara“ (Résistance pour un Etat de droit au Burundi – RED Tabara) vor allem von jungen Oppositionellen getragen wird. Sie haben offen ihre Bereitschaft erklärt, Gewalt anzuwenden. Pierre Nkurunziza wiederum zeigte sich vor dem anstehenden Parteikongress entschlossen, die Rebellbewegungen zu bekämpfen. Auf jede Tötung eines hochrangigen Militärs, der ihm nahesteht, folgt eine Rache an ehemaligen FAB-Kämpfern.

Angesichts der Menschenrechtsverletzungen und des fehlenden ethnischen Gleichgewichts sollten die Sicherheitskräfte überprüft werden, was jedoch schwierig sein dürfte. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition laufen offiziell zwar, Nkurunziza scheint aber nicht wirklich mit der Opposition zu verhandeln, die er als Putschisten und Terroristen bezeichnet. Internationale Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, rufen zur Einhaltung des Friedensabkommens von Arusha auf. Doch dieses ist nun gescheitert. Es brauchte ein weiteres Abkommen dieser Art, damit Burundi seine demokratischen Institutionen wieder aufbauen kann. ←

Marc Niyonkuru



ist ein freier Journalist aus Burundi und lebt derzeit in Ruanda.

nimarc35@gmail.com



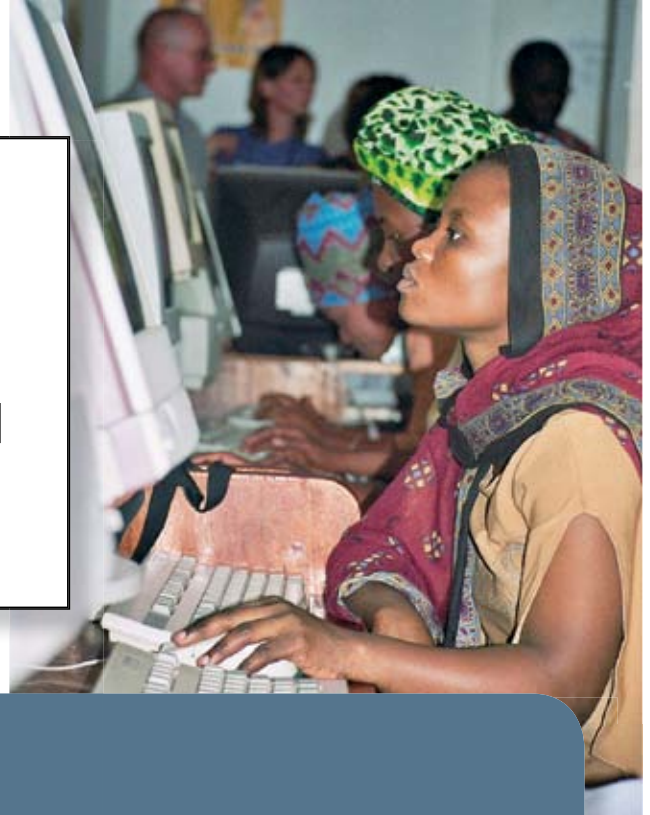
Burundische Sicherheitskräfte nach einem bewaffneten Überfall auf einen Regierungsberater.

getötet worden, und mehr als 4000 wurden eingesperrt oder an geheimen Orten festgehalten. Laut Human Rights Watch sind viele dieser Menschen von staatlichen Sicherheitskräften ermordet worden.

Das Friedensabkommen von Arusha aus dem Jahr 2000, welches für über 10 Jahre den Zusammenhalt des Landes gesichert hatte, scheint nun überholt.

meint Thierry Vercoulon von der ICG, demzufolge keine ethnische Gruppe mehr als 50 Prozent der Mitglieder der nationalen Verteidigung stellen dürfe. Diese ethnische Quote hat Nkurunziza nie akzeptiert. Er hält es für unannehmbar, dass die Tutsi – die zahlenmäßig kleinere Gruppe im Land – mit 50 Prozent vertreten sein sollen. Ex-FAB-Mitglieder findet man in den Entscheidungszentren der Armee

Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.EundZ.eu](http://www.EundZ.eu)



www.eundz.eu

**E+Z** ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

NEU Weltwärts-Erfahrungen

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

„Musik begleitete mich immer“



Aktuelle Blog-Beiträge

- Sealing off the EU makes it harder to promote human rights
- Rwandan development not that great

Folgen Sie uns



# FZ

KFW

Sonderveröffentlichung  
Oktober 2016

Medienpartner

E+Z

Das Magazin für Finanzielle Zusammenarbeit



## Urbanisierung gestalten

Nachhaltige Strategien für wachsende Städte

# „Wir brauchen kompakte und gut geplante Städte“

Die Welt ist zur Stadt geworden: Niemals zuvor haben so viele Menschen in Städten gewohnt wie heute – und in den kommenden 35 Jahren wird sich ihre Zahl noch einmal verdoppeln. Im Interview erklärt Roland Siller, Mitglied der Geschäftsbereichsleitung der KfW Entwicklungsbank, warum einige der großen globalen Herausforderungen nur in den Städten zu bewältigen sind und welchen Beitrag die KfW leistet, um sie zu meistern.

**In Asien, für das Sie in der KfW zuständig sind, wachsen die Städte besonders stark und schnell. Welche Eindrücke haben Sie bei Ihren Reisen dort in den letzten Jahren gewonnen?**

Für mich am augenfälligsten ist, dass vieles in Städten ungeplant passiert. Das verursacht massive Verkehrsprobleme und hohe ökonomische Verluste, führt zu Elendssiedlungen und sozialen Ungleichheiten. Wenn sich Städte völlig ungeplant entwickeln, verlieren sie einen Großteil ihres Potenzials.

**Heute leben 3,5 Mrd. Menschen in Städten. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird sich diese Zahl auf**

**7 Mrd. verdoppeln. Wie können die Städte dieser Welt so viele Menschen aufnehmen, wenn doch schon jetzt vieles im Argen liegt?**

Das ist in der Tat eine große Herausforderung. Die Wachstumsprognosen sind enorm und einmalig in der Geschichte. Aber in den Städten liegen Risiken und Chancen nah beieinander. In den verdichteten Räumen kann effizienter gewirtschaftet werden, viele Leistungen lassen sich zu niedrigeren Kosten als auf dem Land bereitstellen. Hier bieten sich noch viele Möglichkeiten.

**Was muss geschehen, damit Städte diese Chancen auch tatsächlich nutzen können?**



**Roland Siller**  
Mitglied der Geschäftsbereichsleitung der KfW Entwicklungsbank

Sie müssen vor allem klug regiert sein, brauchen eine gute Governance. Damit mehr Qualität und Führungskraft in die kommunalen Verwaltungen kommt, müssen mehr Entscheidungen und Budgets auf die Städte verlagert werden. Ich halte eine Stärkung der Städte für äußerst wichtig, damit sie Investitionen besser vorbereiten und begleiten können.

**Welche Investitionen sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig?**

Die Städte müssen auf jeden Fall Prioritäten setzen. Wie die aussehen, variiert von Stadt zu Stadt. Aber klar ist: Städte müssen produktiv sein, sie müssen ihre ökonomischen Stärken, ihre Wettbewerbsvorteile herausarbeiten. Nur so können Arbeitsplätze und Perspektiven entstehen. Und nur so können Kommunen ihr eigenes Geld verdienen, können Steuern in ihre Etats fließen. Neben der öffentlichen Hand muss auch der Privatsektor stärker eingebunden werden. Geld und Know-how sind Engpassfaktoren für Investitionen in Infrastruktur wie Straßen und Wasserversorgung und

## POLITIKZIEL STADTENTWICKLUNG

Die Bundesrepublik Deutschland erachtet Stadtentwicklung als einen wesentlichen Schlüssel, um die globalen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Sie ist daher ein wichtiges Handlungsfeld der deutschen Entwicklungspolitik. „Lebenswerte Städte bieten Entwicklungschancen für alle Einwohner auf unserem Planeten, ob reich oder arm. Es geht um menschenwürdigen Wohnraum, bessere Stadtluft, effiziente und umweltfreundliche Verkehrssysteme, die Versorgung der Menschen mit Wasser und Energie, um die Entsorgung von Müll und Abwasser. Solche Städte sind Orte großer Innovationskraft, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strahlkraft“, so Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller.

[www.bmz.de/de/themen/stadtentwicklung](http://www.bmz.de/de/themen/stadtentwicklung)



soziale Dienstleistungen wie Schulen und Krankenhäuser.

### **Welche Rolle spielt der Verkehr für die Zukunft der Städte?**

Eine entscheidende. Zurzeit wächst der Individualverkehr nahezu ungebremst, während der öffentliche Nahverkehr meist unterfinanziert ist. Mit starken negativen Folgen für die Städte, die an Wirtschaftskraft und an Attraktivität verlieren. Dabei kann mit Investitionen an der richtigen Stelle viel bewirkt werden, wofür nicht immer gleich eine teure U-Bahn nötig ist. Manchmal genügt eine Busspur, ein Fahrrad- oder Fußweg. Wichtig ist, die Verkehrsmittel aufeinander abzustimmen – ein Prozess, der durch die Digitalisierung einfacher wird.

### **Sollte Verkehr also das Thema Nummer eins für die Städte sein?**

Verkehr ist ein Riesenthema, aber nicht das einzige. Auch andere Dienstleistungen sind in vielen Städten Mangelware: Abfallentsorgung, Wasser, Energie – zig Millionen Stadtbewohner weltweit haben dazu keinen Zugang. Grünflächen, Spielplätze und Sportmöglichkeiten, Kulturangebote, Bildung und soziale Dienste sind ebenfalls wichtig, weil sie Städte lebenswert machen. Hier müssen die Kommunen ansetzen und trotzdem nicht planlos vorgehen.

### **Städte gelten auch als Motor gesellschaftlichen Fortschritts.**

#### **Stimmen Sie dieser Aussage zu?**

Auf jeden Fall. Gerade in Städten lässt sich die Bevölkerung besser in Entscheidungen einbeziehen – wieder weil die Räume kleiner sind. Insofern können Städte zu einem Instrument der Demokratisierung werden, auch der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und der Teilhabe der Armen.



Händler profitieren vom verbesserten Zugang zum Markt in Khulna.

### **Wurde die Bedeutung der Städte schon klar genug erkannt?**

Das Bewusstsein wächst, ist aber angesichts der Tragweite noch nicht groß genug: Viele der globalen Herausforderungen werden sich in den Städten entscheiden. Das gilt für den Klimawandel genauso wie für die soziale Ungleichheit. Wir werden die internationalen Nachhaltigkeitsziele nur mit und in den Städten erreichen. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen noch deutlich steigern. Davon profitiert am Ende auch das Land, weil dort mehr Platz sein wird, den wir für die Landwirtschaft brauchen, damit auch eine steigende Weltbevölkerung genug zu essen hat.

### **Was kann die KfW beitragen?**

Wir haben unser Engagement in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet und sagen im Auftrag der Bundesregierung inzwischen über die Hälfte unserer Mittel für Vorhaben in Städten zu. Und wir wollen künftig noch mehr machen, weil wir als KfW unser langjähriges Know-how auf vielen Gebieten einbringen können, die gerade für Städte wichtig sind: Transport, Ressourceneffizienz, das Stärken kleiner und mittlerer Unternehmen, Budgets, Tarife und Transparenz. Stärker hinzukommen wird noch das Thema Klimaresilienz. Auch hier sind es oft Städte, die wegen ih-

rer Nähe zu Küsten oder Flussdeltas stark betroffen sind.

### **Wie fördert die KfW?**

Wir schauen uns Stadtentwicklung immer unter vier Aspekten an: Städte sollen produktiv, effizient, resilient und lebenswert sein. Es geht uns immer auch um soziale Aspekte, nicht allein um wirtschaftliche. In Khulna, Bangladesch, etwa hat die KfW im Auftrag der Bundesregierung ein Vorhaben gefördert, bei dem ein Wall und eine größere Straße nicht nur einen Slum mit 70.000 Einwohnern vor Überflutungen schützen, sondern über den neuen Verkehrsweg auch Zugang zu einem regionalen Markt geschaffen wurde. So ein Projekt ist für uns idealtypisch, weil es mehrere Effekte miteinander verknüpft.

### **Kann es der Menschheit wirklich gelingen, die Verstädterung zu beherrschen und das Bedrohliche urbaner Zentren abzuwenden?**

Ich bin zuversichtlich, weil die Aufmerksamkeit der Politik wächst. Gekoppelt mit einer unglaublichen Innovationskraft, die dauernd neue Lösungen auch über die Digitalisierung hervorbringt, können wir in den nächsten Jahren viel bewirken in den Städten. Aber natürlich ist das ein Wettlauf gegen die Zeit.

Die Fragen stellte Friederike Bauer.

# Beira: Ein Sperrwerk schützt die Stadt vor Hochwasser

Die mosambikanische Hafenstadt Beira leidet unter den Folgen des Klimawandels. Immer häufiger kommt es zu Überschwemmungen, wenn es stark regnet und der Indische Ozean bei Flut Meerwasser in den Fluss Chiveve drückt, der mitten durch die Stadt führt. Die Siedlungen und Märkte an seinem Ufer stehen dann unter Wasser. Doch jetzt wird mit Hilfe der KfW Entwicklungsbank ein Sperrwerk gebaut, das geschlossen werden kann, wenn Springtiden und Starkregen gleichzeitig auftreten.

**B**eira ist eine wichtige Hafenstadt an der Küste Mosambiks. Weite Teile der 500.000-Einwohnerstadt liegen gerade eben auf dem Niveau des Meeresspiegels. Der Flusslauf, der durch die Stadt führt, wurde lange Zeit vernachlässigt. Schon vor Jahrzehnten war im Mündungsbereich eine Brücke eingestürzt. Ihre Trümmer versperrten den Weg zum Meer, der Fluss verlandete zusehends und konnte das Hinterland nicht mehr entwässern. Auf dem so entstandenen Schwemmland wurden Abfälle entsorgt. Das stehende Wasser begünstigte die Vermehrung von Mücken, die Malaria übertragen. Bei besonders hohen Fluten und gleichzeitigem Starkregen trat der Rio Chiveve über seine Ufer und überflutete weite Bereiche des Stadtgebietes und die Siedlungen der ärmsten Bewohner der Stadt.

Das ändert sich jetzt: Ein Sperrwerk, wie es auch an der norddeutschen Küste üblich ist, wird Beira künftig vor Hochwassern schützen. Die KfW finanziert seit 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit 13 Mio. EUR den Bau des Sperrwerks. Dessen Tore lassen sich manuell rechtzeitig schließen, wenn heftige Niederschläge im Landesinneren oder besonders hohe



Das Sperrwerk wird Überflutungen im Stadtkern von Beira verhindern.

Fluten gemeldet werden. Der Indische Ozean hat an der Küste von Mosambik einen Tidenhub von bis zu sieben Metern. Durch den Klimawandel nehmen sowohl Niederschläge als auch Trockenperioden in dem südafrikanischen Land zu – die Notwendigkeit, Beira vor den Elementen zu schützen, wurde daher immer dringender.

Diese Maßnahme ist eingebettet in ein umfassendes Konzept zur Renaturierung und Aufwertung des Flusslaufs im Stadtgebiet: Der Rio Chiveve, der zuletzt eher einem schmalen Graben als einem Fluss ähnelte, wird ausgebaut, ebenso der Hafen von Beira. Dies nutzt den Fischern und Händlern.

Im Zuge der Renaturierung des Flusslaufs übernimmt eine lokale Nichtregierungsorganisation in Zusammenarbeit mit der KfW die

Wiederaufforstung mit Mangroven entlang des Ufers. „Der Fluss wird wieder frei atmen“, erklärt Pascale Magin, die bei der KfW Entwicklungsbank für Mosambik zuständig ist. Der bislang unregelmäßige Markt am Fluss wird feste Stände erhalten. An den Ufern entstehen Parks; für die Entsorgung des Abfalls wird mit der Stadtverwaltung Beira ein Konzept erarbeitet. Wilde Müllablagerungen gehören dann der Vergangenheit an.

Von den Überschwemmungen waren vor allem sehr arme Stadtteile betroffen. Der Bau des Sperrwerks und die Aufwertung des Flusslaufs kommen daher insbesondere der armen Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung des Stadtzentrums zugute.

*Charlotte Schmitz*

# Lichtblick für Pendler in Tunis

Fünf S-Bahnlinien sollen täglich 350.000 Menschen befördern

**D**er wirtschaftliche Aufschwung und das Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre haben Tunesiens Infrastruktur an ihre Grenzen gebracht. Vor allem in der Zwei-Millionen-Metropole Tunis hat der Verkehr stark zugenommen. Pendler, die das Auto benutzen, müssen mit langen Staus rechnen, und das öffentliche Nahverkehrsnetz ist nicht ausreichend ausgebaut.

Abhilfe soll ein S-Bahnsystem in der tunesischen Hauptstadt schaffen, das auch die benachteiligten Vororte besser an das Geschäftszentrum anbindet. Im Gegensatz zu Bussen und Straßenbahnen fährt die S-Bahn auf einer eigenen Trasse und damit unabhängig vom Straßenverkehr. Ein weiterer Vorteil ist ihre Umweltfreundlichkeit.

Realisiert wird das Projekt vom eigens gegründeten öffentlichen Unternehmen Société du Réseau Ferroviaire Rapide de Tunis (RFR). Die KfW Entwicklungsbank beteiligt sich im Auftrag der Bundesregierung an der Finanzierung des Streckenbaus. Weitere Geber sind die Europäische Investitionsbank, die französische Entwicklungsbank Agence Française de Développement (AFD) und die Europäische Union. Für die ersten beiden Linien, die im Bau sind und Ende 2018 fertig werden sollen, beträgt der



Der öffentliche Nahverkehr in Tunis stößt an seine Grenzen.

über die KfW bereitgestellte deutsche Finanzierungsanteil 47 Mio. EUR.

Insgesamt sind fünf S-Bahnlinien auf einer Gesamtlänge von 85 Kilometern vorgesehen. Sie sollen täglich 350.000 Menschen befördern und die Zunahme des Autoverkehrs bremsen. Den Prognosen zufolge können so etwa 50.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden.

Die KfW unterstützt die RFR auch dabei, die mit dem Bau verbundenen

Eingriffe möglichst umwelt- und sozialverträglich zu gestalten. „Uns ist wichtig, dass es einen ernsthaften Austausch mit der betroffenen Bevölkerung gibt“, erklärt Jens von Roda-Pulkowski, der zuständige Projektmanager der KfW. Bürgerbeteiligung, Entschädigungen und ein Beschwerdemanagement sollen für eine hohe Akzeptanz des Großprojekts sorgen.

*Katja Dombrowski*

## STÄDTE NACHHALTIG ENTWICKELN: MOBILITÄT FÜR ALLE

Auf der Habitat-III-Konferenz im Oktober in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito will die internationale Gemeinschaft eine globale Urbanisierungsstrategie für die nächsten 20 Jahre formulieren. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt den deutschen Beitrag zur Umsetzung dieser „Neuen Urbanen Agenda“. In diesem Zusammenhang kündigte Minister Dr. Gerd Müller eine neue Mobilitäts-Initiative des BMZ an, die Anstöße für eine globale Verkehrswende geben soll. Im Mittelpunkt der Initiative steht eine sozial verträgliche, innovative und klimafreundliche Verkehrsentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ziel ist es, Verkehr ressourcenschonend zu gestalten, das Zusammenspiel verschiedener Verkehrsträger und des nicht-motorisierten Verkehrs zu verbessern sowie sichere und bezahlbare Mobilität für alle zu schaffen. Die Finanzielle Zusammenarbeit verstärkt dafür ihr weltweites Engagement im Bereich nachhaltiger und inklusiver städtischer Mobilität und sieht allein für 2017 Zusagen in Höhe von 1 Mrd. EUR vor.

# KfW bietet indischen Kommunen innovative Finanzierungslösung

Leere Kassen – auch für indische Kommunen ein alltägliches Problem. Die Einnahmen aus Steuern und Gebühren sind gering. Der Finanzmarkt gewährt Kommunen nur unzureichend Kredite, weil ihre Bonität zu gering ist. Hier setzt die KfW mit einer innovativen Lösung an: Sie unterstützt einen Fonds für kleinere Städte und Gemeinden im Bundesstaat Tamil Nadu, der die Finanzierung von Wasser-, Abwasser- und Abfallentsorgungssystemen sowie den Straßenbau ermöglicht.

**E**ine zehn Hektar große Tempelanlage thront über der Stadt Tiruvannamalai im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu. So großartig die kulturellen Zeugnisse der Vergangenheit, so problematisch die Gegenwart: Wie in vielen Städten Indiens funktioniert auch hier die Wasserversorgung bisher nicht ausreichend. Manchmal ist die Versorgung auf drei Stunden pro Tag eingeschränkt. Auch eine angemessene Entsorgung des Abwassers fehlt. Doch nun hat die Stadt – mit rund 145.000 Einwohnern eine der kleineren Kommunen Indiens – einen Kredit von 6 Mio. EUR aufgenommen, um ihre Infrastruktur zu erneuern.

Dazu nutzt sie den Tamil Nadu Urban Development Fund (TNUDF).

Die KfW finanziert den Fonds seit 2008 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit bisher 260 Mio. EUR. Dessen Fondsmanager nutzt zwei Wege: Den Kommunen werden erstens direkt Kredite und Zuschüsse zur Verfügung gestellt und zweitens durch ein Finanzierungsvehikel ermöglicht, selbst Anleihen am Kapitalmarkt zu emittieren. Hierbei verbessern die Mittel des BMZ die Bonität der Anleihen, so dass auch kleine und mittlere Gemeinden eigenständig Finanzmittel am Kapitalmarkt aufnehmen können.

„Unser Partner ist ein Pionier in der indischen Kommunalfinanzierung und verschafft Kommunen auf innovative Weise Mittel, um Infrastruktur und Lebensbedingungen zu verbessern“, betont KfW-Projektmanager Morten Koch. Gleichzeitig können die Gemeinden erste Erfahrungen am Kapitalmarkt sammeln und werden unterstützt, eigenständig Bauprojekte durchzuführen. Die Herausforderung für den Fondsmanager liegt auch darin, die gebündelten Kommunalanleihen bekannt zu machen, um ein in Indien noch junges Segment am Kapitalmarkt zu etablieren.

Der Fonds wurde für den Bundesstaat Tamil Nadu eingerichtet, weil hier bereits rund die Hälfte der Einwohner in Städten lebt. Wie in vielen Ländern der Erde nimmt auch in Indien die Urbanisierung rasch zu. Bisher hat der TNUDF über 20 Projekte bewilligt, die mehr als einer Viertelmillion Menschen zugute kommen. Allein in der Stadt Tiruvannamalai profitieren 13.500 Haushalte von der verbesserten Wasserversorgung. Dies dient nicht nur einer verbesserten Lebensqualität, sondern reduziert auch Todesfälle aufgrund von Durchfall und anderen Erkrankungen insbesondere bei Kindern.



Kinder erkranken seltener an Durchfall, wenn das Trinkwasser sauber ist.

*Charlotte Schmitz*

# Grüner, bezahlbarer Wohnungsbau in Mexiko

Erschwingliches und zugleich energieeffizientes Bauen wird in Mexiko ein immer wichtigeres Thema und steht auch auf der Agenda der Regierung. Hier engagiert sich die DEG durch die Zusammenarbeit mit einem mittelständischen Bauträger.

**W**ie in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern ist auch in Mexiko der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum sehr hoch: Schätzungen gehen von einem Defizit von knapp 9 Mio. Wohnungen und Häusern aus. Zudem steigt der Energieverbrauch in dem aufstrebenden Schwellenland seit langem an: Rund 20% davon entfällt auf die privaten Haushalte. Energieeffizienter Wohnungsbau ist ein wichtiges Instrument, den Energieverbrauch zu begrenzen und somit das Klima zu schützen.

Daher hat die DEG dem Bauträger Promotora de Viviendas Integrales, S.A. de C.V. (Vinte) aus dem Großraum Mexiko-Stadt ein langfristiges Darlehen in Lokalwährung in Höhe von umgerechnet rund 17 Mio. EUR bereitgestellt. Das erfahrene Unternehmen – Vinte hat bereits über 23.000 Häuser und Wohnungen gebaut – verfügt so über das erforderliche Kapital, um langfristig planen zu können. In den kommenden Jahren will Vinte knapp 2.000 Häuser nach strengen grünen Standards bauen – vor allem für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die für den Kauf der Häuser zinsverbilligte Darlehen nationaler Entwicklungsbanken erhalten können.

Im Vergleich zur konventionellen Bauweise können die CO<sub>2</sub>-Emissionen um mindestens 20% gesenkt werden. Zu den energetischen Maßnahmen



Grüner wohnen in Mexiko

eines ressourcenschonenden Baustoffs u.a. aus Reisschalen kofinanziert. In

gehören Solaranlagen zur Warmwassererzeugung sowie wassersparende Toiletten und Duschen. Dabei sind die Einsparungen bei den Stromkosten für die neuen Eigentümer ein besonders wichtiger Aspekt.

Das Regenwasser in den Neubaugebieten wird zu 80% wieder dem Grundwasser zugeführt, und es gibt eine geregelte Abfallentsorgung. 35% der Flächen sind außerdem für öffentliche Nutzung vorgesehen, etwa für Parks, Spielplätze und Schulen. Die DEG hat zusätzlich eine begleitende Maßnahme zur Entwicklung

einer ersten Phase hat sich dieser Baustoff bei der Errichtung von Prototypen bereits bewährt, nun wird die Verwendung beim Bau von Häusern in größerer Stückzahl geprüft.

Der mexikanische Bauträger Vinte hat verschiedene umweltfreundliche Konzepte für eine integrierte Stadtplanung entwickelt und umgesetzt. Das Unternehmen wurde mehrfach für nachhaltige Architektur und energieeffizienten Wohnungsbau ausgezeichnet, u.a. von der Financial Times und der Weltbank.

*Sabine Balk*

## DAS ENGAGEMENT DER DEG

Zu den Aufgaben der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH zählt das Engagement für den Klimaschutz ebenso wie die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. In Mexiko ist sie bereits seit 1966 tätig und seit 2003 mit einem Büro vor Ort aktiv. Die DEG hat dort bisher über 700 Mio. EUR für Investitionen von Unternehmen bereitgestellt, beispielsweise im Infrastruktursektor mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien. Ganz entscheidend für die DEG ist, dass von ihr mitfinanzierte Vorhaben in Entwicklungsländern nachhaltig positiv wirken. Sie ist ein Tochterunternehmen der KfW Bankengruppe.

# Porträt Lidia Vásquez

Lidia Vásquez gehört zu den mehr als 90.000 Menschen in San Salvador, die früher in einer Hütte hausten und heute in einem Haus mit Wasser und Strom wohnen.

**D**amals wurden die Näherin und ihre Kinder als „Hüttenbewohner“ – als „Champeros“ beschimpft. Denn sie lebten in provisorischen Wänden aus Blech, ohne Wasser und Strom; als Toilette diente eine Latrine. Das ist zum Glück Vergangenheit. Zwar befindet sich Lidia Vásquez immer noch im selben Viertel, aber die Hütten haben sich in Häuser verwandelt, die Slums in Wohngebiete, die Trampelpfade in gepflasterte Wege. Hier und da gibt es noch Wellblechwände, aber fast jeder hat inzwischen fließendes Trinkwasser, Strom und Toiletten.

„Der Unterschied ist enorm“, sagt die 73 Jahre alte Frau, deren Kinder mittlerweile groß und ausgezogen sind. Zusammen mit tausenden anderer Menschen profitiert sie davon, dass die Slums im Großraum der Landeshauptstadt San Salvador umfassend saniert werden. Seit 1986 arbeitet die Nichtregierungsorganisation FUNDASAL an dem Programm und hat es mit internationaler Unterstützung inzwischen in rund 40 Stadtteilen umgesetzt. Auch die KfW Entwicklungsbank hat sich im Auftrag der Bundesregierung an der



Lidia Vásquez freut sich über ihr saniertes Haus.

Aufwertung der Slums mit insgesamt 53 Mio. EUR beteiligt.

Wie Lidia Vásquez hatte der Bürgerkrieg viele Menschen in den achtziger Jahren in die Hauptstadt getrieben: Schnell reihte sich dann in deren Außenbezirken Blechhütte an Blechhütte, entstanden provisorische Wege und Wasserstellen. Den Strom zapfte man illegal aus Leitungen; bei Starkregen standen die Hütten oftmals unter Wasser. In der Enge der Elendssiedlungen kam es auch zu Gewalt und Kriminalität. Lidia Vásquez erinnert sich mit Schaudern an die Zeit zurück.

FUNDASAL hat es sich dann zur Aufgabe gemacht, die Slums in bewohnbare Viertel zu verwandeln –

nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Dafür packten die Bewohner auch selber mit an; sie halfen beim Befestigen der Wege und dem Bau von Gehsteigen. Stützwände sicherten Hänge ab, die bei Regen immer wieder weggebrochen waren. Neue Wasserleitungen brachten sauberes Trinkwasser und Strom schließlich den Anschluss an das moderne Leben.

Zugleich entstanden auch soziale Einrichtungen wie Spielplätze und Grünflächen. „Das Gemeindehaus ist das Zentrum des Stadtteils“, erzählt Lidia Vásquez. Dort finden Zusammenkünfte statt, die es früher nicht gab, weil sich die Menschen „aufgrund ihrer Armut und der Gewalt in ihrem Umfeld für nichts interessierten.“ Sie selbst habe sich nicht getraut, vor anderen Personen zu sprechen. „Ich hatte immer Angst, wenn man mich etwas fragte.“ Auch das hat sich geändert. Regelmäßige Diskussionen im Gemeindehaus sind nun normal. Lidia Vásquez möchte hier nicht mehr weg: „Es ist jetzt schön und wir müssen erhalten, was durch die Anstrengung aller erreicht wurde.“

*Friederike Bauer*

**Impressum Verleger** KfW, Anstalt des öffentlichen Rechts, LGc1, Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main **Redaktion** Dr. Solveig Buhl, Klaus Gehr, Friederike Zeitler (alle KfW) **Autoren** Sabine Balk, Friederike Bauer, Katja Dombrowski, Charlotte Schmitz **Kontakt** info@kfw-entwicklungsbank.de **Gestaltung** Jan Hofmann (Frankfurter Societäts-Medien) **Fotos** KfW-Bildarchiv/photothek.net, Titel, S. 5; KfW-Bildarchiv/Gaby Gerster, S. 2; KfW Bankengruppe/Jashim Salam, S. 3; INROS LACKNER SE/Jan Heskamp, S. 4; KfW Bankengruppe/Anne Schönharting, OSTKREUZ, S. 6; Vinte/Karla Ramírez, S. 7; KfW Bankengruppe/Antje Begemann, S. 8 **Druck** Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main **Redaktionsschluss** 21. September 2016  
Diese Publikation wurde klimaneutral auf FSC®-zertifiziertem Papier gedruckt.